

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 51/52 vom 21. Dezember 1984

18. Jahrgang

1 DM

Diese Woche

Debatte über Betriebsratsarbeit —

Seite 5

84: Rückblick im Bild —

Seiten 8/9

Englischer Bergarbeiterstreik —

Seite 11

Die neue Diät

Eine neue Diät-enerhöhung wollen sich die Bundestagsabgeordneten zuschulden. Nur einige SPDler und die Grünen waren dagegen. Erst vor anderthalb Jahren war die letzte Erhöhung, die Summen werden immer erstaunlicher. Am lautesten nach mehr Geld — für sich — schreien die härtesten „Sparkommissare“ — bei den anderen, wie gewohnt.

Es grenzt schon an blanke Unverfrorenheit, wenn dieselben Leute, die wenige Tage zuvor erneut einen Haushalt zugunsten der Reichen durchzogen, sich nun selbst bereichern, als Belohnung sozusagen. Obwohl immer mehr deutlich wird, daß die Einkommen eines Abgeordneten nun oft genug bei weitem nicht nur aus seinen Diäten bestehen. Aber für wen ein Barzel ein Sozialfall ist, für den sind auch ein paar Millionen mehr für die Abgeordneten natürlich nur ein Klacks. Sparen kann man ja bei den anderen, wie gehabt. Trotz der hohen absoluten Summen soll da übrigens keineswegs im „Rentnermaß“ zugegriffen werden, sondern feste.

Die rechte Zeit

Das Fest der Lieblabla steht vor der Tür. Mag jeder seine verdienten Feiertage begehen, wie er das will. Eine Zeit des Nachdenkens? Vielleicht auch. Vielleicht auch über folgendes: Im nächsten Jahr wird die Kirchensteuer erhöht.

Lieber Leser, so richtig weihnachtet es, frohe Kund vom Polenpapst und der EKD wird euch zuteil — wäre das nicht endgültig die rechte Zeit, sofern noch nicht geschehen, der Kirche lebwohl zu sagen? Mit anderen Worten: auszutreten?

Wir meinen, ja. Allerdings. Die Zeit dafür ist immer richtig, aber gerade jetzt doppelt und dreifach. Ein wirklich guter Vorsatz fürs neue Jahr wäre das.

In diesem Sinne verabschiedet sich eure Redaktion Roter Morgen für das Jahr 1984, unsere nächste Ausgabe erscheint am 11. Januar 1985. In diesem Sinne

Frohe Ostern. Oder so.

„Neue“ Vorschläge für das Gesundheitswesen

CDU: „Wer krank ist, ist selbst schuld“

Unter diesem Motto präsentierten die Unionsparteien in der letzten Arbeitswoche des Bundestages ihre neuen Vorstöße im Gesundheitswesen. Was mit der Veränderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und der abermaligen Verteuerung der Krankenkassen eingeleitet wurde, soll auf diese Weise fortgesetzt werden: Die Wende in der Gesundheitspolitik.

Norbert Blüm war es, der im Fernsehen verkündete, wer sich beim Skilaufen ein Bein breche, brauche nicht auf Kosten anderer versichert sein. „Sondergruppenausgrenzung“ heißt das komplizierte Wort für den einfachen Tatbestand, der dahinter steckt. Zuerst also: Skiläufer. Warum aber nicht: Radfahrer?

Was dahinter steckt, ist klar: Scheibchenweise soll die gesamte Sozialversicherung abgeschafft werden, bzw. auf eine Fürsorge frühkapitalistischer Art reduziert werden.

Wer dahinter steckt, ist auch klar. Blüms Vorstoß wurde von Haimo George (CDU) dem Siemens-Hausabgeordneten massiv unterstützt. Und George zeigte sich einmal mehr als Härtetyp mit Maximalforderungen, die aber deutlich die Richtung zeigen, in der gewendet

werden soll. Für ihn geht es nicht nur um Skiläufer und Radfahrer, sondern um jede Betätigung sportlicher Art überhaupt. Und das ist nur das erste. Selbstverständlich: Wer raucht und trinkt, soll mehr bezahlen. Rezeptgebühren sollen zunehmend prozentual selbst bezahlt werden. Und stets werden in seinen Vorschlägen all diese angeblichen Besonderheiten mit dem Entzug der Lohnfortzahlung (seit anderthalb Jahren wieder ein Lieblingsthema aller Kapitalistenverbände und ihrer Abgeordneten) bestraft. Nach dem Motto, wenn die Beseitigung der Lohnfortzahlung schon nicht auf einmal, mit einer Grundsatzentscheidung geht, dann wenigstens schrittweise.

Der Vorstoß der Unionsparteien (die FDP hat solche Positionen schon längst inne), die Beiträge Blüms und Georges —

all das macht deutlich, was die Reaktion unter Sanierung der Kosten des Gesundheitswesens versteht: Die Beseitigung der Krankenversicherung in ihrer bisherigen Form. Wer krank ist, ist selbst schuld — und soll selbst bezahlen, so soll es aussehen. Als ob bisher die Krankenversicherung den arbeitenden Menschen geschenkt worden sei, als ob sie sie nicht ohnehin selbst bezahlen würden.

Die Alternative dazu, so bemerkte in dieser Debatte kürzlich ein Sozialwissenschaftler, sei es, den Weg in Richtung eines verstaatlichten Gesundheitswesens anzutreten. Dem kann man nur beipflichten. Denn verdienen am heutigen Zustand, und erst recht, wenn sich alle CDU-Pläne durchsetzen würden, tun die Pharma-also die Chemiekonzerne, die Gerätehersteller und (wie sich herausstellt oft genug auch noch mit betrügerischen Mitteln) ein Teil der Ärzte.

Dies zu verändern, das wäre in der Tat aktuell die Alternative zur Politik der konservativen Regierung, zu ihren neu aufgelegten Absichtserklärungen.

Hessen Große Koalition?

Verhandlungen nach allen Seiten führt Holger Börner seit dem Scheitern des Bündnisses zwischen SPD und Grünen. Dabei wird der Druck aus bestimmten Parteikreisen, nun eben doch die von der CDU geforderte mittelfristige Zusammenarbeit anzunehmen, offensichtlich immer größer.

CDU und FDP erklärten ihre Bereitschaft, unter bestimmten Bedingungen dem Haushalt zuzustimmen — Bedingungen die, das liegt auf der Hand, inhaltlich einen Widerruf der Regierungserklärung Börners zur Einleitung der hessischen Haushaltsdebatte bedeuten würden. Für die Grünen hatte Karl Kerschgens die Bereitschaft unterstrichen, Teilhaushalten zuzustimmen, was Börner bereits abgelehnt hat.

Die verschiedenen Parteizentralen bemühen sich nach Kräften, ihre Vorstellungen in Hessen durchzusetzen. Vor allem die CDU scheint bereit, für eine — wie auch immer geartete — große Koalition einiges zu tun, in der Berechnung, daß dies für sie ein Schritt nach vorne wäre.

Medien Doch „Nachverhandeln“?

In letzter Minute meldete der Parteivorstand der SPD doch noch einmal Bedenken gegen den Staatsvertrag der Bundesländer über neue Medien an, wie er im sogenannten Bremerhavener Kompromiß angelegt war. Zurückgepfiffen wurden damit die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, die — bis auf Abstriche bei Börner — bereits ihre Bereitschaft zur Verteidigung und Unterzeichnung dieses Kompromißvertrages bekundet hatten.

Wobei klar ist (siehe auch Artikel auf Seite 2) daß dieser sogenannte Kompromiß in Wirklichkeit bedeutet, daß die CDU und die Medienkonzerne ihre Vorstellungen nahezu rundherum durchgesetzt haben.

Der jetzige Parteibeschluß des SPD-Vorstands ist deshalb auch nur zu verstehen als ein gewisses Nachgeben gegenüber wachsender Kritik innerhalb der gesamten Partei — alle Unterhändler der SPD von Bremerhaven hatten danach Kritik zu spüren bekommen, hatten aber am Wochenende in Hannover noch unerschrocken ihre Linie weiterverfolgt.

SMH-Bank Drei Festnahmen

Überraschend wurden am Wochenende drei Gesellschafter der Privatbank Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co. festgenommen, unter ihnen der Graf von Galen.

Die SMH-Bank war im letzten Jahr bereits am Rande des Bankrotts gestanden, wegen hoher dubioser Kredite an die Gesellschaften IBH und Wibau. Deren Chefs, vor allem der „Musteraufsteiger“ Horst Dieter Esch sitzen bereits.

Berug heißt das Stichwort, unter dem hier ermittelt wird. Dabei geht es aber weder um die durch die Geldschieberei der feinen Herren zugrunde gerichteten Arbeitsplätze, noch um die dadurch entstandenen Einkommensverluste. Ermittelt wird, weil durch die Fast-Pleite auch die Gelder anderer Kapitalistenkreise in Gefahr gerieten.

Mehrere Hundert Millionen Mark Schaden hätten sie angerichtet — und damit ist genau das Geld gemeint, das eben anderen Kapitalisten, vor allem den Banken, flötegegangen ist. Von den Schicksalen der Belegschaften ist nicht die Rede...

Wir wünschen allen unseren Lesern



ein gutes Neues Jahr!



Protest gegen eine Versammlung der Grauen Wölfe in Wuppertal am 8. Dezember. Zahlreiche Organisationen, darunter auch die KPD hatten zu dieser Aktion aufgerufen, an der sich rund 300 Menschen beteiligten. Die Polizei, einmal mehr, erwies sich nicht nur als Beschützer der Faschistentagung, sondern demonstrierte auch offen ihre Zusammenarbeit mit türkischen Behörden, deren Aufmerksamkeit ausschließlich den Gegendemonstranten galt.

Erfolg für Gonzalez

PSOE für Spanien in der NATO

Auf dem Parteitag der regierenden — sozialdemokratischen — PSOE in Spanien hat sich am vergangenen Wochenende Ministerpräsident Felipe Gonzalez durchgesetzt. Eine Mehrheit von rund 60 Prozent der Parteitage delegierten stimmte für die spanische NATO-Mitgliedschaft.

Nur kurz nach den großen Massenkundgebungen, bei denen sich rund 1 Million Menschen beteiligt hatten, kurz nach der Veröffentlichung von Meinungsumfragen, die besagen, daß 51 Prozent der Bevölkerung gegen die NATO-Mitgliedschaft sind, setzte sich also Gonzalez auf dem Parteitag durch, wurde der Kurswechsel der Parteiführung abgesichert. Zwar ist die Minderheit auch der Parteitage delegierten verhältnismäßig groß, aber es ändert nichts an der Tatsache, daß es sich um eine Kehrtwendung um 180 Grad

gegenüber den Aussagen der PSOE im letzten Wahlkampf handelt.

Immerhin: Zumindest blieb noch das Versprechen einer Volksabstimmung zu diesem Thema aufrechterhalten (obwohl viele auch diesem Versprechen nicht mehr sehr trauen — warum soll ausgerechnet das eingehalten werden?) und dafür, so unterstrich im Anschluß an den Parteitag erneut zahlreiche Organisationen, werden sie ab sofort verstärkt mobilisieren, um dieser Regierung eine politische Niederlage beizubringen.

★★★★ Aktuelles ★★★★★ Aktuelles ★★★★★

Erneut ein Grüner ausgeschlossen

Von wegen „Freiheit des Abgeordneten“

Diesmal im Frankfurter Römer: Ein Stadtrat der Grünen wurde aus der Sitzung ausgeschlossen — allmählich breitet sich das aus.

Weil er dagegen protestiert hatte, daß ihm das Wort entzogen worden war, wurde im Frankfurter Rathaus ein Stadtrat der Grünen aus der Sitzung ausgeschlossen.

Das Wort war ihm entzogen worden bei einer Debatte um Frankfurter Ehrenbürger. Dabei hatte er wenig Schmeicheles, aber Wahres über Hermann Josef Abs und Heinrich Lübke gesagt.

Lübke nannte er — wie es seit Jahren als Tatsache bekannt ist — einen KZ-Baumeister. Das war der CDU zu viel. Diese Behauptung sei ein Märchen,

von dem jeder Sonderschüler wisse, daß es vom Staatssicherheitsdienst der DDR in die Welt gesetzt worden sei. Daß es darüber amtliche Dokumente gibt — so etwas ficht einen echten CDU-Abgeordneten natürlich nicht an, sondern nur, wenn so etwas von jemandem ausgesprochen wird.

Seit die Grünen in Parlamenten sitzen und wenigstens einiges in diesen „hohen Häusern“ gesagt wird, was vorher stets ungesagt blieb, nehmen die Maßnahmen gegen Abgeordnete an Zahl wesentlich zu. Der so viel berufene freie Abgeord-

nete, der in Sonntags-Bekennnissen immer seinem Gewissen (und nie seinem Spender) verantwortlich ist, verschwindet da ganz plötzlich aus der Landschaft, bzw. aus dem Parlament.

„Freiheit“ genießt ein solcher Abgeordneter in westdeutschen Parlamenten offensichtlich nur solange er die Spielregeln der Macht einhält — sobald er allzu kritisch wird, geht es ihm an sein Rederecht. Wortentzug, Ausschluss aus der Sitzung — das wird immer häufiger registriert. Im Fall Barzel hatte es ja auch so ähnlich angefangen. Da blieb der Versuch vergeblich, auf diesem Weg unangenehme Wahrheiten zu unterdrücken.

Keine irgendwie geartete „Ergänzungsabgabe“

Soziale Badehose gerutscht

Am kollektiven Widerstand von CSU, FDP und des rechten CDU-Flügels ist die Absicht einiger CDU-Minister, den Wunsch der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft nach einer „Ergänzungsabgabe“ zu erfüllen, gescheitert.

Die Absicht von Blum und Co. war klar: Es ging darum, den Anschein zu erwecken, als würden „Opfer von allen Teilen der Bevölkerung“ erwartet bzw. gefordert. Wobei Kohl sich bereits während der parteitaktischen Debatten deutlich von Forderungen nach sogenannter sozialer Symmetrie distanziert hatte.

Immerhin: Es handelte sich um ein Wahlversprechen der CDU aus dem Wahlkampf vom März 83. Wer geglaubt hatte, das würde die Koalition davon abhalten, anders zu handeln als einst gesagt, der hatte wohl vergessen, wie oft diese Regierungsparteien bereits Versprechen gebrochen hatten.

Eine „soziale Badehose“ war die einstige Absicht aus sozialdemokratischen Kreisen benannt worden — durchaus

keine unzutreffende Charakterisierung, zumal die SPD Schmidts selbst ja eine solche Badehose — zunehmend knapper — angezogen hatte.

Nun aber eine große Niederlage für Kohl in diesem Vorgang

erblicken zu wollen — das erscheint doch sehr aus der Optik der SPD-Taktik betrachtet, die darauf abzielt, dem Kanzler Unfähigkeit und Schwäche vorzuwerfen. Tatsache ist ja, daß Kohl selbst sich keineswegs stark für diese Maßnahme profiliert hatte — dies war eher aus der Blümschen Richtung der Sozialausschüsse her geschehen.

Von daher dürfte die ganze Sache nur insofern eine gewisse Bedeutung gewinnen, als sie im Ergebnis eine zusätzliche Tatsache schafft, anhand derer der Charakter dieser Regierungspolitik deutlich wird.

Schlußkommuniqué der NATO-Tagung Es wird weiter aufgestellt

Das abschließende Kommuniqué der NATO-Herbsttagung brachte — wer hätte es auch erwartet — nichts Neues. Die neuen US-Atomraketen werden weiter aufgestellt: Nur Dänemark und Griechenland wandten sich dagegen, nicht aber Belgien und die Niederlande.

US-Außenminister Shultz, um dessen Treffen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko Anfang Januar von verschiedenen Seiten so viel Wirbel gemacht wurde und wird, machte klar Schiff. Niemand

dürfte sich schnelle konkrete Ergebnisse davon erwarten.

Dementsprechend wurde auch abschließend nochmals betont, die neuen Atomraketen würden weiterhin zügig aufgestellt.

Viel Aufhebens wurde um Shultz's Versprechen gemacht, die USA würden die anderen Mitgliedstaaten laufend über den Stand der Unterredungen informieren — wofür sich nun wahrlich niemand „etwas kaufen“ kann. Inhaltliche Festlegungen gab es — außer der weiteren Aufstellung — einmal mehr nicht. Solche Festlegungen wären denn auch in der Geschichte sogenannter internationaler Abrüstungsverhandlungen eine absolute Neuheit — könnten sie doch dazu führen, daß solche Verhandlungen tatsächlich Ergebnisse bringen könnten. Andere als, wie bisher stets, eine genauere Absprache über den Grad und Rahmen weiterer Aufrüstung. Dem wurde bereits jetzt vorgebaut.

Nachdrücklich unterstrichen wurde im abschließenden Kommuniqué erneut ebenfalls die Absicht, auch konventionell verstärkt an die weitere Aufrüstung zu gehen, wie es bereits im Vorfeld der Tagung und in ihren ersten Ministerrunden klar geworden war — die jeweiligen Haushalte, wie auch der Bundeshaushalt, sind ja bereits seit langem gerade darauf abgestellt.

Zusammen mit den Beschlüssen über den aggressiven „Rogers-Plan“ bestätigt das Ergebnis dieser Tagung, aller hohlen Worte zum Trotz erneut den Charakter der Nato als eines aggressiven, imperialistischen Bündnisses.

Erneuter Knatsch um Karikatur

DGB: „Immer feste ran“

Ganz lakonisch vermeldete es die „Welt der Arbeit“ in einer sehr kurzen Notiz. Dieter Gaarz, Chefredakteur des DGB-Jugendmagazins „ran“ werde innerhalb des Bund Verlages eine andere Aufgabe übernehmen.

„Bei dem Chefredakteur und dem Verlag bestand für einen Wechsel in der Chefredaktion seit längerem dieser Wunsch. Aktueller Anlaß dieser Veränderung war eine Satire über den Bundespräsidenten...“ So kann man's auch sagen — will man die Tatsachen verwischen. Schon einmal gab es einen solchen Wechsel bei „ran“, wegen einer Satire über Josef und Maria („Hätt Maria abgetrieben...“). Jetzt wieder.

das kann man nur noch einen Amoklauf nennen. Ganz im Sprachstil der Springerpresse werden da Vorurteile hochgepeitscht und anstelle von politischen Argumenten benutzt. „Polit-Kaperei“ der Grünen sei dies gewesen, so Herr Schmidt. Keine politische Bewertung, sondern Stimmungsmache, keine Karikatur, sondern Feindbildaufbau, das betreibt Schmidt. Das aber darf er offensichtlich — zumindest

Bundesvorstand.

Dieser Vergleich zeigt sehr deutlich, daß es sich nicht um eine Auseinandersetzung um den politischen Stil oder sonst etwas Ähnliches handelt, sondern um eine politische Stellungnahme des Bundesvorstandes. Der seine Aufgabe darin sieht, die staatstragenden Institutionen dieser BRD zu verteidigen, selbst wenn es nur um Satire geht. Nun — heute mag es oft anders erscheinen, weil manche Linke das mitmachen — muß man aber feststellen, daß der Aufbau von Tabus immer der Reaktion dient. Dieser Bundespräsident darf nicht kritisiert werden? Auch — oder schon gar nicht — wegen seiner Politik in Westberlin, beispielsweise in der Ausländerfrage, wo er stets seinen Herrn Lummer vorlieb?

Und es ist nicht nur eine aktuelle politische Stellungnahme, die der DGB-Bundesvorstand durch diese Maßnahme ausdrückt (und dabei geht es nicht im entferntesten um den Herrn Gaarz, der mag ja vielleicht sogar damit zufrieden sein), es ist auch ein schlechtes Beispiel. Vor allem, wenn zur selben Zeit beklagt wird, die Gewerkschaftsjugend habe Schwierigkeiten bei der Gewinnung neuer Mitglieder. Aber auch, wenn man sich vom DGB aus gegen undemokratische Maßnahmen der Bundesregierung zur Wehr setzt. Die dann einmal mehr dem DGB entgegengehalten wird, er solle erst vor der eigenen Tür kehren — sicher insgesamt betrachtet zu Unrecht, aber doch nicht ganz ohne Grund.

Das Verhaltensmuster, das da auftaucht, entspricht durchaus dem, das in der Frage der Gewerkschaftsausschlüsse seit Jahren praktiziert wird — nur in eine Richtung wird gehandelt, eine inhaltliche Auseinandersetzung vermieden. Was — wahrscheinlich wieder — als Schritt zur Wahrung der Gewerkschaftseinheit ausgegeben werden wird, ist alles andere als eben gerade das nicht.



Unvereinbarkeitsbeschlüsse — der deutlichste Ausdruck solcher undemokratischer Maßnahmen, wie sie auch im neuesten Zensurakt ansatzweise wieder zutage treten

Genau diese Tatsache ist es, die in der WdA vertuscht werden soll. Daß es sich im Konkreten um eine erneute Bestrafung handelt. Um eine Ablösung aus Zensurgründen nämlich. Die Satire (eigentlich war es nur eine Karikatur) über den Bundespräsidenten, rührte offensichtlich an ein weiteres Tabu innerhalb des DGB. Ganz im allerletzten Satz der kurzen WdA-Meldung wird dann auch davon gesprochen, daß der DGB-Bundesvorstand sich beim Bundespräsidenten für sein Jugendmagazin entschuldigt habe.

Das übliche Argument für eine solche Vorgehensweise (wenn sich der Vorgang schon nicht unter der Hand halten läßt) pflegt es zu sein, man habe auf religiöse (beim ersten Mal) bzw. politische Überzeugungen (jetzt) auch der eigenen Mitgliedschaft Rücksicht zu nehmen. Was in Wahrheit kein echtes Argument ist — es sei denn, man wendet sich grundsätzlich gegen jede Satire bzw. Kritik.

Daß mit dieser erneuten Ablösung in Wirklichkeit politische Tabus verfestigt werden sollen, das zeigt ja auch der Umgang mit anderen politischen Kräften, wie etwa in der „Welt der Arbeit“ selbst gepflegt wird. Da ist der DGB-Bundesvorstand offensichtlich keineswegs auch nur annähernd so zurückhaltend bzw. rücksichtsvoll.

In derselben Ausgabe, in der die lakonische Meldung über den Wechsel bei „ran“ veröffentlicht wird, da setzt sich der Chefredakteur Dieter Schmidt (der aus der ersten „ran“-Redaktion stammt, als einziger auch aufstieg) mit der Bundesversammlung der Grünen auseinander. Wie er das tut,

wurde vom Bundesvorstand kein Wort der Kritik an diesem Springer-Kandidaten laut.

Aber Schmidt hat ja auch nicht die Kirche oder den Bundespräsidenten angegriffen, oder die CDU, sondern nur die Grünen. Zwar nicht mit leichtem Geschütz, sondern mit journalistischen Tiefschlägen, aber das ist kein Grund für niemand, sich aufzuregen. Zumindest für niemand im DGB.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Neu erschienen! Kizil Safak Nr. 12/84

Neu erschienen ist die Ausgabe des Roten Morgen in türkischer Sprache — im folgenden eine Inhaltsangabe für deutsche Leser.

Gewerkschafterinitiative: Kohl Rücktritt — Neuwahlen! Flick-Skandal und kein Ende

Zur Umsetzung des Tarifvertrags: 38,5 Stunden für alle Textil: Sonntage als arbeitsfreie Tage sollen wegfallen

Nachrichten aus Betrieb und Gewerkschaft

Kongreß der Grünen in Hamburg

Veranstaltung der KPD Dortmund zur Ausländerproblematik

Kein Platz für Faschisten in Wuppertal!

Volksfront: Arbeitskongreß zur NPD und anderen Nazis durchgeführt

Niederlage für Linke bei Ausländerbeiratswahlen in Köln

Bericht vom Dezember-Plenum des ZK der KPD

Tarifverhandlungen in der Türkei abgeschlossen

40. Jahrestag der Befreiung der SVR Albanien

Rückblick auf das Jahr 1984

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postcheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

DGB protestiert gegen neue Demontage Erhöhung statt Senkung der Sozialhilfe

In einem Brief an die Konferenz der Ministerpräsidenten der Bundesländer protestiert der DGB-Vorsitzende Ernst Breit gegen die im Vorfeld bekannt gewordenen Absichten der CDU, weiter vom Prinzip der Bedarfsdeckung abzugehen.

Politisch positiv an diesem Protestbrief des DGB-Bundesvorstandes sind vor allem zwei Dinge: Zum ersten daß klar Stellung genommen wird zugunsten der Empfänger von Sozialhilfe (gegen plumpe Spaltungsversuche, die verlogen sind, in der Richtung, ein Arbeiter würde weniger bekommen) zusammen mit anderen sozialen Organisationen. In dem Zusammenhang steht auch die Forderung nach einer echten Erhöhung der Sozialhilfe.

Zum zweiten wird in dem Brief deutlich der Zusammenhang hergestellt, der zwischen den wachsenden Ausgaben für Sozialhilfe und den Kürzungen bei den Arbeitslosen besteht, der als Hauptgrund für die schnell angewachsenen Ausgaben in diesem Bereich festgehalten wird — und damit die Regierungspolitik kritisiert.

Sicher sind in dem Brief auch fragwürdige Punkte enthalten. So wird die Beurteilung des bisherigen und früheren

Standes der Sozialhilfe mit Sicherheit von größeren Teilen der Betroffenen nicht so ohne weiteres geteilt werden. Die Lage ist nicht so, daß ein einst einwandfreies System nun demontiert werden soll — es geht „lediglich“ aber mit harten Auswirkungen um eine weitere Demontage, um die Aushebelung eines Eckpunktes bisheriger Rechtslage.

Daß Ernst Breit seiner Sorge Ausdruck gibt, dies könnte das „Vertrauen in den Staat“ weiter schrumpfen lassen, ist natürlich auf die grundsätzliche Ausrichtung der DGB-Politik zurückzuführen.

Nicht ganz ohne Anlaß ist diese Sorge — das wird an dem von Breit selbst gewählten Beispiel deutlich, am Vergleich zwischen der Sozialhilfe und den zynischen Äußerungen etwa des Bundeskanzlers im „Fall Barzel“. Es stünde zu hoffen, bzw. dafür einzutreten, daß es der DGB in solchen Fragen nicht bei Protestbriefen beläßt.

Angesichts des erheblichen Nachholbedarfs muß das Leistungsniveau der Sozialhilfe wesentlich verbessert werden; dies gilt trotz des Ausgabenanstiegs in der Sozialhilfe, der zu einem Großteil auf Arbeitslosigkeit und den Sozialabbau der vorgelagerten Sicherungseinrichtungen zurückzuführen ist ... In einem Schreiben an die 59. Konferenz der Arbeits- und Sozialminister haben wir uns bereits entschieden für die Wiederherstellung des Bedarfsdeckungsprinzips ausgesprochen. Dieses vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge erarbeitete Bedarfsmengenschema hat sich in der Vergangenheit als sozialstaatliches Element bewährt und ein menschenwürdiges Existenzminimum sowie eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Dieses bisher auf dem Konsens aller parlamentarischen Parteien beruhende Prinzip darf nicht leichtfertig aufgegeben werden.

Die jetzige Mehrheitsentscheidung der Konferenz der obersten Landessozialbehörden zielt allerdings auf die Aushöhung genau dieses seit 1960 anerkannten Systems. Die von den CDU-geführten Ländern favorisierte Lösung sieht

- eine neue „billigere“ Preiskategorie für Arme vor, die um 15 Prozent unter den Durchschnittspreisen liegt,
- unzureichende Zuschläge für Verdorb von Lebensmitteln,

RM-Dokumentation (II) DGB-Brief an Ministerpräsidenten

Im folgenden auszugsweise der Brief des DGB-Bundesvorstandes an die Konferenz der Ministerpräsidenten der Bundesländer zum Thema „Neuordnung der Sozialhilfe“, die diese Konferenz am 19. 12. auf ihrer Tagesordnung hat.

- eine zu geringe Ausstattung im Bereich der persönlichen Bedürfnisse und
- einen 10prozentigen Abschlag beim Energieverbrauch vor.

Dieser Vorschlag führt zu einer faktischen Abkehr vom grundlegenden Bedarfsdeckungsprinzip. Selbst die für alte Menschen zwischen 60 und 64 Jahren sowie für Alleinerziehende mit einem Kind unter sieben Jahren vorgesehenen Mehrbedarfzuschläge führen zu keiner prinzipiellen Änderung.

Sollten Sie bei Ihren geplanten Beratungen diesen jüngsten Vorschlägen der Sozialminister der Länder folgen, so kämen für viele Empfänger — insbesondere für kinderreiche Familien — Regelsätze zustande, die nicht einmal die bisherigen Leistungskürzungen ausgleichen. Im günstigsten Falle können einige Wenige auf einen Inflationsausgleich auf der Basis des veralteten Warenkorb von 1970 hoffen.

Der DGB hält einen über die Verteuerung hinausgehenden Ausgleich für erforderlich und

tritt für eine bedarfsgerechte Regelsatzanpassung von mindestens 16 Prozent ein. Nach wie vor halten wir eine Verabschiedung des vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge erarbeiteten Vorschlags von 1980 für erforderlich, wenn das System der Sozialhilfe nicht dauerhaft ausgehöhlt werden soll. Eine deutlich bessere Ausstattung der Sozialhilfeempfänger hält der DGB selbst dann für erforderlich, wenn die Sozialhilfeleistungen an kinderreiche Familien mit hohen Mieten in Einzelfällen über dem Arbeitseinkommen liegen sollten. Ursache für diese Überschneidungen ist nicht etwa ein zu hohes Sozialhilfeniveau, sondern die unzureichenden Sozialleistungen und Familienhilfen (wie Kindergeld, Wohngeld, Bafög).

Wir wissen um die Finanznöte der Kommunen. Im Oktober dieses Jahres hat der DGB gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag strukturel-

le Reformen zur Entlastung der Sozialhilfeträger von den steigenden Arbeitsmarktrisiken gefordert. Durch eine verbesserte materielle Sicherung von Arbeitslosen sowie eine Reform des Pflgerisikos wird den Gemeinden der notwendige Spielraum zu einer bedarfsgerechten Neugestaltung des Warenkorb gegeben.

Der Ausbau der Sozialhilfe ist nicht nur ein Gebot sozialer und christlicher Nächstenliebe, sondern entspricht ebenso dem Sozialstaatsprinzip, das den Schutz der sozial und wirtschaftlich Schwächeren zur gesellschaftlichen Aufgabe macht. Zugleich können Sie dem in letzter Zeit in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck entgegenwirken, daß die Politiker mit unterschiedlichem Maß messen. Das Vertrauen der kleinen Leute in den Staat ist erschüttert, wenn Bundespolitiker mit einem Steuersalar von über 10000 Mark im Monat zum „sozialen Fall“ erklärt werden, während das gesellschaftliche Existenzminimum der Ärmsten der Armen eingefroren und zusammengegriffen wird. Die Glaubwürdigkeit all jener Politiker wird fraglich, die noch Mitte der 70er Jahre die Not der Sozialhilfeempfänger anprangerten, sich jetzt aber gegen eine bedarfsgerechte Verbesserung der Sozialhilfe sperren.

Staatsvertrag über Privatfernsehen

CDU setzt sich durch

Ohne Einschränkungen durchgesetzt hat sich — faktisch — die Vorstellung der CDU (und damit der Medienkonzerne) über den Staatsvertrag zwischen den Bundesländern über neue Fernsehstrukturen.

Die endgültige Einigung steht zwar erst für den Mittwoch (nach Redaktionsschluß) an, aber bereits am Wochenende war dies deutlich. Dies betrifft vor allem die Benachteiligung des größten europäischen Senders, des Westdeutschen Rundfunks (WDR), aber auch insgesamt die Verteilung von Kanälen auf die Bundesländer, das Veto

in der Gebührenfrage gegen ARD und ZDF und andere Probleme. Insgesamt also eine klare Bevorzugung des künftigen Privatfernsehens gegenüber den öffentlich-rechtlichen Anstalten. Finanzielle Bevorzugung durch die Bundespost, organisatorische Bevorzugung durch den Staatsvertrag der Bundesländer — so wird das Jahr 1984

doch noch zum „großen Durchbruch“ für das Privatfernsehen. Die Vorbereitungsarbeiten aller großen Konzerne, an ihrer Spitze Bertelsmann, sind bereits weitgehend abgeschlossen.

Die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten bzw. Bürgermeister, wie Koschnick, Dohnanyi, Rau und Börner verzichteten in dieser Auseinandersetzung darauf, selbst die minimalen Einwände, wie sie der Parteivorstand der SPD erhoben hatte, zu berücksichtigen. Dabei

war die Position des Parteivorstands wohl eher taktisch darauf berechnet, den Widerspruch etwa zur Position der Gewerkschaften nicht allzu kraß deutlich werden zu lassen. Von der Position her hatte sich der Parteivorstand der SPD bereits vor längerer Zeit, unter der Regie von Peter Glotz und dem Druck der Ministerpräsidenten von den gewerkschaftlichen Stellungnahmen distanziert und sich auf Seite der Medienkonzerne und der CDU geschlagen. Nun wurden auch noch die taktischen Feinheiten aufgegeben, übrig bleibt die große Koalition in der Frage des Privatfernsehens, trotz erneuter anderslautender Beteuerungen der SPD-Führung.

RM-Dokumentation

Gemeinsame Erklärung der IG Drupa und der RFFU

Eine gemeinsame Erklärung hatten IG Drupa und RFFU im Vorfeld der Ministerpräsidentenkonferenz der Bundesländer veröffentlicht, die den Staatsvertrag verabschieden soll. Wir veröffentlichen diese Erklärung im Wortlaut.

Der Bestand und die Weiterentwicklung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten muß gesichert werden. Diese Forderung unterstreichen in einer gemeinsamen Erklärung der erweiterten Vorstand der IG Druck und Papier und der Geschäftsführende Hauptvorstand der Rundfunk-Fernseh-Film-Union in Stuttgart bzw. München. Das von den Ministerpräsidenten der Länder am 19. Oktober in Bremerhaven beschlossene Konzept einer „Neuordnung des Rundfunkwesens“ wird nachdrücklich abgelehnt, weil es die elektronischen Medien einer ungehemmten Kommerzialisierung ausliefert und dadurch den Bestand und die Existenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunkwesens gefährdet. Beide Gewerkschaften bekräftigen den Standpunkt des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß unser Rundfunkwesen nicht kommerziellen Interessen überlassen werden darf.

Wenn die Ministerpräsidenten wirklich wollen, daß Rundfunk und Fernsehen in der Bun-

desrepublik Deutschland Sache der Allgemeinheit und Medium des verfassungsrechtlich geschützten Prozesses freier Meinungsbildung bleiben, aber dennoch entgegen der gewerkschaftlichen Forderung kommerzielle Rundfunkveranstalter zulassen wollen, dann müßten sie diese an den gleichen Programmauftrag, den die öffentlich-rechtlichen Anstalten haben, binden und die finanziellen Voraussetzungen für die Existenzsicherung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten garantieren. Deshalb müßte in dem neuen Staatsvertrag zumindest festgeschrieben werden:

1. Eine Bestands- und Entwicklungsgarantie nicht für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern für alle öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

2. Die Festsetzung der Rundfunkgebühren muß einer unabhängigen Kommission übertragen werden, damit sie nicht länger als Mittel zur Erpressung politischen Wohlverhaltens mißbraucht werden

kann.

3. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten dürfen Werbung bundesweit verbreiten. Für kommerzielle Rundfunkveranstalter müssen entsprechende Rahmenbedingungen gelten: keine Werbung an Sonn- und Feiertagen, keine Unterbrecherwerbung, Begrenzung der Werbung auf bis zu zehn Prozent der täglichen Sendezeit.

4. Bei der Vergabe der Hörfunkkanäle auf dem TV-Sat 1 sind zunächst die Landesrundfunkanstalten zu berücksichtigen.

5. Von den drei Fernsehkanälen des TV-Sat 1 ist jeweils ein Kanal der ARD und dem ZDF zur Verfügung zu stellen.

6. In jedem Vollprogramm eines kommerziellen Rundfunkveranstalters muß die Vielfalt der vorhandenen Informationen und Meinungen in größtmöglicher Breite und Vollständigkeit Ausdruck finden.

7. Die Binnenpluralität durch entsprechende Programmgestaltung und Kontrolle der kommerziellen Rundfunkveranstalter muß gewährleistet werden.

8. Die Programmbeiträge zu Kultur, Kunst und Bürgerberatung müssen mindestens ein Drittel der Sendezeit jedes Vollprogramms ausmachen.

9. Zur Sicherung der Arbeitsplätze und zum Schutz der kulturellen Identität muß jedes Vollprogramm eines kommerziellen Anbieters ohne die aktuellen Informationssendungen mindestens zu zwei Dritteln in der Bundesrepublik Deutschland produziert werden.

10. Über die Zulassung kommerzieller Rundfunkveranstalter entscheidet jeweils die Versammlung einer Landesanstalt des öffentlichen Rechts, in der die gesellschaftlichen Gruppen vertreten sind und die auch die Programmaufsicht ausübt.

11. Marktbeherrschende Verlagsunternehmen dürfen nicht als Rundfunkveranstalter zugelassen werden, wenn das Verbreitungsgebiet der verlegten Zeitung und das vorgesehene Sendegebiet zusammenfallen oder sich überschneiden. Sendelizenzen für Verlagsunternehmen sind wettbewerbsrechtlich wie Zusammenschlüsse zu behandeln, um medienübergreifende Kapitalverflechtungen marktbeherrschender Unternehmen zu verhindern.



Die Abkürzung „wg.“ = wegen ist von der Gesellschaft für Deutsche Sprache zum Modewort des Jahres gekürt. Nach dem Bekanntwerden der Aufzeichnungen des Flick-Managers von Brauchitsch, der die Summen notierte, mit denen er verschiedene Politiker „ausstattete“, wurde diese bislang lediglich Geschäftsleuten und Buchhaltern geläufige Abkürzung Allgemeingut: „30000 wg. Kohl, wg. Barzel, wg. Lambsdorff usw.“

Jetzt hat die Bestechungsaffäre Flick einen zweiten Erfolg. Nachdem wg. der Zahlungen die Politik der Wende wie „geschmiert“ lief und Steuerbefreiungen für den Konzern erreicht wurden, ist selbst der Sprachgebrauch des „Hauses Flick“ auch schon erfolgreich. Sogar die „Bild“-Zeitung überschrieb am vergangenen Montag ihren Aufmacher zum Fußballspiel gegen Malta mit dieser Abkürzung. Wg. der Popularität? Zwar weist die „Bild“ daraufhin, daß „wg.“ das Modewort des Jahres sei, aber jeglicher Hinweis auf die sauberen Modemacher fehlt. Wes wg.? Oder wg. was?

Der Eiertanz

Anders kann man es nicht bezeichnen, was gegenwärtig geschieht mit Hinblick auf den 8. Mai des kommenden Jahres. Zur Erinnerung: Dann ist es genau 40 Jahre her, daß der Hitler-Staat am Ende war.

Etwa zur selben Zeit findet der Wirtschaftsgipfel in der BRD statt. Und da sind ja immerhin die einstigen Feinde zu einem großen Teil versammelt. Außer der UdSSR beispielsweise. Aber es sind ja auch einstige Freunde da, wie Japan.

Und nun weiß Kohl nicht, was Reagan will, auch Mitterands und Thatchers Absichten sind ihm nicht so genau bekannt. Was er will, weiß er schon, aber so richtig trauen tut er sich nicht.

Was soll das Kind nun werden? Eine Siegesfeier? Können ja wohl die Deutschen schlecht mitfeiern. Eine Betrauerung der Niederlage? Geht erst recht nicht wg. der Öffentlichkeit all hier und anderswo. Im Gespräch war sie schon, mit Japan zusammen. Ohne Italien (weil die Italiener, das weiß man als strammer Germane ja ...)

Der Befreiung Gedenken? Geht auch nicht so ohne weiteres, da würde eventuell auffallen, daß doch ganz schön viele von sich selbst „befreit“ wurden, vor allem aus den heutigen Regierungsparteien. Außerdem könnte das ja nun zur Förderung radikalen Gedankenguts beitragen, könnten ja auch von Hitler Notizen vorliegen „wg. Flick“. Am liebsten wären Kohl wohl zwei Varianten: In aller Stille der inneren Emigration gedenken, den Tag verstreichen lassen. Oder aber: Die Bundesrepublik zum Siegerstaat erklären, das wäre auch für künftige Absichten nicht so schlecht.

Aber das wird wieder der Reagan nun auch nicht wollen. Und vielleicht bringt Mitterand dann doch noch die Russen ins Spiel. Oder aber — der Eiertanz geht einfach weiter ...

Zum IGBE-Kongreß (Teil 2)

Der Adolf hat's gerichtet!

Die Friedenspolitische Resolution des Hauptvorstandes zeichnet sich sicher nicht durch „Einzigkeit“ aus — d. h. sie ist ein Stück Papier, das in seiner Unverbindlichkeit und seinem Bemühen ja nicht gegen bestimmte Aufrüstungsschritte einseitig Stellung zu nehmen, weit hinter dem zurückbleibt, was an klaren Stellungnahmen von anderen Gewerkschaftskongressen verabschiedet wurde.

Während in der Resolution des 17. Jugendtags — die sich durch die Entschließung des Hauptvorstandes erledigte — noch konkret die Stationierung der Pershing-II-Raketen benannt wurde und ihre Rücknahme gefordert wird, taucht dieser Begriff nicht einmal mehr in der schließlich einstimmig angenommenen Entschließung des HV auf.

Neben einem kurzen zustimmenden Redebeitrag eines Delegierten wurden alle elf Entschließungen, die sich mit dem

Thema beschäftigten praktisch diskussionslos verabschiedet.

Die wichtigsten Ausschnitte aus dem Antrag des HV dokumentieren wir nebenstehend.

Einstimmig verabschiedet wurde der Antrag 26, in dem gefordert wird: „Der Hauptvorstand wird beauftragt, mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Einzelgewerkschaften auf die Parteien und damit auf das Parlament und auf die Regierung einzuwirken, damit die Aussperrung durch Gesetz verboten wird.“

Lohnerhöhungen — aber wie?

Um diese Frage gab es eine längere Diskussion, ausgelöst durch die Anträge 130, 131, 132, 133, die forderten, daß in der Zukunft entweder lineare — also keine prozentualen — Lohnerhöhungen stattfinden sollen bzw. zumindest ein Sok-

kelbetrag erreicht wird, um, wie es in Antrag 133 heißt, eine vernünftige Angleichung an die oberen Lohngruppen erreicht wird.“

In einer ähnlichen Debatte hatte sich im letzten Jahr auf dem Gewerkschaftstag der IGM die Delegierten gegen die ablehnende Empfehlung des Vorstandes mit dieser Forderung durchgesetzt. Obwohl zu diesem Thema der Delegierte Robbe — Bezirk Ruhr-Ost — den folgenden Diskussionsbeitrag hielt, wurde vom Kongreß mit eindeutiger Mehrheit Ablehnung der betreffenden vier Anträge beschlossen.

Robbe sagte: „Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den Arbeitsunterlagen scheint mir ein Druckfehler zu sein. Da steht nämlich in der Begründung geschrieben, daß in den vergangenen fünf Jahren nur prozentuale Lohnanhebungen getätigt wurden. In Wirklichkeit muß es heißen: In den vergangenen 15 Jahren wurden nur prozentuale Lohnanhebungen getätigt.“

Meines Wissens ist 1969 das letzte Mal eine pauschale Lohnerhöhung gezahlt worden, und zwar als Nachschlag. Nachdem im Frühjahr die Lohnverhandlungen durchgeführt wurden, wurde im Herbst noch einmal ein Nachschlag von 3,50 DM pro Schicht gezahlt.

Ich möchte euch bitten, diesen Antrag nicht an den Hauptvorstand weiterzuleiten, sondern ihn direkt anzunehmen, damit auf diesem Wege endlich etwas anderes unternommen wird. Im vorletzten Passus der Begründung ist eindeutig wiedergegeben, wie sich eine prozentuale Lohnerhöhung jährlich auswirkt: daß derjenige, der viel hat, viel dazubekommt und derjenige, der gering verdient, eben sehr wenig dazubekommt.

Weiter wird als Begründung angeführt, daß Verweisungsmerkmale zu berücksichtigen sind. Natürlich haben wir im Bergbau Verweisungsmerkmale zu berücksichtigen. Aber es ist erstaunlich, daß außerhalb des Bergbaus, wo keine Verweisungsmöglichkeiten zu berücksichtigen sind, diese und ähnliche Anträge abgelehnt werden.

Mir scheint, daß man nur prozentuale Lohnerhöhungen durchsetzen will, damit derjenige, der viel hat, viel dazubekommt. Nur meine ich, die für die wir zuständig sind, werden hierbei restlos vergessen. Darum bitte ich um Annahme des Antrags. (Beifall)

Zur Frage der Arbeitszeit wurde vom Hauptvorstand ein Leitantrag eingebracht, der die bisherige Politik der IGBE in dieser Frage festschreibt — basierend auf dem Arbeitszeitbeschluß des IGBE-Hauptvorstandes vom 19. 12. 83 — in dem damaligen Beschluß werden Wochenarbeitszeitverkürzung und Lebensarbeitszeitverkürzung als zwei gleichgewichtige Wege angesehen, die beide von der IGBE gegangen werden. Die praktische Politik des HV wurde mit der Abnahme dieses Leitantrags Nr. 136 — einstimmig — abgesegnet.

Sie bestand darin, in einer ganzen Reihe Bereiche außerhalb des Steinkohlenbergbaus Vorruhestandsregelungen abzuschließen. Im Steinkohlenbergbau war durch die Kohlenrunden von 82 und 83 festgeschrieben, daß Kumpel mit 50 bzw. 55 Jahren aus dem Betrieb ausscheiden können — also auch dem Sinne nach eine Vorruhestandsregelung — besser gesagt

Sozialpolitik.

Zusätzlich waren ja Feierschichten — zwangsweise — vereinbart worden. Die geforderte 4-Tage-Woche für den Bereich des Bergbaus soll konkret bedeuten, daß die Pflichtschichten pro Jahr, die zu leisten sind, verkürzt werden für den einzelnen Beschäftigten, um eben nur noch vier Tage in der Woche im Jahresdurchschnitt zu arbeiten.

Der 24. 12. und 31. 12. sind in der Mehrzahl der Tarifgebiete bereits solche grundsätzlich freien Tage — auch für die Frühschichten. Bei der Weiterverfolgung dieser Politik ergeben sich zumindest zwei Problembereiche — einer wurde auf dem Kongreß auch angesprochen — einer nur mehr oder weniger verdeckt.

Bei dem angesprochenen Komplex handelt es sich um die Frage der Betriebszeit in Bergbau — soll also in Zukunft kontinuierlich an allen Tagen in allen Bergbaubetrieben gearbeitet werden oder nicht? Hierzu hatte der bisherige Tarifexperte Hans Alker festgestellt, daß man die Politik des HV auf den Nenner bringen könne: „Vier Tage für die Beschäftigten, fünf Tage für den Betrieb.“

Der Delegierte Walter, Bezirk Ruhr-West, stellt in seinem Redebeitrag dazu mit Recht fest: Nur bin ich der Meinung, daß diese Aussage schon längst fällig gewesen wäre, wenn nicht überfällig; denn acht Jahre sind ins Land gegangen, und ich meine, daß das eine sehr lange Zeit ist.

Ich bin der festen Meinung und davon überzeugt, daß mit dem Antrag 141 zu einer Stellungnahme herausgefordert wurde, und zwar mit Erfolg. Denn bis zu dieser Aussage von Hans Alker mußte man mit einer anderen Tatsache im Hinblick auf die Arbeitszeitregelung rechnen, die hier an gleicher Stelle auf dem 11. Kongreß 1976 vorgetragen wurde. Der Antrag 141 lehnt eine kontinuierliche und rollierende Arbeitszeit und die damit verbundene Aufstockung beziehungsweise Erweiterung von Produktionsschichten, indem der Samstag und der Sonntag mit einbezogen werden, ab. Dies sollte nicht Wirklichkeit werden.

Als Tatsache wurde diese Arbeitszeitregelung ausgesprochen von unserem damaligen 2. IGBE-Vorsitzenden und Tarifexperten Helmut Gelhorn, dessen Meinung, Vorstellung und Aussage sehr, sehr ernst zu nehmen sind und denen somit auch eine besondere Bedeutung beizumessen ist; denn er war nicht nur Tarifexperte, sondern auch der Verhandlungsführer der IG Bergbau für Tarifauseinandersetzungen mit den Arbeitgebern. So wurde von ihm folgende Ausführungen zur Viertagewoche gemacht — ich zitiere wörtlich: „Ich bin gefragt worden, wie das mit der kontinuierlichen Arbeitszeit zusammenhängt. Ich glaube, daß es hier mehr um die rollierende Arbeitszeit als um die kontinuierliche geht. Es handelt sich um die Tatsache, daß der Betrieb dann an sechs oder fünf Tagen arbeitet, aber die Bergleute nur an vier Tagen.“ — Ende des Zitats.

Nun haben wir eine klare und konkrete Aussage von Hans Alker, die uns Gewißheit verschafft, wie die Zukunft, wie die zu realisierende Viertagewoche aussehen wird. Da diese Aussage im Vorfeld und nicht heute bei der Antragsbeschlusfassung gemacht wurde, kann man mit

Recht davon ausgehen, daß der Antrag 141 eine besondere Beachtung fand und mit dazu beigetragen hat, um aus der belastenden Ungewißheit herauszukommen, daß der Samstag als Ruhetag uns weiterhin erhalten bleibt.

Der zweite Komplex ist noch viel brisanter — hier geht es um die Frage, wird die bisherige Politik der Zwangsabfeierei — sprich der Kurzarbeit — weiter vorangetrieben oder nicht?

Aus den Äußerungen A. Schmidts gegenüber der Presse und auf dem Kongreß geht hervor, daß der Hauptvorstand „im gegenseitigen Einvernehmen“ mit den Unternehmen nach Ablauf der Kurzarbeitergeldregelung bei den Zwangsfreischichten diese jetzige Regelung in einem Tarifvertrag festschreiben will — so zumindest im Bereich Ruhrkohle AG und Saarbergbau. Mit der praktischen Konsequenz — wie auch bei der jetzigen Regelung — daß dies eindeutig Lohnverlust für die Kumpel bringt — mit dem vollen Lohnausgleich — wie im Antrag 136 gefordert — ist das nicht weit her.

Diese Politik wird — in den Worten Hans Alkers — aus dem Geschäftsbericht so gesehen: „Wir haben nie daran gedacht, uns den Ast abzuhacken, auf dem wir sitzen.“ Derselbe Hans Alker macht deutlich, wie wichtig für ihn — und den gesamten HV — die Sozialpartnerschaft ist, wenn er feststellt: „In dieser schweren Zeit fiel BdA und Bdl nur ein, die Krise zu nutzen, um die Gewerkschaftsmacht zu brechen. Sie machten auf Konfliktstrategie statt Sozialpartnerschaft.“ (TP S. 44)

Angenommen wurde ein

Antrag (145), daß Mehrarbeit — Überstunden, Überschichten — nur noch über den Weg des Freizeitausgleichs geleistet werden dürfen, mit dem Ziel, die Mehrarbeit auf ein Mindestmaß zu beschränken. Abgelehnt wurde ein Antrag (490) beim HV ein eigenständiges Fachreferat „Informationstechnologien“ einzurichten. Der HV meinte, mit den bisherigen Abteilungen diese Arbeit leisten zu können. Der als Material an den HV angenommene Antrag 487 — mit Veränderungen — macht deutlich, vor welchem Hintergrund diese Forderung zu sehen war. Wir dokumentieren Antrag 487 mit den Änderungen des HV dazu.

Betriebsratswahlen

Hier sei zum Schluß der Berichterstattung hingewiesen auf einen angenommenen Antrag, der sich eindeutig für gewerkschaftliche Vorwahlen zur Aufstellung der IGBE-Listen bei den Betriebsratswahlen ausspricht. Ein Antrag, der gegen den Widerstand einiger Betriebsratsführer, die auch in der Debatte Stellung nahmen, angenommen wurde. Insofern ein interessanter Antrag, als z. B. auch in anderen Gewerkschaften so etwas von Interesse sein dürfte. So finden z. B. seit dem erstmaligen Auftreten der RGO-Liste bei Union — Hoesch Dortmund — dort vor jeder Betriebsratswahl unter allen IGM-Mitgliedern Vorwahlen statt, in denen die Reihenfolge der IGM-Liste festgelegt wird.

Wir dokumentieren den Antrag 470 ebenfalls im Wortlaut.

Entschließungsantrag:

Allein eine Politik allgemeiner Entspannung sowie umfassender gleichgewichtiger, gleichzeitiger und kontrollierter Abrüstung in Ost und West fördern die Sicherheit in Europa und in der Welt. (...)

Dabei gilt für die deutschen Gewerkschaften das Prinzip der Gewaltfreiheit als absolute Vorbedingung und Verpflichtung für die Beteiligung an Aktionen. Ebenso gilt, daß die gewerkschaftliche Überzeugung des unaufknüpfbaren Zusammenhangs von Frieden und Menschenrechten unaufloslich ist.

Eine grundsätzliche inhaltliche Übereinstimmung in Grundfragen sowie Einzelaspekte bedeutet nicht gleichzeitig eine organisatorische Einheit von Friedensbewegung und Gewerkschaft. Entscheidend ist nicht die organisatorische Gemeinsamkeit in den Koordinationsausschüssen der Friedensinitiativen, sondern die inhaltliche Übereinstimmung mit den gewerkschaftlichen Forderungen zu Frieden und Abrüstung.

Die Delegierten des 13. Gewerkschaftskongresses bekräftigen die Haltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, sich gegen die Berufung auf das Widerstandsrecht gemäß Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes zu wenden. Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes bietet in diesem Zusammenhang keine Grundlage für die Übertretung von Gesetzen oder Vorschriften oder gar für die Anwendung von Gewalt gegen Menschen oder Sachen.

Antrag:

Der 13. Gewerkschaftskongreß möge beschließen: Die IGBE lehnt eine personensignifikante Erfassung der Bergleute über das Arbeitsschutzfunksystem ab und beauftragt den Hauptvorstand, eine Tarifvereinbarung abzuschließen, die diesen Tatbestand regelt.

Begründung:

Die IGBE stellt fest, daß das auf dem Bergwerk Monopol bereits betriebsmäßig eingesetzte Arbeitsschutzfunksystem REDAR ein Beitrag zur Erhöhung der Arbeitssicherheit ist. Mit Besorgnis nimmt sie aber zur Kenntnis, daß bei der Firma REDAR Nah Ortungstechnik

GmbH Möglichkeiten untersucht werden, jeden Bergmann persönlich über seinen eigenen Code zu erfassen (die sogenannte personensignifikante Erfassung). Die Sicherheit der Bergleute auf den schnell fahrenden Bändern und bei eventuellen Verschüttungen wird nicht darüber erhöht, daß man weiß, durch wen ein Band zum Stillstand gekommen ist. Vielmehr gehen solche persönlichen Erfassungen in Richtung einer totalen Erfassung und Kontrolle von Menschen, wie es etwa mit der Volkszählung und dem neuen Personalausweis geplant ist. Solchen Tendenzen ist bereits im Frühstadium Einhalt zu gebieten.

Überweisung als Material an den Hauptvorstand unter Änderung von Satz 1 und 2 der Begründung:

„Die IGBE stellt fest, daß auf einigen Bergwerken bereits betriebsplanmäßig Arbeitsschutzfunksysteme als Beitrag zur Erhöhung der Arbeitssicherheit eingesetzt worden sind. Mit Besorgnis nimmt sie aber zur Kenntnis, daß durch eine Firma zur Zeit untersucht wird, jeden Bergmann persönlich über seinen eigenen Code zu erfassen (die sogenannte personensignifikante Erfassung).“

Antrag:

Der 13. Gewerkschaftskongreß möge beschließen:

Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß die Grundlagen für Organisationsarbeit, hier Richtlinie zur Durchführung der Betriebsratswahl Nr. 4, wie folgt geändert werden:

Unter dem Punkt Auswahl der Kandidaten soll hinter 12 im Anschluß an den letzten Satz folgender Satz folgen:

1. Bei Kolleginnen und Kollegen, die sich als amtierende Betriebsratsmitglieder einer Wiederwahl stellen, ist darauf zu achten, daß sie ihre Rechte aus dem § 37.6 und 7 des BetrVG wahrgenommen haben.

2. Bei Erstellung der Wählerliste ist sicherzustellen, daß am Tage der Wahl alle wahlberechtigten Mitglieder auf der o. g. Liste aufgeführt sind.

3. Es ist klarzustellen, daß die gewerkschaftliche Vorwahl die demokratischste Form der Kandidatenaufstellung ist. Dies gilt besonders für große Betriebe.



Info 35, Thomas Kuchinke, Postfach 591
6050 Offenbach 4, Tel.: 0611 - 88 50 06

Liebe Leserin, Liebe Leser!

16mal ist Info 35 vor und während des Streiks für die 35-Stunden-Woche erschienen, um „beispielhafte, wirksame Argumente und Aktionen zu dokumentieren“. Vom 21. — 23. 9. haben wir auf einer Konferenz in Frankfurt Bilanz gezogen — 140 Kolleginnen und Kollegen nahmen an der Diskussion teil. Unser Entschluß: wir machen weiter — und zwar nicht nur, um uns auf das „dicke Ende“ der Betriebsvereinbarungen über die 38,5 Stunden-Woche gut vorzubereiten und die Arbeitszeitflexibilisierung gemeinsam besser abwehren zu können, sondern vor allem, um unsere kritische Bilanz des Kampfs gemeinsam in die gewerkschaftliche Diskussion zu tragen und jetzt schon über unsere gewerkschaftlichen Ziele für 1986 zu reden.

Eine neu bestimmte Redaktionsgruppe wird Info 35 weiterhin unregelmäßig herausbringen. Um weniger Aufwand zu haben, verschicken wir nur noch Einzelnummern an Einzelabonnenten. Wenn ihr weiter Interesse an einer Zusammenarbeit aktiver Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter habt, dann unterstützt uns:

- indem ihr uns Informationen schickt;
- und indem ihr das Info abonniert.

Die nächste Nummer des Info erhaltet ihr, wenn ihr für 1985 10,— DM auf unser Postscheckkonto Thomas Kuchinke, Kto.-Nr. 124 406-608, PSchA Ffm (BLZ 500 10060) überweist. Vermerk: Abo Info 35. Bitte Adresse deutlich schreiben.

Die Materialien unserer Konferenz sind soeben als Broschüre erschienen. Bestellung bei isp Verlag, Postfach 11 1017, 6000 Frankfurt 1. (100 S., 6,— DM; Auslieferung gegen Rechnung.)

Mit diesem Info zur Arbeitszeitregelung erhaltet ihr zugleich ein Extrablatt zur Solidarität mit den britischen Bergarbeitern.

Unsere Adresse: Info 35, Thomas Kuchinke, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Wie im Roten Morgen verschiedentlich berichtet, ist anlässlich der Betriebsratswahl bei Mannesmann in Duisburg ein scharfer Konflikt zwischen der Gruppe um den BR-Vorsitzenden Stommel und der „Gruppe konsequente Gewerkschafter“ öffentlich geworden. Die „Gruppe konsequenter Gewerkschafter“ hatte erfolgreich die erste Betriebsratswahl angefochten und bei der Wiederholung der Wahl mit einer eigenen Liste kandidiert und insgesamt 6 Sitze im 29köpfigen Mannesmann-Betriebsrat errungen.

Im Anschluß an diese Betriebsratswahl hat sich in der Zeitschrift „Revier“ eine wichtige Diskussion um Betriebsratspolitik entwickelt. Auszüge daraus dokumentiert die neue Ausgabe der RGO-Nachrichten. Wir veröffentlichen aus dieser Debatte einen Artikel der Hoesch-Werk-Union-Betriebsräte Norbert Bömer und Hartmut Siemon (beide RGO). Der Artikel ist um mehr als die Hälfte gekürzt, wobei es vor allem um das Problem der Mehrarbeit geht. H. Siemon und N. Bömer antworten vor

Hartmut Siemon/Norbert Bömer, Betriebsräte der Liste RGO, Hoesch Stahl AG, Werk Union

Wir denken, daß die inhaltliche Kontroverse um die brennenden Probleme der Betriebspolitik allen Beteiligten nutzen kann und möchten uns daher zu Wort melden.

So sehr wir mit vielen Ausführungen des Kollegen Wolf übereinstimmen (z. B. mit seinen Ausführungen über den Stellenwert der innerbetrieblichen Informationsarbeit) — trotzdem hatten wir beim Lesen seines Artikels das Gefühl, daß seine Sichtweise der Dinge bei Hoesch doch allzu glatt und harmonisch ist.

da der Anteil der ausländischen Kollegen lediglich bei 8—10 Prozent lag und liegt, zwar lief die Aktion gleichzeitig auch für deutsche Kollegen — aber dennoch zielte das Unternehmen im Zusammenhang mit der Rückkehrförderung insbesondere auf die türkischen Kollegen ab. Aus diesem Grunde wollte das Unternehmen erstmals auch eine regelrechte Betriebsvereinbarung also die ausdrückliche Zustimmung des Betriebsrats zu dieser Aktion. Die hat er dann auch nahezu mühelos bekommen und das lief so.

- Auf der Westfalenhütte wurde die Vereinbarung einstimmig angenommen, die Sache wurde überhaupt nicht problematisiert (auch nicht von den dortigen DKP-Kollegen, die sich allerdings in der Ausländerproblematik noch nie besonders aus „dem Fenster gelehnt“ haben. Beispiel: ihr Schweigen zu dem berüchtigten rassistisch angehauchten Modernisierungsprojekt der Hoesch Wohnungsbau-Gesellschaft am Borsig Platz).

- Auf dem Werk Phoenix gab es lediglich zwei Gegenstimmen (d. h. wesentlich weniger als der linke Flügel dort im BR vertreten ist).

- Lediglich auf der Union gab es aufgrund der Tatsache, daß wir aufgezeigt hatten, daß auch die IG Metall solche Vereinbarungen ablehnt und insbesondere die Rückkehrförderung ablehnt, 6 Gegenstimmen. Die Vereinbarung wurde sogar zuerst mehrheitlich abgelehnt. Daraufhin erschien 15 Minuten später der Personalchef Kahmeyer in der Sitzung, appellierte an die Gemeinsamkeit zwischen Vorstand und Betriebsrat in der Personalpolitik und brachte dadurch einige zum Umfallen.

Festzuhalten ist, daß in der Frage Abfindung und Rückkehrförderung auch bei Hoesch die Mehrheit der Betriebsräte versagt haben und nicht offensiv dagegen aufgetreten sind. Kein Wunder, mit jedem, der ging, war man ein Problem mehr los.

Zum Kampf um die Feineisenstraße P 4

Ehrlich — ein wenig ärgerlich finden wir diesen Teil des Artikels von H. O. Wolf schon. Nach dem Allgemeinplatz „Man muß die Kampfbedingungen immer in Bezug zu den aktuellen Kräfteverhältnissen sehen“ kommt der erhobene Zeigefinger zum Vorschein.

Da bekommt Michael Zim-

Norbert Bömer/Hartmut Siemon

Linke Realpolitik? — Erfahrungen bei Hoesch

ball kurz mal serviert, daß er dieses Kräfteverhältnis wahrscheinlich nicht berücksichtigt hat, ebenso wie die Mannesmann 1973.

Dagegen erscheinen die Hoesch-Betriebsräte klüger, als sie 2mal die Kollegen gegen die Schließung der P 4 rausholten und beim dritten Mal dann sang- und klanglos der Stille- und dem endgültigen Abgang auf das Stahlwerk zustimmten. So einer Darstellung muß demjenigen bitter aufsto-

Schließung der P 4 keine Entlassungen geben dürfte. Dies hatte Arbeitsdirektor Heese im übrigen schon im Juni zugesichert, deshalb war eigentlich von Kurt Schrade auch kein Widerstand mehr eingeplant. Lediglich der Druck der betroffenen P-4-Belegschaft und der linken Kräfte im BR Westfalenhütte, sowie die Tatsache, daß Rohwedder sich in der GBR-Sitzung zierte, einen allgemeinen Verzicht auf Entlassungen im Zusammenhang mit der P 4 zu erklären —

tal, daß im Aufsichtsrat Einvernehmlichkeit zwischen Vorstand und Arbeitnehmervertretern demonstriert wurde. Und das hat sicherlich wenig mit der Bindung der Aufsichtsräte an das Aktiengesetz zu tun, wie H. O. Wolf so eine Politik vornehm umschreibt, sondern vielmehr mit einer Unfähigkeit oder fehlenden Bereitschaft, tatsächlich auf Konfliktkurs mit dem Vorstand zu gehen. Wir meinen, daß man im Bereich der Stahlindustrie sowieso nicht diese

vernichtung (10000 in vier Jahren) ganz objektiv bewirkt hat, daß der soziale Sprengstoff dieser Auseinandersetzung entschärft wurde.

Dennoch kehrt der Kollege Wolf sämtliche real vorhandenen gewesenen Widersprüche in den Betriebsräten und im VK-Körper, zwischen IGM-Vorstand und betrieblichem Funktionärskörper etc. in dieser Frage vollkommen unter den Teppich.

Wieso wird einfach festgestellt, daß Widerstandsformen

diglich ein Lippenbekenntnis war, was in der betrieblichen Auseinandersetzung ohne jegliche Konsequenz blieb?

Wir dürfen doch nicht unter den Teppich kehren, daß an entscheidenden Wendepunkten der Auseinandersetzung angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Betriebsrat, angesichts des Drucks bzw. der Untätigkeit des IGM-Vorstands der Kurs der Sozialpartnerschaft die Oberhand hatte und die Forderung nach dem Bau des neuen Stahlwerks immer mehr zur hohlen Phrase wurde, da man im Aufsichtsrat jeden Schritt weg vom Bau des Stahlwerks einvernehmlich mit-

Und jedermann weiß auch, daß Kurt Schrade und seine Mannen an diesen kritischen Punkten recht ruppig mit den Kollegen umsprangen, die sein Kokettieren mit Rohwedder ablehnten. Erinnert sei hier nur daran, daß aus Anlaß einer nicht von oben abgesetzten Arbeitsniederlegung in der P 4 Kronprinz Werner Nass den Kollegen mit erhobenem Zeigefinger klarmachen wollte, daß solche Einzelaktionen unerwünscht seien.

Wir führen diese Punkte hier an, weil wir den Meinungskampf darüber, wie sich eine Belegschaft erfolgreich wehren kann, unter Einbeziehung breiter Teile des VK-Körpers und der Belegschaft führen wollen. Diese Kontroversen müssen ausgetragen werden ohne Druck. Die Knopfdruckmentalität bei Kampffaktionen (wenn die Spitze ruft, dann folgen wir) muß überwunden werden.

Hier möchten wir dem Artikel des Kollegen Stegmann in der letzten Nummer ausdrücklich beipflichten.

Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf?

Nur wenn die Frage — Sozialpartnerschaft oder konsequente Vertretung der Klasseninteressen in den Belegschaften konkret diskutiert wird, läßt sich an wirkliche Veränderungen in den gewerkschaftlichen Strukturen denken. Ratschläge wie „nicht zu weit aus dem Fenster lehnen“, „das Bewußtsein der Kollegen berücksichtigen“, „nicht den Rufer in der Wüste“ spielen usw. mögen zwar gut gemeint sein, bleiben aber hohl, wenn diese Konflikte unter den Interessenvertretern nicht für die Kollegen sichtbar auf den Tisch kommen.

Wir denken, daß dieses Dilemma am Schluß der Ausführungen des Kollegen Wolf deutlich wird. Neben vielen richtigen Hinweisen zur Frage der neuen Technologie steht die unkritisch vorgetragene Forderung nach mehr „Mitbestimmung“. Das sollte doch — ohne darauf jetzt noch näher eingehen zu können — inzwischen allgemeines Erfahrungsgut von linken Gewerkschaftern sein, daß über die „Mitbestimmung“ nicht viel zu reißen ist, besonders in der Krise nicht. Dann bevorzugen wir als politische Perspektive schon lieber unmißverständlich Forderungen nach „Veto- und Kontrollrechten“.

Aber vielleicht sind wir tatsächlich zu wenig Realpolitiker!

Hans-Otto Wolf:

Betriebsratsarbeit in der Krise

Abfindungen für türkische Kollegen
Vor diesem Hintergrund muß man die betrieblichen Probleme stellen und versuchen zu beurteilen z. B. auch das in dem Artikel angesprochene Problem der Abfindung für ausländische, vor allem für türkische Kollegen. Ich glaube, daß die gesamtgesellschaftliche Situation völlig außer Acht gelassen wird, wenn die „Stommel-Gruppe“ bei Mannesmann sagt, sie hätte gar nicht damit gerechnet, daß so viele ausländische Kollegen von der Abfindungsaktion Gebrauch machen, weil es schon mehrere solcher Abfindungsaktionen gegeben hat. Das läßt nur den Schluß zu, daß man sich allein auf den Hüttenbereich beschränkt. Denn mittlerweile ist doch auf der bundespolitischen Ebene, in der Gesetzgebung, im politischen Klima, einiges anders geworden. Abgesehen davon, daß diese Aktion gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstößt, so hätte der Betriebsrat noch Einfluß nehmen können, selbst wenn er die Wirkung der Abfindungsaktion vorher nicht einschätzen konnte. Er konnte zwar die Abfindungsaktion als solche nicht verhindern, er konnte aber darauf aufmerksam machen, daß z. B. Überstunden nicht genehmigt werden, die notwendig werden, wenn so viele ausländische Kollegen ausscheiden.

Unser Kampf um die P 4
Natürlich lassen sich solche gewerkschaftspolitischen Antworten nicht unbedingt auf alle Betriebe so oder auch in veränderter Form übertragen. Das gilt auch für betriebliche Kämpfe. Man muß die Kampfbedingungen immer in Bezug zu den aktuellen Kräfteverhältnissen sehen.

Michael Zimball hat sich engagiert in die Kampfbedingungen eingebracht, und das Unternehmen hat

voll zugeschlagen, was anschließend eine große Resignationsphase ausgelöst hat. Man muß also unter den jeweiligen politischen Bedingungen bewerten: bis zu welchem Punkt ist die Belegschaft entweder in der Gesamtheit oder nur in Teilbereichen dazu bereit, Kampfmaßnahmen auf sich zu nehmen.

Es wird bei uns oft der Kampf um die P 4 (Feineisenstraße) herausgehoben, als ein Beispiel dafür, daß auch unter Krisenbedingungen in der Eisen- und Stahlindustrie Widerstand geleistet werden kann. Das stimmt sicher, und doch muß man genauer hinsehen. Der Kampf um die P 4 konnte aufgenommen werden, weil diese Schließung mit sich gebracht hätte, daß es zu Entlassungen hätte kommen können, ohne daß die Kollegen wußten, wer betroffen sein wird. Es war nur die Anzahl bekannt. Außerdem bedeutete die Stilllegung, daß gegen den Aufsichtsratsbeschuß vom 29. 4. 81 verstoßen wird, weil sie über das dort festgelegte Maß hinausgeht. Das alles machte die Sache so brennend und die Mobilisierung so hoch. Denn wir sind natürlich in die Belegschaft gegangen und haben über die Position des Vorstandes informiert. Das ist ja unser betriebsverfassungsrechtliches Recht, jeden Kollegen über den Stand der Verhandlungen zu informieren. Das Ziel war das politische Zugeständnis der Unternehmensleitung, keine Entlassungen vorzunehmen. Hätte möglicherweise der Unternehmer direkt eine Liste auf den Tisch gelegt, aus der hervorgeht, wer davon im einzelnen betroffen ist, ist fraglich, ob dann die Geschlossenheit so gewesen wäre, wie sie war. Nachdem das politische Zugeständnis erreicht war, es wird ohne Entlassungen geschlossen, schätzten wir die Durchsetzungsbedingungen für einen weiteren kampfbetonen

Weg so ein, daß die Kollegen uns auf diesem Weg nicht mehr folgen werden.

Stahlbasis Dortmund:

Stahlwerk jetzt

Auch die Ereignisse hier in Dortmund, die in Zusammenhang mit dem Stahlwerksbau stattgefunden haben, kann man nicht so ohne weiteres übertragen. Wenn sich Hoesch in der gleichen Diversifikationsbreite wie Mannesmann dargestellt hätte — keine aktuellen Sorgen, was die Auslastung und Beschäftigung betrifft, denn mit dem Ostgeschäft ist Mannesmann gut eingestiegen —, dann wäre es sehr, sehr schwierig geworden, wenn es überhaupt gelungen wäre, die Belegschaft zu mobilisieren. Denn kurzfristig drohten und drohen bei Mannesmann keine Entlassungen.

Doch der Mobilisierungsgrad ist immer dann besonders hoch, wenn die Kollegen sich unmittelbar betroffen fühlen. Bereits wenn Teile der Belegschaft herausgenommen werden, beginnt das Spaltungsmoment. Geht die Sache ohne Entlassungen oder Verdiensteinbußen vor sich, wird das aus der Sicht der Kollegen toleriert. Bei Hoesch konnte eben deswegen eine Mobilisierung für den Stahlwerksbau erreicht werden, weil der gesamte Stahlstandort in Dortmund zur Debatte stand und steht. Man kann deshalb die mangelnde Mobilisierungsbereitschaft der Kollegen nicht direkt auf eine verfehlte Betriebsratspolitik zurückführen. Es ist ja nicht von ungefähr, daß die Kollegen bei HDW oder bei Mönninghoff erst dann zu den letzten Mitteln gegriffen haben, als ihnen das Wasser bis zum Hals stand, ihnen der unmittelbare Arbeitsplatzverlust und zwar für die gesamte Belegschaft bevorstand. Das ist eine allgemeine Erscheinung, die man nicht der Betriebsratspolitik

schlechthin anlasten kann.

Keiner kämpft ohne Perspektive und ohne sich betroffen zu fühlen. Wenn diese Betroffenheit auf ein Maß reduziert ist, daß man Umsetzungen und dergleichen in Kauf nimmt, dann wird der Grad der Mobilisierung unter Krisenbedingungen immer niedrig sein. Und wer glaubt, sich unter diesen Kampfbedingungen weit aus dem Fenster zu legen, der muß sich dann auch fragen, wieviele bereit sind, mitzuziehen. Selbst wenn es in einem Betrieb zustandekommt, dann geht das in diesem Wirtschaftssystem dennoch nicht. Selbst wenn beispielsweise der Werksvorstand durch den Druck der Belegschaft seine Position verändert, weil er das Kräfteverhältnis so einschätzt, daß gegen diese kampferfahrene Belegschaft nichts läuft, dann ist die Sache damit längst noch nicht ausgemacht. Denn dann schlägt z. B. das Bankkapital zu, weil es unter Kapitalverwertungsgegesichtspunkten die Entscheidung der Stilllegung verlangt und weil es als Kreditgeber gleichzeitig eine Investitionsmittelsperre verhängen kann. Und eine Betriebsbesetzung, die heute so häufig gerade von fortschrittlich denkenden Kollegen genannt wird, ist eben auch nur unter bestimmten Voraussetzungen sinnvoll. Sie ist dann sinnvoll, wenn ein Kundeninteresse am Produkt besteht, also das Interesse daran, daß die Produkte unmittelbar geliefert werden. Sie ist dann sinnvoll, wenn nicht auf andere Lieferer ausgewichen werden kann. Das haben wir im Arbeitskampf gelernt. Wenn diese Bedingungen nicht vorhanden sind, läuft da nichts, dann muß eine Besetzung über diesen einen Betrieb hinausgehen, um wirksam zu werden. Insofern stand bei uns diese Art des Widerstands auch nicht zur Debatte.

ßen, der weiß, daß von Anfang an in den Betriebsräten verschiedene Positionen zur Frage der P 4 vertreten waren, die der Artikel einfach unter den Tisch fallen läßt.

Sicherlich ist es richtig, daß die Sorge, mit der Schließung der P 4 seien als Konsequenz auch Entlassungen zu befürchten, eine wesentliche Rolle für die Mobilisierung der Belegschaft spielte.

Aber das Ziel der betroffenen Belegschaft bei beiden Aktionen am 30. 6. und 7. 7. war der Erhalt der P 4 und auch die Forderung nach sofortigem Baubeginn des neuen Stahlwerks.

Demgegenüber war das Ziel der Betriebsratsspitzen lediglich, daß es aus Anlaß der

bewegte dann Kurt Schrade und andere dazu, doch noch mal grünes Licht für Aktionen zu geben. Die beiden Aktionen selbst waren ohne Zweifel ausgerichtet auf den Erhalt der P 4 und nicht nur auf Zusagen, alles über Sozialplan abzuwickeln.

Deshalb war auch die Enttäuschung in den Betrieben riesengroß, als 3 Monate später die Schließung der P 4 in den Aufsichtsrat kam, ohne daß eine Aktion dagegen lief.

Und empörend in den Augen vieler Kollegen war auch, daß die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Schließung der P 4 sogar ausdrücklich zustimmten. Selbst wenn man die Einschätzung hatte, es sei nichts mehr zu machen —, was wir bezweifeln — war es falsch und fa-

strikte Trennung — Aufsichtsrat — Betriebsrat machen kann, u. a. wegen der teilweise persönlichen Identität.

Beispiel Stahlbasis Dortmund! Stahlwerk jetzt!

Auch hier wollen wir einige Anmerkungen zur Sichtweise des Kollegen Wolf machen. Sicherlich ist es unbestritten, daß der Grad der Betroffenheit entscheidend ist für die Mobilisierung. Und sicherlich lag die Stärke der Bewegung „Stahlwerk jetzt“ gerade darin, daß die Betroffenheit einer ganzen Region in praktische Aktion umgesetzt werden konnte.

Wir verkennen auch nicht, daß die vom Hoesch-Management maximal ausgeklügelte Politik der sozialen Abfederung der gigantischen Arbeitsplatz-

wie Streik oder Betriebsbesetzung nicht zur Debatte standen. Lag oder liegt denn etwa beim Warmbreitband, beim Kaltwalzwerk oder bei den Spundbohlen kein massives Profitinteresse von Hoesch oder Kundeninteresse z. B. der Autokonzerne vor?

Ist nicht gerade aus den bisherigen Erfahrungen der Betriebsbesetzungen der Schluß zu ziehen, daß diese Kampfform viel früher in Erwägung gezogen werden muß, nämlich bevor alle beteiligten Unternehmer ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben.

War es nicht so, daß für die sozialpartnerschaftlich orientierten Kräfte die Zustimmung zu dem Dortmunder Papier (Überführung in Gemeineigentum) le-

Aus „Der Durchblick“, Betriebszeitung der KPD beim Drägerwerk Lübeck

Arbeitsplätze schaffen

Zur beginnenden betrieblichen Umsetzung bei Dräger in Lübeck nehmen die Genossen dort wie folgt — auszugsweise — Stellung:

Das Ziel des Kampfes der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung war die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden. Aber gegen den massiven Widerstand der Unternehmer ist dennoch eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit durchgesetzt worden. Die neue Arbeitszeitregelung gilt ab 1. April 1985.

Rein rechnerisch heißt das: Rund 4000 Beschäftigte leisten durch die 38,5 Stunden-Woche statt bisher 160000 nur 154000 Produktionsstunden in der Woche. Das sind genau 6000 Produktionsstunden weniger als bisher. Es muß also unbedingt verhindert werden, daß diese Produktionsstunden durch Leistungsverdrängung und Rationalisierung auf die Rücken der jetzt im Werk Beschäftigten verteilt werden.

Die fehlenden 6000 Produktionsstunden pro Woche müssen durch Neueinstellungen ausge-

glichen werden!

Rein rechnerisch würde das für 156 neue Leute Arbeit auf dem Drägerwerk bedeuten.

Wir meinen: Die Durchsetzung von Neueinstellungen muß daher die wichtigste Aufgabe von Betriebsrat, Vertrauenskörper und Belegschaft sein!

• **Mehr Freizeit und Erleichterung am Arbeitsplatz!**

Neben der Forderung nach Schaffung neuer Arbeitsplätze standen diese beiden Forderungen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung für eine Arbeitszeitverkürzung. Diese Forderungen müssen für jeden Beschäftigten ihre Gültigkeit haben.

Darum: Keine Flexibilisierung! Durchsetzung der 38,5-Stunden-Woche für jeden!

Wir begrüßen es an dieser Stelle, daß der Vertrauenskörper der IGM und der Betriebsrat eindeutig mit diesen Forderungen in die Auseinandersetzung mit dem Vorstand gehen.

Aus „Kollegen von Daimler informieren“

Überstunden schaffen Überstunden!

Im Rahmen der sich ausbreitenden Debatte um Überstunden hier ein Beitrag von Daimler-Kollegen aus Bremen.

Hat man als Belegschaft den Brocken gerade geschluckt und sich dazu durchgerungen, in den sauren Apfel zu beißen, Überstunden zu machen, folgt der nächste unappetitliche Happen — serviert durch die Unternehmer!

Und das wären — weitere Überstunden. Am Beispiel der Halle 3 wollen wir hier aufzeigen, wie so etwas funktioniert.

Seit dem 17. 9. 84 wird in dieser Halle bekanntlich Mehrarbeit geleistet, wie im übrigen Teil des Werkes auch.

Die Unternehmer bekommen bis zu fünf Fahrzeuge mehr vom Band herunter. Diese Mehrproduktion soll bis um 6.00 Uhr „gebaut“ worden sein. Im allgemeinen klappt dieses auch, bis auf eine Ausnahme, wo Betriebsräte dem Abteilungsleiter und dem Hauptgruppenleiter des Inneneinbaus klarmachen mußten, daß sie, falls um 6.00 Uhr nur drei Fahrzeuge gebaut wurden, entsprechend weniger als Endstückzahl zu akzeptieren haben. (Also statt z. B. 65 + 5 — eben nur 65 + 3 Fahrzeuge). Nach anfänglichen „bescheidenen Streitereien“ haben die beiden das dann auch begriffen!

Was jedoch nicht so ganz in den Köpfen der beiden aufgehen wollte, ist (bzw. war), daß jede Stunde Mehrarbeit vor allem in so frühen Morgenstunden seine Folgen hat.

Denn schließlich sind wir menschliche Wesen und keine Roboter. Die Folgen dieser „unmenschlichen“ Mehrarbeitszeit mit Beginn um 5.15 Uhr macht sich vor allem bei der Qualität der Fahrzeuge bemerkbar.

Das merken die Kolleginnen und Kollegen im Nachlack der Halle 3 recht deutlich. Hier laufen bekanntlich die Lackfehler und Lackbeschädigungen zusammen. Verursacht werden diese Fehler nicht nur durch überstrapazierte Bandarbeiter, sondern auch durch Umbauarbeiten in Halle 1, die eine Menge Staub und Schmutz mit sich bringen. Gerade letzteres macht sich oft nachteilig in der Lack-

qualität bemerkbar.

Das Haus Daimler-Benz, aufs peinlichste bedacht, das Qualitätsniveau nicht abrutschen zu lassen, bessert diese Lackfehler also aus — und das geschieht im Nachlack.

Am 17. 10. z. B. waren es 44 Fahrzeuge im Nachlack, davon 18 mit Dachbeschädigungen. Am Tag darauf sollen es bis zu 26 Beschädigungen, davon 13 Lackfehler gewesen sein. Von 67 gebauten Einheiten waren das ca. 38,8 Prozent.

Am selben Tag in der Spätschicht kamen dann nochmals ca. 17 Beschädigungen und sieben Lackfehler dazu, das sind fast 25,3 Prozent Beschädigungen, sowie 10,4 Prozent Lackfehler!

Wenn solche Zustände länger andauern, können die Nachlacke der anfallende Arbeit in ihren normalen 8 Stunden nicht wegarbeiten. So war es dann auch in Halle 3 geschehen. Stets gilt es zu bedenken, daß die Kolleginnen und Kollegen im Nachlack in acht Stunden nur 34 Fahrzeuge ausbessern können, wenn es gut läuft.

Klar, wann der Rest aufgearbeitet werden sollte?!

Unsere beiden schon vorher erwähnten Vorgesetzten (Abteilungsleiter und jetzt Hallenleiter sowie der Hauptgruppenleiter vom Inneneinbau) sahen dafür die freien Samstage vor. „Natürlich alles auf freiwilliger Basis.“ Die drei Bereichsbetriebsräte kamen jedoch, nach anfänglichen unterschiedlichen Einschätzungen schnell überein — anfallende weitere Mehrarbeit auf ein Minimum nur zu genehmigen. Denn Kolleginnen und Kollegen, die täglich schon um 5.15 Uhr ihre Arbeitsbeginn haben, ist es nicht zumutbar, auch noch samstags zu arbeiten. Weiter konnte festgestellt werden, daß man feststellen an der Wurzel zu beseitigen hat und nicht hinterher dies den Kumpels im Nachlack aufbürden darf!

Es hat den beiden Vorgesetzten dann auch ganz gut zu Gesicht gestanden, dies zu berücksichtigen.

Überstunden: Wirkung bei Bosch/Reutlingen

Der Betriebsrat von Bosch/Reutlingen in einem Informationsflugblatt zur Überstundenlage und ihrer Auswirkung im Betrieb Stellung genommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach sieben Wochen schwerem Arbeitskampf haben wir die 38,5 Stunden durchsetzen können.

Unser Ziel ist nach wie vor die 35-Stunden-Woche und die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Auf dem Papier haben wir den Einstieg dafür bereits geschaffen. Und wir müssen nun versuchen, diesen in die Praxis umzusetzen. Beginnen sollten wir dabei mit dem Abbau der Überstunden.

Allein im September wurden bei Bosch/Reutlingen im gewerblichen Bereich 19695,6 Überstunden, im Angestelltenbereich 5056,0 Überstunden gemacht.

Rein rechnerisch entspricht dies im gewerblichen Bereich 123,0 Arbeitsplätzen, im Angestelltenbereich 28,8 Arbeitsplätzen.

Wenn man bedenkt, daß die Überzeit freiwillig ist und niemand dazu gezwungen werden darf, dann ist die Anzahl der geleisteten Überstunden viel zu hoch. Der Betriebsrat hat nicht immer die Möglichkeit, die Überzeit abzulehnen.

Erinnert euch: Gleich nach dem Arbeitskampf konnte es der Firma nicht schnell genug gehen, mit der Zustimmung des Betriebsrates zur Überzeit. Gegen die Stimme des Betriebsrates wurde in der Einigungs-

stelle beschlossen, samstags bis 14.30 Uhr Überzeit zu genehmigen. (Der Beschluß der Einstellungsstelle ist bindend, man kann ihn mit einem Arbeitsgerichtsbescheid verweigern.)

Aber der Betriebsrat sorgt dafür, daß die Überzeit nach wie vor freiwillig bleibt und Neueinstellungen erfolgen.

Jeder von uns ist verantwortlich: Mit jeder Überstunde entfernen wir uns von unserem Ziel, die Arbeitszeit zu verkürzen, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen und dadurch die Arbeitslosigkeit abzubauen.

Die Arbeitslosigkeit betrifft jeden:

• 2,5 Millionen registrierte Arbeitslose in der BRD, darunter unsere Kinder, Verwandte und Bekannte.

• Je mehr Arbeitslose, desto mehr Druck im Betrieb, Leistungsdruck, Angst um den Arbeitsplatz, Lohnabbau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach Möglichkeit sollten wir keine einzige Überstunde mehr machen. Jedenfalls sollte für jede Überstunde Freizeit ausgleichen genommen werden.

Der Betriebsrat hat erreicht, daß jeder bereits ab der 1. Überstunde Freizeitausgleich nehmen kann. In der nächsten Zeit folgen verschiedene Informationsblätter zum Tarifabschluß und zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung. Euer Betriebsrat

Trafo-Union-Arbeiter zu Besuch

Am 28. 11. fand in München eine Konferenz der Betriebsräte des Siemens-Konzerns statt. Diesmal lief es aber nicht wie gewohnt ab. Plötzlich sah man durch die Scheiben des großen Tagungsraums eine Demonstration anrücken. 450 Kollegen vom Cannstatter Siemens-Werk (Trafo-Union) waren per Bus nach München gefahren, um vom anwesenden Arbeitsdirektor eine positive Aussage über den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu verlangen!

Daß die Demonstration dem Arbeitsdirektor mißfiel, wunderte nicht. Aber daß der Gesamtbetriebsrat nur zuließ, daß

eine Delegation in den Saal kommen durfte, während die Kollegen von der Tür abgedrängt wurden, das stieß bei vielen anwesenden Betriebsräten auf Widerstand. Zum Glück ließen sich die Cannstatter Kollegen an der Tür schließlich nicht mehr zurückhalten und strömten geschlossen in den Saal. Mit Bravo-Rufen und großem solidarischem Beifall wurden sie begrüßt. Sie berichteten von ihrem Kampf und verteilten Flugblätter (siehe unten); es herrschte große Wut darüber, daß Siemens aus reiner Profitgier dieses Werk — wo genug Arbeit ist, wo jetzt noch andauernd Überstunden verlangt werden — schließt, einfach weil es nicht mehr ganz so viel Gewinn bringt, wie Siemens in anderen Bereichen zu machen gewohnt ist.



IG METALL

Herausgeber: IG Metall Stuttgart - Verantwortlich: Klaus Zwickel 28. 11. 1984

Wir kämpfen um unsere Arbeitsplätze und unsere Existenz:

TU Cannstatt muß leben!

Die Trafo-Union (TU), Werk Stuttgart-Bad Cannstatt, soll geschlossen werden. Fast 1000 Menschen sollen ihren Arbeitsplatz verlieren, damit Siemens noch höhere Milliardengewinne macht! 60 Ausbildungsplätze würden damit gleichzeitig verschwinden! Die einzigen Argumente des Unternehmens sind Bilanzzahlen. Die Schicksale von 1000 Menschen, deren Lebenskreis zerstört, deren Existenz bedroht ist, rühren die Manager des Konzerns nicht.

Die TU in Stuttgart-Bad Cannstatt ist ein technisch hochentwickeltes Werk, das in den 60 Jahren seines Bestehens zunächst dem AEG-Konzern und später auch Siemens große Gewinne erwirtschaftet hat. Gewinne, mit denen die jetzige Produktionskapazität geschaffen wurde. Das Durchschnittsalter der Belegschaft liegt bei über 45 Jahren und die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit beträgt fast 20 Jahre. Es gibt viele Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht 50 Jahre alt, aber schon über 30 Jahre im Betrieb beschäftigt sind. Der Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet für die meisten von ihnen den Weg in die Arbeitslosigkeit. Arbeitsplätzeangebote in Kirchheim/Teck und in Nürnberg mit Anfahrtswegen von über 50 bis 200 Kilometern können nur als Scheinangebot bezeichnet werden. Das würde für viele Fahrzeiten von mehr als vier Stunden täglich bedeuten. Derzeit hat die Trafo-Union mehr Arbeit als Beschäftigte. Sie ist in allen Werken zu Neueinstellungen gezwungen.

Trotzdem will man nach wie vor die Trafo-Union in Stuttgart-Bad Cannstatt schließen. Die Belegschaft hat bereits mehrfach ihren entschlossenen Willen bekundet, für ihre Arbeitsplätze in Stuttgart-Bad Cannstatt zu kämpfen. Am 17. und 19. 11. wurde die Arbeit niedergelegt, um diesen existenzvernichtenden Willensbeschuß des TU-Vorstandes rückgängig zu machen.

Wir sagen: Wer Menschen mit ihrer Arbeit und mit allen Maschinen und Produktionsanlagen verläßt, möchte, kann, wenn er nur will, auch alles am bisherigen Standort lassen!

Stoppt den Arbeitsplatzvernichter SIEMENS!
Die Trafo-Union in Bad Cannstatt muß weiterleben!

sichtigen.

Merke: „Manchmal sind weniger gebaute Autos in der Mon-

tage mehr wert, wenn der Nachlack sauber bleibt — als umgekehrt!“

26./27. Januar 1985

2. bundesweites Treffen der betrieblichen Friedensinitiativen

Am 26. 1. '85 findet in Dortmund Scharnhorst das 2. bundesweite Treffen der betrieblichen Friedensinitiativen statt. Alle betrieblichen Friedensinitiativen, jede/r Friedenskämpfer/in aus Betrieb und Verwaltung ist eingeladen, teilzunehmen. Das vorläufige Programm sieht so aus:

1. Eröffnung, Grußwort
 - Einleitende Referate zu den Themen:
 - Frieden und Arbeit
 - Hochrüstung und Sozialabbau (Arbeiter- und Friedensbewegung)
 - Aufgabenstellung einer betrieblichen Friedensinitiative
2. Arbeitsgruppen
 - Strategie der Friedensbewegung
 - Beschäftigungsprogramme statt Hochrüstung
 - Möglichkeiten betrieblicher Friedensinitiativen und ihre Grenzen
 - Friedensarbeit im Rüstungsbetrieb
 - Arbeiterjugendaktionen „atom-

waffenfreie Zone“, Palme-Vorschlag (8. Mai)

- Hochrüstung und Wirtschaftspolitik, was haben wir in den nächsten Jahren zu erwarten?
- Militärpolitisches Konzept der NATO, Konsequenzen für unser Land
- Arbeiterbewegung und Friedensbewegung — aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Deutschlands

3. Informationsbörse
4. Vereinbarungen für regionale Treffen
5. Abschlußplenum

Kontakt: Ulrich Schmit, Ostermarsch-Büro Ruhr, Königswall 22, 4600 Dortmund 1, Tel.: (0231) 141153

Wir bitten alle Genossinnen und Genossen, die an dem Treffen teilnehmen wollen, sich im Zentralen Büro der KPD telefonisch zu melden. Es ist geplant, am Vorabend des Treffens im Zentralen Büro der KPD eine Vorbesprechung durchzuführen.

Großer Ratschlag der Frauenbewegung

Am 26./27. Januar wird in Köln ein „großer Frauenweiter Ratschlag der Frauenbewegung“ stattfinden. Das wurde bei einem Treffen verschiedener Frauenorganisationen am 17. 11. 84 beschlossen. Beabsichtigt ist in Fortsetzung der „Aktion Muttertag“ von diesem Jahr 1. eine Debatte über Aufgaben und Perspektiven der Frauenbewegung und 2. eine Beratung

über Aktivitäten zum Muttertag 1985. In der Diskussion ist bisher der Vorschlag, örtliche bzw. regionale Veranstaltungen und Aktionen durchzuführen, die evtl. mit einer Art „Frauenparlament“ in Bonn kombiniert werden sollen. Außerdem ist daran gedacht, eine Postkartenaktion mit dem Motto der Muttertagsaktion 84 „Wir machen Putz“ durchzuführen.

Bonn stellt Modellprogramm „Mädchen in Männerberufe“ ein

85 Prozent aller Mädchen, die eine Ausbildung machen, befinden sich in nur 20 von insgesamt 400 Ausbildungsberufen. Daß das nicht, wie immer behauptet wird, an den Mädchen liegt bzw. an ihren begrenzten Berufswünschen, belegen die Zahlen aus dem Berufsbildungsbericht der Bundesregierung. Danach werden immer noch nur 25 Prozent aller Ausbildungsplätze Männern und Frauen, 50 Prozent jedoch nur Männern und 25 Prozent nur Frauen angeboten.

Es ist völlig klar, daß diese Situation maßgeblich dazu beiträgt, daß Mädchen überproportional von der Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind (zwei Drittel aller Jugendlichen, die keine Lehrstelle bekommen, sind Mädchen und daß die Arbeitslosenquote bei Frauen erheblich höher ist als bei Männern. Genauso klar ist, daß sich im Selbstlauf bzw. durch bloße Appelle an die Unternehmer nichts ändern wird, sondern daß hier staatliche Maßnahmen nötig sind.

Eine Maßnahme, die hier helfen sollte, ist das Modellprogramm der Bundesregierung „Erschließung gewerblich-technischer Ausbildungsberufe für Mädchen“. Bis September '84 waren an diesem Modellprogramm 1232 Mädchen beteiligt, die in ca. 200 Betrieben in 75 verschiedenen Berufen ausgebildet wurden. Von 710 jungen Frauen, die bis September '84 ihre Ausbildung beendeten, haben 98,3 Prozent die Abschlußprüfung bestanden. Von ihnen wurden 57 Prozent vom Ausbildungsbetrieb übernommen, ca. 65 Prozent arbeiten insgesamt im erlernten Beruf.

Sicher, angesichts der bestehenden Misere ist ein solches Modellprogramm nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber selbst mit diesem bißchen Hilfe ist es jetzt schon wieder vorbei. Denn Anfang 1985 wird dieses Modellprogramm auslaufen und eine Ver-

längerung oder Neuaufnahme des Programms will die Bundesregierung nicht. Warum? Schlichte Begründung: Antwort auf eine entsprechende Anfrage der SPD: „Dies entspricht dem Charakter einer „Modell“-maßnahme im Unterschied zu einer Regeleinrichtung.“

Stattdessen sollen in Zukunft eine bunte Broschüre des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft sowie zwei Fachtagungen die Unternehmer davon überzeugen, daß es doch nett wäre, wenn sie auch ein paar Mädchen einstellen.

An irgendwelche ernsthaften Maßnahmen, um Mädchen den Zugang zu gewerblich-technischen Berufen zu erzwingen, ist selbstverständlich nicht gedacht. Auf die Frage der SPD-Fraktion, wie die Bundesregierung zur Forderung nach Quotierung der Ausbildungsplätze, z. B. entsprechend dem Anteil der Frauen an den Bewerbungen, steht, lautete die Antwort der Bundesregierung lapidar: „Eine Quotierung für Ausbildungsplätze, um einen bestimmten Anteil für junge Frauen sicherzustellen, lehnt die Bundesregierung sowohl für den öffentlichen Dienst wie für die gesamte Wirtschaft aus grundsätzlichen Erwägungen ab.“ Was eben bei Licht betrachtet, dasselbe heißt wie: „Einer überproportionalen Arbeitslosigkeit junger Frauen stimmt die Bundesregierung aus grundsätzlichen Erwägungen zu.“



Recht hat er, der Postbote...

... denn jetzt gibt es im RM-Verlag zwei Postkartenserien, die das Schreiben wieder zum Vergnügen machen.



Liebe Grüße gegen die Wende

Postkartenset besteht aus acht teils zweifarbigen Postkarten mit innenpolitischen Motiven. Ansichtskarten aus der verfluchten Republik.



Solidarität mit Nicaragua

Acht teils zweifarbige Karten mit Motiven aus Nicaragua. Bilder, Darstellungen des legendären nicaraguanischen Guerillaführers Augusto César Sandino.

Beide Serien, jeweils acht Karten im Umschlag, sind zum Preis von je 5,— DM zu bekommen beim

RM-Verlag,
Postfach 30 05 26,
4600 Dortmund 30

NEU 14,80 Mark

Das Krisenbuch

**Wirtschaftskrise,
Wendepolitik und
Widerstand**

RM-Taschenbuch
DM 14,80

Special: Kohle,
Stahl &
Werkstoffe

Bestellungen an **RM-Verlag** | Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Neue Nummer der „Kommunistischen Hefte“ über Lenin und die junge Sowjetmacht

In einem Land wie Rußland...

Die neue Ausgabe der „Kommunistischen Hefte“ enthält einen sehr umfangreichen Artikel des Genossen Detlef Schneider zur Entwicklung der strategischen Auffassungen Lenins für die Übergangsgesellschaft in den ersten Jahren der Sowjetmacht. Die Initiative zu diesem Artikel ging im Rahmen der Sozialismus- und Programmdiskussion in unserer Partei vom Zentralkomitee aus. Um die Leser des Roten Morgen ein wenig auf den Geschmack zu bringen, drucken wir im folgenden das einleitende Kapitel ab.

Am Ende ihrer 1918 in der Festungshaft geschriebenen Kritik an einigen Erscheinungsformen der russischen Revolution bemerkte Rosa Luxemburg: „Das Gefährliche beginnt dort, wo sie (die Bolschewiki — d. Verf.) aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen.“ (1)

Eine solche Tendenz bestand — wie noch zu zeigen sein wird — durchaus bei manchen der damaligen bolschewistischen Führer; eine solche Tendenz hat sich auf dem Wege der Dogmatisierung bestimmter Erfahrungen der russischen Revolution später sogar allgemein durchgesetzt — so daß etwa eine wahrhaftig durch fatale Bedingungen aufgezwungene Taktik wie die Leninsche Konzeption der Neuen Ökonomischen Politik nach dem zweiten Weltkrieg zu einem „Grundprinzip“ für den „Aufbau des Sozialismus in den volksdemokratischen Ländern“ (2) erklärt werden konnte.

Ein Dogmatismus dieser Art jedoch kann sich nicht auf Lenin selbst berufen, der immer wieder die besonderen Bedingungen hervorgehoben hat, unter denen sich der revolutionäre Prozeß in Rußland vollzog. „Es besteht kein Zweifel“, so erklärte er beispielsweise auf dem X. Parteitag der KPR(B) im März 1921, „daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in verschiedenen Formen denkbar ist, je nachdem, ob wir im Lande bereits überwiegend großkapitalistische Verhältnisse haben oder ob der Kleinbetrieb überwiegt.“ Und er fügt hinzu: „Hätten wir einen Staat, in dem die Großindustrie überwiegt oder, sagen wir sogar, nicht überwiegt, aber sehr stark entwickelt ist und die Großproduktion in der Landwirtschaft stark entwickelt ist, so wäre ein direkter Übergang zum Kommunismus möglich.“ (3)

In einem Land wie Rußland, in dem eben der landwirtschaftliche Kleinbetrieb vorherrschte, wo es zwar eine hochkonzentrierte (zum großen Teil von ausländischen Monopolisten kontrollierte) Industrie und eine entsprechend stark konzentrierte Arbeiterklasse gab, dieses etwa drei Millionen Menschen umfassende Proletariat sich jedoch in einer Gesamtbevölkerung von 127 Millionen verlor, wo vier Fünftel der Erwerbstätigen sich auf die Landwirtschaft verteilten, deren Entwicklungsniveau zum Teil Jahrhunderte hinter dem Westeuropas zurücklag, in einem Land, das unter den spezifischen Bedingungen der zaristischen Selbstherrschaft in „halbasiatischer Kulturlosigkeit“ (Lenin) zurückgeblieben war (noch drei Jahre nach dem Sieg der Oktoberrevolution konnten von 1000 Menschen nur 330 lesen und schreiben) — in einem solchen Land war ein „direkter Übergang“ nicht möglich, mußte die proletarische Revolution andere For-

men annehmen und andere Wege gehen als in einem westlichen Land.

Diese Formen waren wesentlich geprägt durch den Doppelcharakter der russischen Revolution, die Verbindung einer auf die Liquidierung des kapitalistischen Eigentums und den Aufbau sozialistischer Wirtschaftsformen zielenden Revolution der Arbeiterklasse und einer breiten Bauernrevolution, die unmittelbar nur auf die Zerschlagung des großen Grundbesitzes und eine „gerechte“ Verteilung des Landes unter die Millionen Einzelwirtschaften abzielte. Insofern war die russische Revolution — wie Lenin im März 1919 rückblickend sagte, von ihrem Ergebnis her „in beträchtlichem Maße eine bürgerliche Revolution“ (4), weil sie im wesentlichen die Interessen der Bauernschaft befriedigt hatte. Erst als im Herbst 1918 mit der Organisation der armen Bauern durch die Komitees der Dorfarmut der Klassenkampf innerhalb des Dorfes selbst als Kampf der Dorfarmut gegen die Großbauern (Kulaken) begann, „von diesem Augenblick an wurde unsere Revolution eine proletarische Revolution.“ (5)

Damit war der Interessengegensatz zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft allerdings nicht aufgehoben. Die von der Sowjetmacht unmittelbar nach der Oktoberrevolution durchgeführte Umwälzung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse (der gesamte Boden wurde verstaatlicht; faktisch war den nun von allen Zinszahlungen und staatlichen Abgaben befreiten Bauern der große Grundbesitz zur Verteilung übergeben worden) und der Mitte 1918 einsetzende Kampf der Dorfarmut gegen die Kulaken hatten im Endergebnis zu einer Nivellierung innerhalb der Bauernschaft geführt, wo jetzt die Mittelbauern zur weitaus stärksten Schicht geworden waren. Diese Mittelbauern aber betrachteten mit dem Sturz der Grundbesitzer und der damit möglich gewordenen Stillung ihres Landhungers die Revolution für sich als beendet; sie zeigten keinerlei Interesse daran, von der Einzelwirtschaft zu sozialistischen Wirtschaftsformen überzugehen. Damit war das Proletariat als führende Klasse der Revolution und als herrschende Klasse in der neuen Gesellschaft vor die schwierige Aufgabe gestellt, einerseits den revolutionären Prozeß weiter voranzutreiben und andererseits das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft nicht zu gefährden. (...)

Gerade an dieser für das Überleben der Sowjetmacht in den ersten Jahren entscheidenden Frage des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft läßt sich am besten das besondere Herangehen Lenins an die Probleme der revolutionären Umwälzung veranschaulichen, ein Herangehen, das gekennzeichnet war einerseits durch die Bereitschaft und die Fähigkeit, mit alten Vorstellungen der sozialistischen Bewegung zu brechen und andererseits durch die konsequente Orientierung auf die Aktivität der

Massen selbst.

So entsprach die erwähnte Aufteilung des großen Grundbesitzes (und die damit verbundene weitere Zersplitterung der landwirtschaftlichen Produktionseinheiten) unter der von den Bauern selbst und insbesondere der Sozialrevolutionären Partei aufgestellten Lösung von der „ausgleichenden Bodennutzung“ weder der traditionellen sozialistischen Programmatik noch den ursprünglichen Konzeptionen der Bolschewiki für den Agrarsektor. „Das ist nicht unsere Idee, wir sind mit einer solchen Lösung nicht einverstanden, wir halten es für unsere Pflicht, sie durchzuführen, weil sie die Forderung der überwältigenden Mehrheit der Bauern ist. Die Ideen und Forderungen der Mehrheit der Werktätigen aber müssen von ihnen selbst überwunden werden; diese Forderungen kann man weder 'aufheben' noch 'überspringen'. Wir Bolschewiki werdend er Bauernschaft helfen, die kleinbürgerlichen Lösungen zu überwinden, von ihnen so schnell und so leicht wie möglich zu sozialistischen Lösungen überzugehen.“ (6)

Man muß bei der Betrachtung der russischen Revolution und der Leninschen Strategie für den Prozeß der gesellschaftlichen Umwälzung stets vor Augen haben, daß Lenin weder versucht hat, diesen Prozeß in eine im vornherein „festgelegte“ Konzeption hineinzupressen, noch darangeht, diese bestimmte Formen, die dieser Prozeß annahm — im Sinne der Unterstellung von R. Luxemburg — „theoretisch zu fixieren“ und damit für endgültig oder gar allgemeingültig zu erklären. „Keine Form wird endgültig sein, solange nicht der volle Kommunismus erreicht sein wird. Wir haben keinen Anspruch darauf erhoben, den genauen Weg zu kennen.“ (7) „Wir kennen nur einen Weg der proletarischen Revolution: die feindliche Stellung erobern und auf Grund der eigenen Erfahrungen, der eigenen Fehler lernen, die Macht auszuüben.“ (8)

Der „genaue Weg“ der Revolution, die bestimmten Formen der russischen Übergangsgesellschaft konnt sich also nur aus der gesellschaftlichen Praxis ergeben. Mit der revolutionären Aktion des Proletariats und der verbündeten Bauernschaft in Rußland war der geschichtliche Augenblick eingetreten, „wo die Theorie in die Praxis umgesetzt wird, durch die Praxis belebt, durch die Praxis korrigiert, durch die Praxis erprobt wird. (...) Jede Schablone und jeder Versuch, von oben her ein Schema festzulegen, wozu die Intellektuellen so sehr neigen, muß bekämpft werden...“ (9)

Ein solches Verständnis steht natürlich quer zu allen Bestrebungen, den Klassenkampf als das wichtigste Feld der gesellschaftlichen Praxis auf die Tätigkeit der Organe der proletarischen Diktatur einzugrenzen, es verlangt vielmehr die Entfaltung des Klassenkampfes bis in die letzten Winkel hinein. Nur eine solche rigorose Entfaltung der revolutionären Masseninitiative nämlich erlaubt es, die für das Voranschreiten der Revolution unerläßliche Vielfalt an Erfahrungen und Wirklichkeitsformen der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse hervorzubringen.

„Tausenderlei Formen und Methoden der praktischen Rech-

nungsführung und Kontrolle über die Reichen, über die Gauner und Müßiggänger müssen von den Kommunen selbst, von den kleinen Zellen in Stadt und Land ausgearbeitet und in der Praxis erprobt werden. Mannigfaltigkeit ist hier eine Bürgschaft für Lebensfähigkeit, Gewähr für die Erreichung des gemeinsamen, einheitlichen Ziels: der Säuberung der russischen Erde von allem Ungeziefer. (...) Je mannigfaltiger, desto besser, desto reicher wird die allgemeine Erfahrung sein, desto sicherer und rascher wird der Erfolg des Sozialismus sein, desto leichter wird die Praxis — denn nur die Praxis ist dazu imstande — die besten Methoden und Mittel des Kampfes herauszuarbeiten.“ (10)

Der Angelpunkt in diesem Leninschen Verständnis des revolutionären Prozesses, die Grundlage für die von ihm geforderte Entfaltung der gesellschaftlichen Praxis ist natürlich die „selbständige Initiative der Arbeiter und überhaupt aller Werktätigen und Ausgebeuteten.“ (11) Wie noch zu zeigen sein wird, kreisen Lenins Überlegungen demgemäß ständig um die Frage, mit welchen Mitteln und Methoden eine solche selbständige Initiative zu heben und ständig weiterzuentwickeln ist.

Gerade diese Überlegungen und die sich daraus ergebenden Praktiken, Lenins Kampf gegen jede Beschränkung der Masseninitiative, sind für künftige soziale Umwälzungen von besonderer Bedeutung. Die überaus reichen Erfahrungen der russischen Revolution jedenfalls lassen sich — insbesondere vor dem Hintergrund der späteren restaurativen Entwicklung in der Sowjetunion — am ehesten durch eine Aufarbeitung dieser Überlegungen nutzbar machen, die von der oben erwähnten Dogmatisierung weitgehend verdrängt worden sind. Im folgenden soll eine solche Aufarbeitung ansatzweise versucht werden, wobei keinerlei Anspruch auf eine Gesamtanalyse der russischen Revolution im hier behandelten Zeitraum von 1917 bis 1923 erhoben wird. Beabsichtigt ist vielmehr, die Leninsche Strategie nur an einigen Knackpunkten der Revolution (und damit auch des Diskussionsprozesses innerhalb der bolschewistischen Partei) darzustellen; dabei wird die Gewerkschaftsfrage — im weiteren Sinn als Frage der Organisation der gesellschaftlichen Produktion — im Mittelpunkt stehen, weil die russischen Erfahrungen (und Lenins Konzeptionen) in dieser Frage für die Revolution in der BRD von größtem Interesse sind als beispielsweise das komplizierte Verhältnis zwischen Proletariat und Bauernschaft in der Sowjetrepublik.

Anmerkungen

1. Rosa Luxemburg, Die russische Revolution. In: R. L., Politische Schriften, Bd. III, Frankfurt 1968, S. 140
2. Fred Oelßner, Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Ostberlin 1956, S. 10
3. W. I. Lenin, Schlußwort zum Referat über die Naturalsteuer auf dem X. Parteitag der KPR(B). In: Lenin Werke (LW), Bd. 32, S. 237
4. Lenin, Bericht des ZK auf dem VIII. Parteitag, LW 29/142
5. ebenda
6. Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, LW 28/310
7. Lenin, Referat auf der Versammlung der Moskauer Parteiarbeiter, LW 28/198
8. Lenin, Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare auf dem III. Sowjetkongreß, LW 26/467
9. Lenin, Wie soll man den Wettbewerb organisieren?, LW 26/411
10. ebenda, S. 413
11. ebenda, S. 407

BRD '84

Zwei Ergebnisse waren es vor allem, die die politische Landschaft der BRD im vergangenen Jahr beherrscht haben: **DER STREIK** um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich (1,2) und die **FLICK-AFFÄRE** (3).

Beide Ereignisse stellten ernsthafte Probleme für die politische Reaktion auf ihrem Weg zum „entfesselten Kapitalismus“ dar — entgegen ihrer Hoffnungen zeigte sich die Gewerkschaftsbewegung durchaus noch mobilisierungsfähig, bereits die Ergebnisse der Urabstimmungen waren Schlappen für die Reaktion. Nach dem gescheiterten Versuch einer heimlichen Amnestie kamen vor allem die Regierungsparteien auch in der Flick-Affäre zunehmend in die Defensive, mit Lambsdorffs Rücktritt wurde dies deutlich.

Die Hoffnungen darauf, daß nach dem Beginn der Stationierung **DIE FRIEDENSBEWEGUNG** (4) schnell zerfallen würde, erwiesen sich ebenfalls als voreilig. In der Tat gibt es zunehmende Schwierigkeiten, aber das prognostizierte Ende ist noch lange nicht in Sicht. Vor allem die Ostermärsche

waren nochmals Großkundgebungen gegen Aufrüstung.

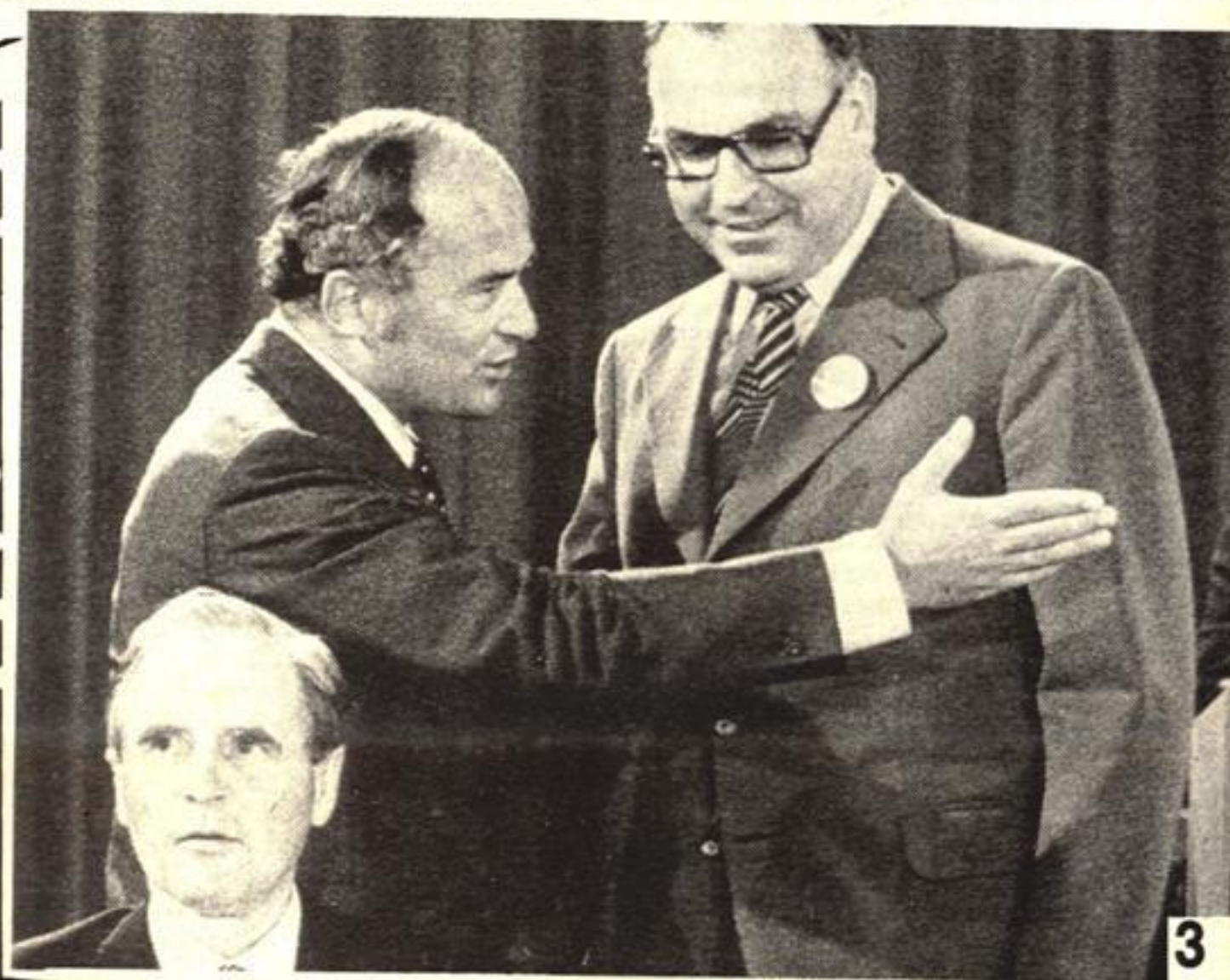
DER „AUSLÄNDER-MARSCH“ (5) stellte zwar keine Massenmobilisierung dar — trotzdem war er ein wichtiges politisches Ereignis. Aktivitäten quer durch das ganze Land, die Teilnahme zahlreicher politischer Kräfte, die recht gute Resonanz — alles das stellt eine gute Ausgangslage für den weiteren Kampf gegen die reaktionäre Politik und die faschistischen Verbrechen dar.

DER WIDERSTAND GEGEN die Politik des weiteren, systematisierten **SOZIALABBAUS** (6), vielfach mit anderen Bewegungen eng verknüpft, trat in diesem Jahr als eigene Bewegung weniger ans Licht der Öffentlichkeit als in den Vorjahren — um so energischer bekundete die Regierung in der Debatte um den kommenden Bundeshaushalt ihre Absicht, diese Politik fortzusetzen.

„1984“ (7) erfüllte seinen Namen teilweise schon — mit neuen Plänen zur Volksverdunstung und der mächtig vorangetriebenen Verkabelung.



1



3



2



7



5



4



6

1984 — weltweit

NICARAGUA (1) — das war das Land, das im vergangenen Jahr ohne Zweifel im Mittelpunkt des Weltgeschehens stand. Abermals stellte sich die Frage, daß der USA-Imperialismus eine eigenständige Entwicklung der Länder Amerikas nicht hinnehmen will, daß jeder auch noch so kleine Schritt gegen den Widerstand der USA durchgekämpft werden muß. Die Organisation der Aggression, die Drohung mit dem Einmarsch à la Grenada im Jahr vorher, der weltweite Protest dagegen, das waren die Kernpunkte der Entwicklung. Die Wahlen in Nicaragua bestätigten eindrucksvoll die Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung für die sandinistische Regierung.

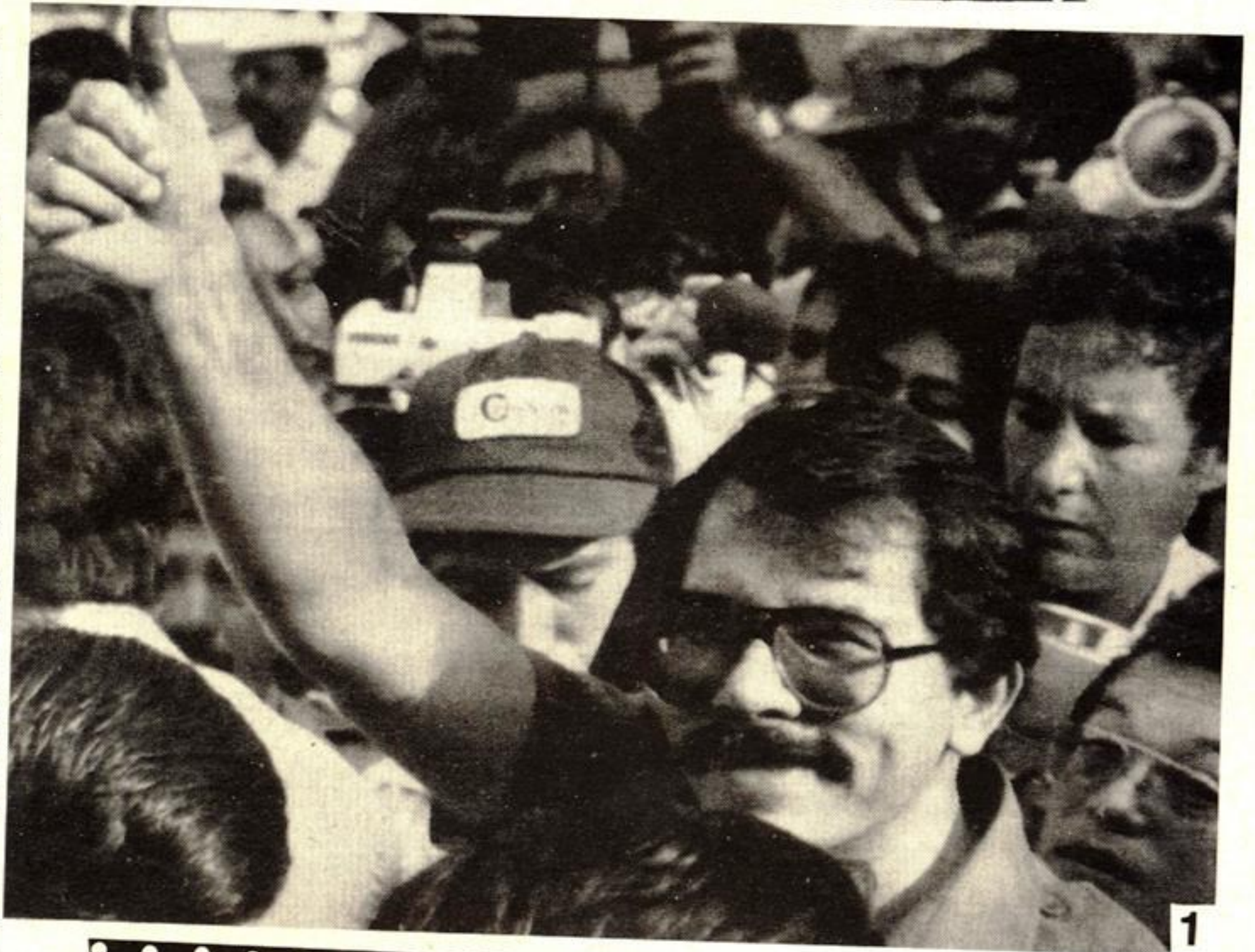
Uruguay — nach Argentinien die zweite Militärdiktatur, die zu Ende ging. Auch wenn es nicht gelang, den „friedlichen Übergang“, die bruchlose Machtübergabe der Militärs an die Konservativen zu verhindern: Noch nie war die Linke so stark in diesem Land. Daß sich

diese Entwicklung in Amerika fortsetzen wird, das wird vor allem in Brasilien gehofft, mit der Wahl des neuen Präsidenten Anfang Januar.

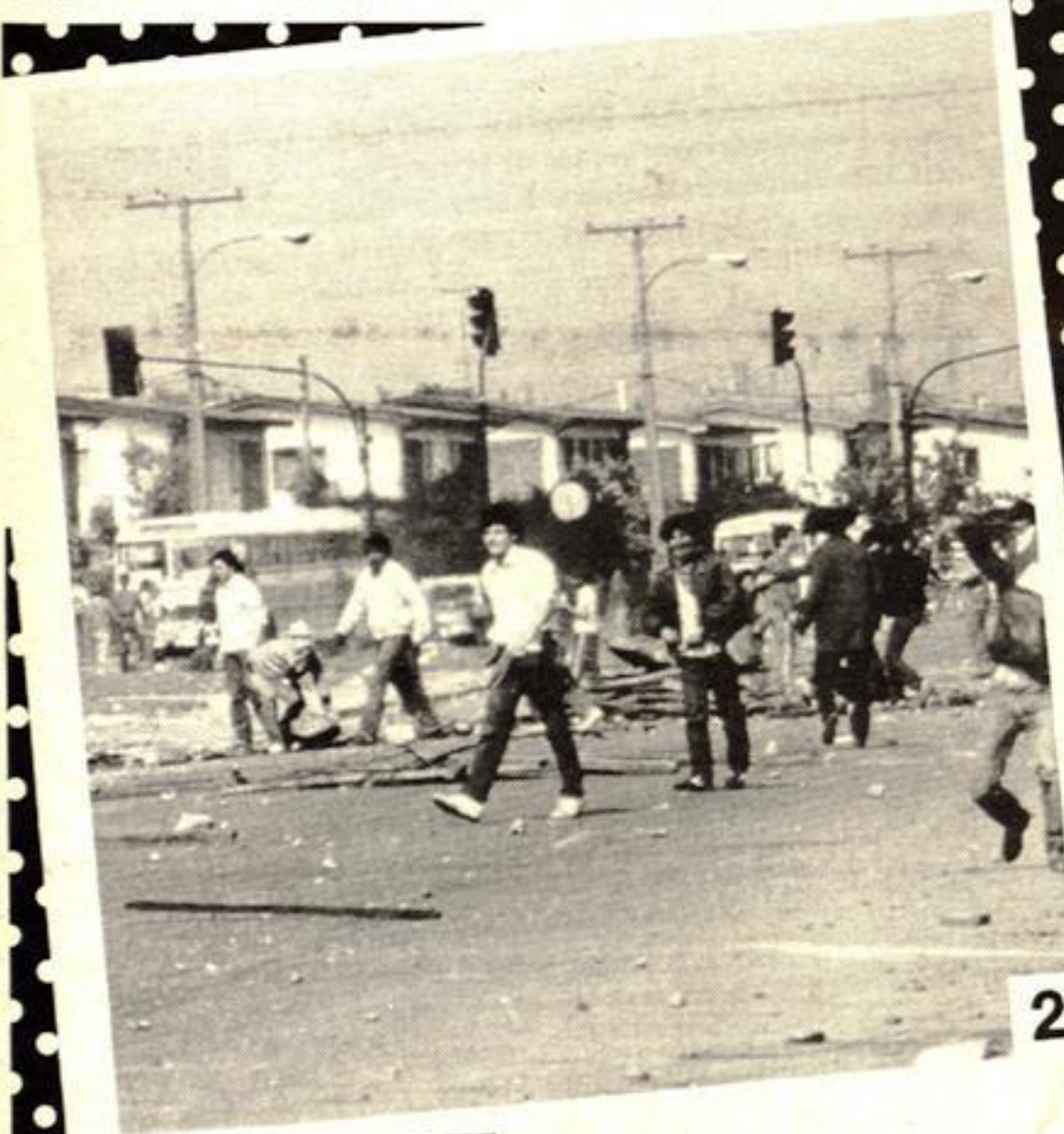
IN CHILE (2) dagegen wehrt sich der Schlächter Pinochet mit allen Mitteln gegen einen immer breiteren Widerstand. Auch die Waffenstillstandsabkommen in Kolumbien, der Generalstreik in Bolivien, sowie verschiedene Wahlergebnisse zeigen, daß auf diesem Kontinent die Kräfte der offenen Reaktion nach jahrzehntelanger Herrschaft auf dem Rückzug sind. Ähnliches gilt in diesem Ausmaß in anderen Bereichen nur noch für die Philippinen.

BERGARBEITERSTREIK Wichtigstes Ereignis im Klassenkampf in Europa war und ist ohne Zweifel der britische Bergarbeiterstreik, der nun schon ein dreiviertel Jahr dauert. (3)

Der Todesfall des Jahres: **INDIRA GHANDI (4)**. Opfer des selbst angefachten Problems des Kommunalismus.



1



2



4



3



3

Tod nach CS-Gas-Übung

Für die CDU kein Problem

Vor zweieinhalb Jahren, im Mai 1982, fand in Niedersachsen eine Polizeibildung statt, bei der sich Polizeischüler per Wasserwerfer mit dem Kampfgas CS besprühen ließen. Anderthalb Tage später starb der 19jährige Polizeischüler Michael Rolfs

achter der medizinischen Hochschule Hannover durch den niedersächsischen Landtag statt. Dabei bestätigten sie, daß Michael Rolfs tatsächlich an der Todesursache gestorben sein könne, auf die der Kieler Toxikologe hingewiesen hatte.



Kampfgaseinsatz

beim Baden — Herzversagen. Bei der Obduktion wurde ein für Gas-Vergiftungen typisches Lungenödem festgestellt, außerdem Grippe-symptome an Herz und Lunge. Ein Gutachten der medizinischen Hochschule Hannover schloß daraufhin eine CS-Vergiftung nicht ausdrücklich aus, führte den Tod Michael Rolfs letztlich aber auf eine Infektion mit Grippeviren zurück.

1983 gelangte das Gutachten auf Umwegen in die Hände der Fraktion der Grünen im niedersächsischen Landtag. Sie legten es dann einem Kieler Toxikologen zur Stellungnahme vor. Der bemängelte vor allem, daß das gerichtsmedizinische Gutachten die Möglichkeit eines Zusammenwirkens von Vergiftungsercheinungen durch das CS-Gas mit — sonst vielleicht völlig harmlosen — Grippeviren überhaupt nicht untersucht hatte. Auf Grundlage dieser Stellungnahme fand dann 1984 noch einmal eine Anhörung der Gut-

Zu weiteren Untersuchungen über den Tod von Michael Rolfs kam es nicht mehr. Denn entgegen allen anderen Landtagsfraktionen lehnte die CDU-Mehrheit eine Fortsetzung des Untersuchungsverfahrens ab. Für die CDU war der Fall klar: 1. sei der Einsatz von CS bei Demonstrationen notwendig, 2. sei der Einsatz von CS auch völlig ungefährlich. Zur Begründung für diese Behauptung verweist die CDU ausgerechnet auf die Polizeibildung vor zweieinhalb Jahren, an deren Folgend der Polizeischüler Michael Rolfs aller Wahrscheinlichkeit nach gestorben ist ...

Und so wird der Gas-Einsatz gegen Demonstranten in Niedersachsen, der nach dem Tod von Michael Rolfs vorübergehend gestoppt worden war, weitergehen. 187000 DM für CS-Sprüngeräte und Atemschutzmasken hatte das niedersächsische Innenministerium sich vorsichtshalber schon im Haushalt '84 bewilligen lassen.



Zehn Jahre Rote Hilfe Deutschlands

Am 26. Januar 1985 wird die Rote Hilfe Deutschlands 10 Jahre alt. Aus diesem Anlaß sind alle Mitglieder und Freunde herzlich eingeladen, dieses Jubiläum gemeinsam zu feiern.

Die Ortsgruppe Bleilefeld der RHD hat es übernommen, das Fest für alle auszurichten.

Gefeiert wird: Samstag, 26. 1. 1985 ab 16.00 Uhr in der Bürgerwache, Bleilefeld-Mitte, Siegfriedplatz. Und das ist bis jetzt geplant:

- Ausstellung „10 Jahre RHD“ mit Zusatzausstellung „Rote Hilfe Deutschlands vor 60 Jahren“
- Redebeitrag zum gleichen Thema
- Film „Ein deutscher Paß für Sascha“ — ein Kurzfilm über eine der ersten großen Solidaritätskampagnen der RHD
- Informationsstände und Vorstellung anderer Solidaritätsgruppen
- Viel Gutes zum Essen und Trinken
- Musik live, Tanz und Stimmung „für alle Altersgruppen“ mit einer Ein-Mann-Kapelle
- Tombola
- Spiele für Kinder

Bei Gästen, die in Gruppen kommen, bittet die RHD um Voranmeldung möglichst bis Anfang Januar. Adresse: Bundesvorstand der RHD, Postfach 6444, 2300 Kiel 14.

NPD-Treffen in Frankfurt

Antifaschist schwer verletzt



Ein passendes Weihnachtsgeschenk

Ein passendes Weihnachtsgeschenk erhielt Bundeskanzler Kohl von der Friedensinitiative Bad Hersfeld — das US-Kriegsspiel „Der dritte Weltkrieg/Schlacht für Deutschland“ nämlich. Im folgenden der dazugehörige Weihnachtsbrief:

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Gestatten Sie uns, Ihnen zum Weihnachtsfest ein kleines Geschenk zu überreichen.

Sicher haben Sie in diesen Tagen des Friedens Gelegenheit, von den anstrengenden Amtsgeschäften auszuruhen und besinnliche Stunden im Kreise der Familie zu verbringen. Und was gibt es Schöneres für diese Stunden als ein spannendes Gesellschaftsspiel? Unser Weihnachtsgeschenk für Sie, Herr Bundeskanzler, heißt: Der Dritte Weltkrieg. Schlacht für Deutschland.

Es handelt sich um eine der neuesten Entwicklungen (1984) des US-Kriegsspiels-Sektors und ist, wie alle Spiele dieser Art, kein „Kinderspiel“, sondern richtet sich an US-Offiziere, die sich auf die kommenden Schlachten vorzubereiten haben. So ist auch gewährleistet, daß dieses Szenario des Dritten Weltkrieges die modernsten „Verteidigungs“-Konzepte einarbeitet (in diesem Fall das Air-Land-Battle-Konzept, Field Manual 100-5) und den neuesten Stand der vorhandenen Rüstungspotentiale (hier zum Beispiel Pershing II, Cruise Missiles) berücksichtigt. Sie müssen also nicht befürchten, daß Sie sich mit völlig überholten Vorstellungen — wie dem

Konzept der „Abschreckung“ — herumzuschlagen haben. Nein, Sie werden auf dem neuesten Informationsstand stehen, wenn Sie dieses Spiel erfolgreich beendet haben.

Zwar wurden in unserer Gruppe zunächst Befürchtungen laut, dieses Spiel könnte möglicherweise für Sie gar keine Überraschung mehr sein, da Sie als Bundeskanzler ja Zugang zu allen militärischen Informationen hätten. Andererseits erschien es uns allerdings auch als sehr unwahrscheinlich, daß ein deutscher Bundeskanzler ein Verteidigungskonzept billigen könnte, wenn ihm bekannt wäre, daß dieses Konzept nicht nur den Angriff auf fremdes Territorium, sondern auch die Vernichtung des eigenen Landes miteinschließt.

So können wir doch hoffen, daß wir Ihnen mit diesem Geschenk eine spannende Weihnachtsunterhaltung bieten(?).

Ihr gutes Gewissen sollten Sie jedoch beim Spiel um die Vernichtung Deutschlands nicht verlieren... man muß sich einfach nur immer wieder sagen: „Es ist ja nur ein Spiel...“

Wir wünschen Ihnen ein friedliches Weihnachtsfest. Mit freundlichen Grüßen
Hersfelder Friedensinitiative

FRANKFURT... Wie immer unter massivem Polizeischutz versammelten sich am Sonntag ca. 250 NPD-Anhänger im Frankfurter Stadtteil Gallus. Rund 500 Antifaschisten blockierten in den Mittagsstunden das Gebäude, in das bereits vormittags zahlreiche Nazis eingeschleust worden waren.

Im Verlauf der Protestaktion kam es zu massiven Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten auf der einen und Polizei und Faschisten auf der anderen Seite. Mehrere Antifaschisten wurden verletzt, einer so schwer, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts

Anhörung schafft der Regierung neue Probleme

Seit Jahren bereits wollen CDU/CSU ein verschärftes Demonstrationsstrafrecht durchsetzen. Seit einiger Zeit existiert auch ein Regierungsentwurf für eine entsprechende Gesetzesänderung: ein Versammlungsverbot soll eingeführt werden, wegen „Landfriedensbruch“ soll auch angeklagt werden können, wer keinerlei Gewalt anwendet, sondern sich lediglich nicht schnell genug entfernt, wenn die Polizei eine Demonstration für aufgelöst erklärt. Ausgenommen von diesem Prinzip des „mitgegangenen, mitgefangenen“ sollen nur Sanitäter, Journalisten und sog. „Abwiegler“ sein, d.h. solche Demonstrationsteilnehmer, die vor Gericht glaubhaft machen können, daß sie im Sinne der Polizei auf die Demonstranten eingewirkt haben.

Zu diesem Regierungsentwurf für ein verschärftes Demonstrationsrecht fand jetzt — nach langem Widerstand der CDU/CSU — eine Anhörung des Rechtsausschusses des Bundestages statt. Vorsichtshalber hatte man die Experten so ausgewählt, daß gut die Hälfte aus Polizeibeamten bestand. Trotzdem wurde die Wende-Regierung mit dieser Anhörung nicht glücklich. Denn die Mehrheit der Experten sprach sich gegen

eine solche Gesetzesänderung aus. Aus unterschiedlichsten Motiven.

Nur zum geringsten Teil spielten liberale Demokratie- und Rechtsstaatswägungen dabei eine Rolle. Vor allem waren es praktische, polizeitaktische Überlegungen, die dagegen vorgebracht wurden. Sie reichten von der Frage des offenkundig friedensdemonstrationsgeplagten Bonner Polizeidirektors „Wohin sollen denn 50000 bis 300000 Menschen auseinandergehen?“ bis zu den Argumenten der Polizisten, die — schon längst — auf ganz andere Maßnahmen setzen, um in ihren Augen „gefährliche“ Demonstrationen auszuschalten: Durchsuchungen von Autos und Sonderzügen, Einsatz von Greiftruppen usw. usf.

Wenn der Regierungsentwurf als Folge dieser Anhörung ad acta gelegt werden sollte — was keineswegs gesagt ist — dann besteht jedenfalls trotzdem kein Grund zur Freude. Denn den meisten Opponenten gegen den Regierungsentwurf ging es keineswegs um die Wahrung der Demonstrationsfreiheit, sondern vielmehr darum, wie man sie effektiver ausschalten kann als auf dem Wege des Regierungsentwurfs.

Der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung wird in seiner bisherigen Zusammensetzung bestehen bleiben — das ist das wesentliche Ergebnis des Treffens des KO-Ausschusses am letzten Freitag. Die acht Organisationen, die beim letzten Treffen ihre Mitgliedschaft aufgekündigt hatten, werden in Zukunft also wieder dabei sein.

Tragfähiger Kompromiß?

Diese acht — vor allem christlichen — Organisationen hatten gefordert, daß der Koordinationsausschuß aufgelöst bzw. in ein beratendes Gremium umgewandelt werden sollte, das keine Aktionen mehr beschließen und nicht für die Friedensbewegung sprechen dürfe.

Beschlossen wurde nach langem Hin und Her von den 30 Mitgliedsorganisationen des Koordinationsausschusses folgendes: „Der KA tritt 1985 in eine Beratungsphase ein. Während dieser Phase beschließt der KA keine Aktionen, es sei denn, aufgrund der Ergebnisse der inhaltlichen Beratungen ergibt sich die Notwendigkeit und Möglichkeit für gemeinsame, erfolgreiche Aktionen. Ist ein Konsens nicht zu erzielen, gilt folgendes Quorum: Angenommen ist ein Antrag, wenn er die einfache Mehrheit (heute 16 Gruppen) hat, gleichzeitig nicht mehr als 15 Prozent (heute fünf) dagegen stimmen. Dies gilt in der Beratungsphase für alle Beschlüsse, die zu Aktionen führen, einschließlich der Tages-

ordnung, betreffend Aktionen.“ (Zitiert nach „taz“ vom 17.12.84)

Was das Büro des KA in Bonn betrifft, wurde beschlossen, daß es — in verkleinerter Form — weiterbestehen und beispielsweise den bisherigen Rundbrief als „pluralistisches Diskussionsorgan“ auch weiter herausgeben soll.

Außerdem einigten sich die Organisationen darauf, in der ersten Jahreshälfte '85 einen „großen Ratschlag“ über die künftigen Aufgaben der Friedensbewegung durchzuführen.

Mit diesem Kompromiß, der am letzten Freitag gefunden wurde, ist das Ende des KO-Ausschusses, so wie er bisher bestand, allerdings nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben. Denn die inhaltlichen Differenzen, um die es ja eigentlich geht, spielten am Freitag überhaupt keine Rolle. Und die — auf Vorschlag der sogenannten Unabhängigen — beschlossene Abstimmungsprozedur wird auch nicht dazu beitragen, daß in Zukunft mehr politischer Klartext gesprochen wird. Das Gegenteil ist der Fall.

Bleibt zu hoffen, daß die für die erste Hälfte '85 beschlossene Strategiediskussion hier die Fronten klärt und auch die Aufgaben des KO-Ausschusses entsprechend den Interessen der Friedensbewegung festlegt.

Zum Bergarbeiterstreik in England

Interview mit Joe Holmes

Saarbrücken, den 14. 12. 1984

Die im Roten Morgen angekündigte Veranstaltung zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter hat stattgefunden. Mit hunderten von Plakaten, tausenden von Flugblättern und Meldungen im regionalen Radioprogramm wurde für die Veranstaltung geworben.

Ca. 100 Besucher, von Studenten bis Bergleuten, sind schließlich gekommen. Und das war eine sehr informative und gelungene Veranstaltung, mit einer hervorragenden Rede des NUM-Sekretärs und Genossen Joe Holmes.

Zum Schluß wurde eine Spendensammlung durchgeführt mit dem hervorragenden Ergebnis von 1975,— Mark.

Dies war für die Genossen an der Saar, die mit einem Info-Stand vertreten waren, eine gelungene Aktion, die neben viel Streß auch viel Spaß gemacht hat.

Das folgende Interview gab uns das NUM-Vorstandsmitglied Joe Holmes:

Mit einem kämpferischen Glück Auf
Franz Kreusat



Joe Holmes, Mitte, während der Saarbrücker Veranstaltung



Frage: Die Veranstaltung gestern abend war schon deine 232., seitdem du im Juli in die BRD gekommen bist, wie fandest du dieses Treffen?

Joe: Das war eine sehr interessante Veranstaltung mit einem Querschnitt aus Arbeitern und Anhängern politischer Gruppen als Publikum. Das ist auch das Wesentliche der Solidarität, daß man Gruppen verschiedener Anschauung zusammenführt, natürlich nachdem die Klasseneinheit als Notwendigkeit erkannt wurde, um die Rechte der Menschen und der Arbeiter zu verteidigen.

Frage: Was hast du bisher unternommen, um in der BRD die Solidarität mit den streikenden britischen Bergarbeitern zu entwickeln?

Joe: Ich bin zur deutschen Gewerkschaftsbewegung gegangen, und zwar zur regionalen Ebene und zur Basis. Überall dorthin, wo ein Bewußtsein über den Kampf der Arbeiterklasse anhand eigener Erfahrungen bestand. Ich nenne hier vor allem die letzten Streiks der IG Metall und der IG Druck und Papier.

Frage: Gäbe es in dieser Solidarität konkrete Aufgaben der deutschen Gewerkschaftsbewegung, gestern wurde das Problem deutscher Kohleexporte nach England angesprochen?

Joe: Es ist die hauptsächliche Aufgabe im Augenblick, zu versuchen den Transport der Kohle von Westdeutschland nach Großbritannien zu stoppen. Dieser Transport verlängert unseren Streik und bringt den Bergarbeitern und ihren Familien zusätzliche Not, zusätzliches Leid.

Frage: Welche Erfahrungen hast du mit der hiesigen Bergarbeitergewerkschaft gemacht?

Joe: Die Erfahrungen mit ihr waren keine besonders glücklichen, da es mir nicht möglich war, offiziell mit deutschen Bergarbeitern zusammenzutreffen. Die Führung der IGBE gibt vor, daß sie uns bereits unterstützt und es daher keine Notwendigkeit oder keinen Grund für Zusammenkünfte mit Bergleuten gäbe. Und so macht es mich sehr traurig, daß die deutschen Bergarbeiter die genauen Tatsachen über unseren Kampf nicht erfahren sollen. Ich bin mir sicher: Wenn sie die kennen würden, wäre ihre Unterstützung ohne gleichen.

Frage: In den Zeitungen war dieser Tage zu lesen, daß die Thatcher-Regierung mit ihrer

neuen Zurück-zur-Arbeit-Kampagne (einer Weihnachtsprämie von ca. 5000 DM für jeden Streikbrecher) Erfolg habe und der Streik bald verloren wäre. Was ist davon zu halten?

Joe: Natürlich haben die Regierung und die Kohlebehörde (National Coal Board) großspürige Behauptungen über ihren Versuch aufgestellt, Leute zurück zur Arbeit zu kaufen. Am Anfang waren wir 156000 streikende Bergleute. Nach all den vergeblichen Kampagnen, mit denen sie Leute zur Arbeitsaufnahme und zum Streikbruch bringen wollten, haben sie jetzt auch mit dem Versuch, Arbeiter zurückzukaufen, keinen Erfolg. Denn nach neun Monaten stehen immer noch 150000 Bergarbeiter im Streik. Summiert man dagegen die Anzahlen an Bergleuten, die nach Angaben der Kohlebehörde während der letzten neun Monate die Arbeit wiederaufgenommen haben, so gäbe es gar nicht genug Bergleute, um diese Behauptungen erfüllen zu können.

Frage: Wie wird sich die Situation in den kommenden Wintermonaten entwickeln?

Joe: Die Regierung und das Land sehen sich im Moment folgender Situation gegenüber: Überall gehen die Kohlevorräte

der Kraftwerke zu Ende, viele von ihnen arbeiten bereits Teilleistung. Das einzige Gebiet, das noch nennenswerte Kohlevorräte hat, sind die Midlands. So steht die Regierung bald vor einer wichtigen politischen Entscheidung: Die einzigen erschließbaren Kohlevorräte befinden sich auf den Zechenhalten, und die einzige Art, sie zu transportieren, ist der Einsatz der britischen Armee. Sollten sie diese Entscheidung treffen, so kann niemand die Folgen sicher voraussehen, jedoch werden die Gewerkschaftler verstärkt eingreifen und dem Abtransport der Kohle von unseren Zechen Widerstand leisten.

Aber die Regierung sieht sich noch einer anderen sehr gefährlichen Situation gegenüber: Es ist im Winter notwendig, einen Puffervorrat an Kohle zu halten, um Schwankungen im Energiebedarf aufzufangen. Nun wird dieser Puffervorrat abgebaut. Außerdem hat sich der Zustand der Gruben inzwischen so verschlechtert, daß es mindestens neun Monate bis ein Jahr zum Erreichen normaler Produktion dauern würde, auch wenn wir morgen den Streik abbrechen würden. Daher steht die britische Wirtschaft vor der Gefahr

einer erzwungenen 2- oder 3-Tage-Woche wie 1974, jedoch für einen viel längeren Zeitraum als damals. Ein solches wirtschaftliches Desaster steht dem Land und der Regierung bevor, es stellt Thatcher als eine Politikerin des äußersten Risikos bloß. Sie ist gewillt, die Wirtschaft des Landes zu zerstören, um ihre eigenen Ziele zu erreichen im Versuch, die britische Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen.

Frage: Was geschah 1974?

Joe: Im Bergarbeiterstreik 1974 setzte die konservative Regierung Heath das Land per Gesetz auf die 3-Tage-Arbeitswoche. Dies geschah in Wirklichkeit nicht wegen Kohlenknappheit, die so hoch nicht war, sondern aus politischer Taktik, um die Bevölkerung gegen die Bergleute aufzubringen. Und um dann in die allgemeinen Wahlen zu gehen und die Gewerkschaftsbewegung dort zu schlagen. Aber Heath machte damit einen Fehler: Die Briten wandten sich nicht gegen die Bergleute, und als Resultat verlor Heath seine Regierungsposition und die Labour Partei wurde gewählt.

Frage: Und der damalige Streik hat zum Erfolg geführt?

Joe: Er war sehr erfolgreich in der Erfüllung seiner Forderungen. Als weiteres Resultat arbeitete die Labour-Regierung eine Energiepolitik aus, die uns den „Kohleplan“ brachte. Dieser Kohleplan sollte garantieren, daß die Kohleförderung nicht weiter schrumpft, sondern langfristig erweitert wird und der Energiemarkt auf der Kohle basieren soll. Aber natürlich hat die jetzige Regierung diesen Plan nicht erfüllt, obwohl sie dies vorgab. Ihre Energiepolitik beruht auf der Kernenergie, nicht der Kohle. Es ist ihre Absicht, bis zum Ende dieses Jahrhunderts jährlich ein neues Kernkraftwerk zu bauen. Seit 1979 hat diese Regierung 41 Kohlekraftwerke schließen lassen. Gerade wird das letzte Kohlekraftwerk fertiggestellt, und es gibt keine Pläne, weitere zu bauen.

Frage: Wie stellt sich für dich die Frage der Gewaltanwendung in der Auseinandersetzung zwischen Polizei und Streikposten?

Joe: Die Gewalt geht nicht von uns aus, wir sind keine gewalttätigen Menschen. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, sich die Bergarbeiterstreiks 1972 und 1974 anzu-

NATIONAL UNION OF MINeworkERS
ST. JAMES' HOUSE, VICAR LANE,
SHEFFIELD, SOUTH YORKSHIRE S1 2EX
President A. SCARGILL Secretary P. E. HEATHFIELD
Den folgenden Brief erhielt Genosse Joe Holmes aus England. Es geht um die westdeutschen Kohlelieferungen in die Streikgebiete, es geht um Streikbruchmaßnahmen.

National Union of Mineworkers, Sheffield, 23.11.1984 an: Joe Holmes, Wuppertal.
Lieber Joe,
Wir haben ausgiebig über die Kohleimporte aus der BRD gesprochen. Beachte bitte, daß die Importe aus der BRD während der ersten 9 Monate 1984 insgesamt 732499 Tonnen betragen, im September allein 110932 Tonnen. Diese Einfuhren aus der BRD sind 10mal so hoch wie gewöhnlich, ihr größter Teil wird über Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen nach Großbritannien verschifft.

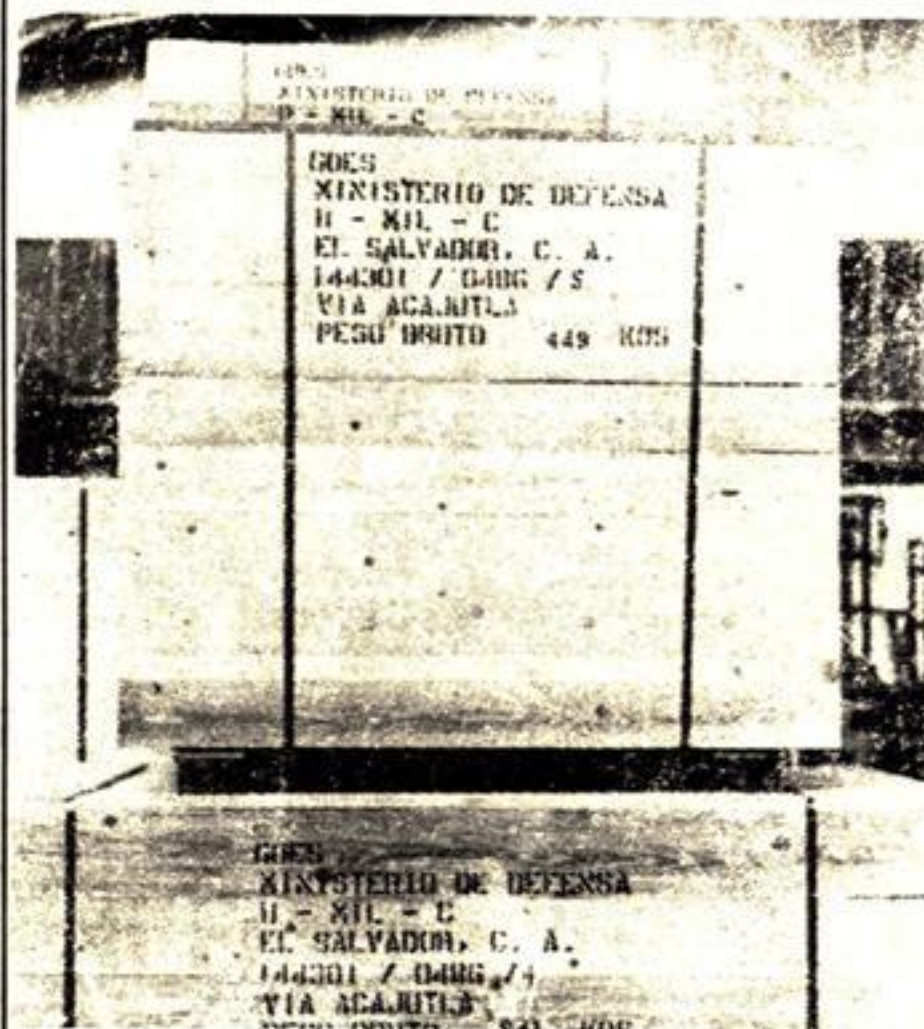
Wie wir erfahren haben, hat die IGBE die deutschen Kohlekonzerne ersucht, nicht direkt nach Britannien zu verkaufen oder zu liefern, aber leider verkaufen sie an britische Abnehmer über Zwischenhändler in den oben genannten Häfen. 70 Prozent der Elektrizität werden in unserem Land normalerweise durch Kohle erzeugt. Es muß betont werden, daß durch die ständigen Kohleimporte unser Streik in die Länge gezogen und die Not vergrößert wird. Obwohl die Regierung durch stark erhöhte Ölimporte und den Verbrauch der Vorräte die Elektrizitätserzeugung aufrechterhalten konnte, kann sie diesen Zustand

nicht unbegrenzt verlängern, da die Vorräte der Kraftwerke rasch abnehmen. Es ist ziemlich schwierig zu verstehen, daß auf der einen Seite ein großer Teil der deutschen Gewerkschaftler großzügig zur Linderung unserer Notlage beigetragen hat, während auf der anderen Seite weiterhin Kohle ausgeführt wird, was selbst wieder die Not vergrößert, da so der Streik hinsichtlich seiner Wirksamkeit verlängert wird. Beispiele deutscher Reedereien, die deutsche Kohle nach Britannien transportieren sind 1. Heinrich Schepers Rhein-Reederei aus Duisburg, 2. Peter Dohle Schiffahrts KG aus Hamburg. Leider ist die Zahl dieser deutschen Firmen zu groß für eine vollständige Aufzählung, außerdem benutzen sie hauptsächlich britische Häfen ohne gewerkschaftliche Organisation, in denen die Polizei unsere Leute am wirkungsvollen Streikposten stehen hindert.

Wir wären sehr dankbar für jede Hilfe, die Du uns geben könntest, um die Kohleimporte aus der BRD einzuschränken.

Mit brüderlichen Grüßen
P.E. Heathfield (Sekretär)
13. Dezember 1984

Grüße aus Westdeutschland nach Zentralamerika...



Am Mittwoch, dem 12. Dezember, verließen unter anderem diese Kisten den Bremer Hafen in Richtung Zentralamerika. Adressat der Sendung: Ministerio de Defensa, das Verteidigungsministerium in El Salvador. Absender der Kisten: das Haus Siemens. Man kann sicher sein, daß Siemens dem salvadorianischen Kriegsministerium, das einen blutigen Krieg gegen die Befreiungsfront FMLN führt, keine Waschmaschinen oder Küchenmixer schickt. Elektronik, Militärtechnik, das ist schon lange ein Exportschlager „made in Germany“ für Kriegsherde in aller Welt, von Zentralamerika bis Südafrika. So unterstützt das westdeutsche Kapital mit dieser weihnachtlichen Sendung seine Freunde — hier konkret den salvadorianischen Präsidenten Duarte, der ein blutiges Regime gegen sein Volk führt.

Die Meldung oben ist ein Anlaß für uns, auch solidarisch zu sein mit Zentralamerika — mit unseren Freunden dort. Eine der vielen Möglichkeiten, den Völkern dort, der Bewegung gegen Imperialismus, Ausbeutung und Unterdrückung zu helfen, ist die Unterstützung der Solidaritätssammlung des Jugendverbandes unserer Partei, der KJD. Für die revolutionäre Presse Nicaraguas, genauer zur Unterstützung des Pressewesens und der Druckerei der marxistisch-leninistischen Bewegung der Volksaktion (MAP-ML) sammelt die KJD Geld, um dringend benötigte Ersatzteile für Druckmaschinen und hochwertiges, dort drüben sehr teures Foto- und Repromaterial, zu beschaffen. Die ersten 1000 Mark sind zusammengekommen — das Ziel steht bei 5000 Mark, es gibt also noch viel zu tun, bzw. zu spenden.

Bis zum 17. 12. 84 gingen folgende Spenden auf das Konto der KJD ein:

Heinz L., Köln	10,— DM
KJD-Düren	52,— DM
KPD-Gen., HDW-Kiel	37,— DM
Heinz L., Köln	10,— DM
Susanne N., Köln	50,— DM
Spender unbek., Kiel	50,— DM
KPD-Allgäu	200,— DM
K.H.G., Hattensheim	100,— DM
Willi R., Ludwigshafen	300,— DM
A.S., Nürnberg	300,— DM
	1109,— DM

Wir danken allen Spendern und bitten um weitere Spenden, damit unser Spendenziel: 5000 Mark für die revolutionäre Presse der MAP-ML möglichst schnell erreicht ist. Spenden auf das PSchK 13456-464, KJD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, Stichwort „Revolutionäre Presse“

sehen: Damals haben wir schon die neue Strategie des „massenhaften Streikpostenstehens“ (mass Picketing) angewendet, jedoch gab es keine Gewalt, die Polizei zeigte ihr Einverständnis mit unserer Streikpostenorganisation. Aber nun ist es gewollte Regierungspolitik, durch Polizeieinsatz Gewalt anzuwenden zur Unterdrückung der Streikposten. Und wenn sich eine solche Situation der Gewalttätigkeit entwickelt hat, ist es nicht mehr vermeidbar, daß Leute verletzt und auch getötet werden. Bisher starben fünf Bergleute in der Streikpostenkette: Zwei wurden durch Streikbrecher-Lastwagen getötet und drei starben an Herzinfällen, denn die Belastungen sind enorm, wenn man Tausenden von Polizisten gegenübersteht, und für ältere Männer

nicht mehr erträglich. Mehr als 2000 Bergleute wurden verletzt und über 9000 verhaftet.

Es gab bestimmte Gewaltakte, die wir nicht billigen, aber diese Dinge werden unvermeidlich passieren, wenn die Gewalt so sehr eskaliert. Aber eine Sache müssen die Arbeiter in jedem Fall tun: Sie müssen sich verteidigen, so gut sie können. Das bedeutet nicht den Einsatz von Gewehren, sondern den Kampf mit bloßen Händen, um sich gegen die rücksichtslosen Angriffe der Polizei und ihrer Kavallerie zur Wehr zu setzen. Diese Lage wird sich nicht verbessern, solange die Polizei ihre Gewalttaktik beibehält. Die Gewerkschafter haben aus ihrer Geschichte gelernt, daß passiver Widerstand noch nie etwas bewirkt hat außer der eigenen Niederlage.

Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leser

Nicht revisionistisch

Betr.: Leserbrief „Revisionistisch“ von W.A., RM vom 23.11.84

Die Genossin hält die Forderung der Partei „Kohl muß weg — Neuwahlen“ für revisionistisch, weil damit parlamentarische Illusionen bei den Massen gefördert werden.

Dann heißt es weiter: „Wir haben die linkssektiererischen Fehler überwunden“ (...) (Ich glaube, noch nicht ganz.) „Heute scheint es höchste Zeit zu sein daran zu erinnern, daß die KPD eine revolutionäre Partei sein sollte.“

Ich meine, es ist immer schwer eine Fehler abzulegen, ohne einen neuen zu beginnen. Die Gefahr besteht tatsächlich, darum sollten wir darüber reden.

Ich bin davon überzeugt, daß die Genossen unserer Partei alle wissen, daß wir auf parlamentarischem Weg, also durch Wahlen, unser Ziel, den Sozialismus, nie erreichen werden. Ebenso klar dürfte es sein, daß in einer bürgerlichen, parlamentarischen Demokratie immer Bürokratismus, Vetternwirtschaft, Korruption, Bestechung, Bereicherung und Machtstreben einzelner und Gruppen an der Tagesordnung sind. Wir brauchen uns nur umzuschauen. In Bonn sind es die Großen und nicht nur Flick und Horten sondern viele mehr. In den Städten und Gemeinden sind es die um einige Nummern Kleineren. Das Prinzip ist das gleiche: Eine Hand wäscht die andere, beide werden schmutzig und müssen dann den Mund halten.

Weil wir das wissen und den Beschluß auf Kosten der breiten Schicht der Benachteiligten (Arbeiter, Rentner, sozial Schwachen) erkennen, schon darum müssen wir diesen Sumpf mit allen Mitteln bekämpfen. Dazu sollte uns jedes Mittel recht sein.

Erst wenn die Arbeiterklasse im Sozialismus die Macht ausübt, (nicht eine Partei) dann kann man nicht mehr sagen: „Wessen Brot ich esse — dessen Lied ich singe“. Dann, und erst dann werden wir unser eigenes Brot essen, das wir uns selbst erarbeitet haben und nicht mehr auf die Almosen der Flick, Horten und Konsorten, die dann keine Arbeitgeber mehr sein werden und keine Gelder an schmierige Politiker verteilen können, angewiesen sein. Unser Sozialismus wird aber anders aussehen als der sogenannte reale Sozialismus im Ostblock. Dort herrschen die gleichen, von mir aufgezeigten bürgerlichen Symptome.

Wie soll unser Sozialismus aber mal aussehen? Und wie erreichen wir ihn? Das ist die Aufgabe der Partei, klare Stellung zu beziehen. Da ist sie gefordert, ihre Führungsrolle wahrzunehmen. Was müssen wir tun, um unsere politische Arbeit vorwärts zu treiben?

Dieser Flick-Spendenskandal, der in den Medien verschieden breit getreten wurde, hat doch der Bevölkerung sichtbar vor Augen geführt, was sich so alles hinter den Kulissen der Bonner Politiker tut. Während die Kleinen und Schwachen zur Kasse gebeten werden, ohne daß sie sich wehren können, werden die Politiker und die Parteien mit Millionenbeträgen aus dem Hause Flick, der —, Hitler hat er auch reichlich gegeben — eine reiche Erfahrung auf dem Gebiet des Spendens hat.

All das rief doch Empörung in der Bevölkerung hervor. Viele meinten, man sollte mit einem eisernen Besen aufräumen, viele sind enttäuscht von den christlichen Partei-

en, die sie ja mit gewählt hatten. Die Grünen greifen diese Herren wohl an, aber fordern nicht den Rücktritt dieser Regierung. Bei der SPD hört man auch nicht viel, denn sie haben auch Dreck am Hemd. Ja, und die Linken sollten diese Forderung auch nicht erheben, sondern den harten Kampf um den Sozialismus führen?

Warum können wir nicht die Forderung erheben „Neuwahlen“ und trotzdem für den Sozialismus eintreten? Wir bekommen doch mit der Forderung nach Kohls Rücktritt mehr Kontakt und mehr Zuhörer, als wenn wir nach dem Sozialismus schreien, den ein Großteil unserer Bevölkerung z.Z. noch nicht versteht, weil sie den „realen Sozialismus“ der DDR vor Augen hat.

Ich meine, die Forderung der Partei: „Kohl muß weg — Neuwahlen“ wird von vielen Bürgern verstanden und als richtig empfunden. Daß sie auf eine saubere Regierung hoffen und auch daran glauben, ist verständlich, daß diese Hoffnung trägt und keine Änderung bringt, das müssen wir ihnen sagen und verständlich machen! Also hier genau muß unsere Arbeit einsetzen. Hier können wir mit den Menschen reden, da hört man uns zu, weil viele diese korrupten Politiker zum Teufel wünschen.

Unsere Arbeit muß da ansetzen, da müssen wir richtig, sachlich und ruhig argumentieren. Meines Erachtens wäre es gut, wenn die Genossen auch zu anderen Versammlungen und Veranstaltungen der anderen Parteien gingen, um argumentieren zu lernen, statt immer nur unter Gleichgesinnten das große Wort zu führen. Wenn die Menschen nicht zu unseren Veranstaltungen kommen, dann müssen wir eben zu ihnen gehen. Wir müssen als Kommunisten zu Agitatoren werden, wir müssen selbstsicher auftreten, aber auf dem Boden der Realität stehen und das zur Zeit machbare erkennen und danach handeln.

Es hat sich seit einiger Zeit in unserer Partei einiges getan. Das ist gut. Die Genossen sind kritischer geworden, das fördert aber ihre Selbstsicherheit und ihr Auftreten. Bei vielen ist die Erkenntnis vorhanden, daß nicht immer, was einmal gut und richtig war, jetzt und heute nachzuvollziehen ist. Der Marxismus ist kein Dogma — sondern eine Anleitung zum Handeln! Das sollten wir nie vergessen. Wir schreiben heute das Jahr 1984, bald 1985. Vor uns stehen viele Aufgaben, die wir lösen müssen. Die Geschichte der Menschheit ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Diese Klassenkämpfe sind auch heute nicht zu Ende, weil sie ein Herr Kohl nicht haben möchte. Im Gegenteil die Klassenkämpfe werden sich weiter verschärfen.

Ich unterstütze die Forderung unserer Partei, weil ich da eine gute Möglichkeit habe, mit vielen Menschen zu reden und sie auf unsere Zeile aufmerksam zu machen.

Ich meine, das hat nichts mit „Revisionismus“ zu tun, sondern mit Strategie und Taktik. Wie kommen wir weiter, wie verschaffen wir uns Gehör, um mehr Menschen anzusprechen. Wir sollten auf Stimmungen in der Bevölkerung achten und schnell darauf eingehen, um diese für unsere Aufgaben und Ziele einzusetzen. Eine Revolution wird nicht von sich wild gebärdenden Papierrevolutionären, die sich einen Bilderbuchsozialismus angeeignet haben, gemacht, sondern von denkenden Menschen, denen die Arbeiterklasse Vertrauen entgegenbringt.

Harry Dubinsky, Bad Homburg

Zivilschutz

Liebe Redakteure!

Zum Artikel „Zivilschutz: Kriegsvorbereitung“ Roter Morgen 49/84 Wieder einmal werden Grundrechte durch ein Gesetz, wie es so schön heißt, außer Kraft gesetzt. Und so ist die bevorstehende Änderung des Zivilschutzgesetzes auch nach meiner Meinung ein sehr gutes Beispiel dafür, daß „Zivilschutz“ in diesem nicht — unserem — Lande oft als Teil einer umfassenden Kriegsplanung betrieben wird. Eine Art Ermächtigungsgesetz soll erreichen, daß im V-Fall (Verteidigungsfall...) jeder in die Kriegsführung mit einbezogen werden kann. Also soll es im Krieg nach diesem Gesetz dann

herumzukommen). Diese Struktur aber, organisiert nach dem Vorbild der Bundeswehr, existiert jetzt schon und trainiert alljährlich den Kriegsfall.

Als Beispiel sei die Katastrophenschutzübung „Dämmerwald“ genannt, die im Mai 1980 im Regierungsbezirk Düsseldorf stattfand. Seit Oktober 79 sollten sich da die Spannungen zwischen Organe und Blau verschärft haben, Orange hat dann den Verkehr nach Berlin erschwert usw., usw. Die besondere Lage: „Die Bevölkerung ist beunruhigt“, da sie denke, es stehe „ein bewaffneter Konflikt bevor“. Während also dann das Löschen von Chemiefabriken, die Rettung von Verletzten aus abgestürzten Flugzeugen, die



Katastrophen — wie hier in Bhopal — sind auch bei uns möglich. Auf solche Situationen jedoch zielt das neue Zivilschutzgesetz gar nicht ab.

keine Zivilisten mehr geben! Der Soldat und der „Zivilist“ unterscheiden sich nur noch dadurch, daß der eine Uniformträger ist.

Doch ist dies nicht der einzige Aspekt, der eine Rolle spielt. Es ist sogar zu fragen, ob der V-Fall diejenige „Staatsnot“ ist, die Zimmermann und Freunde im Hinterkopf gehabt haben, als sie den Gesetzentwurf formulierten. Außerdem ist zu fragen, ob die Organisation Zivilschutz in irgendeiner Weise umgestellt wird, militärischer organisiert werden soll, oder ob nicht die Struktur wie sie besteht schon im wesentlichen auf Krieg gegen die Bevölkerung ausgerichtet ist, im V-Fall oder anderswann.

Erst einmal gilt das Zivilschutzgesetz nicht nur für den Fall eines Krieges, sondern für alle Fälle, in denen die normalen Kräfte (Feuerwehr, Polizei) nicht mehr ausreichen, um die Sicherheit der Bevölkerung und die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Alles, was darüber hinaus geht ist Katastrophe. Dieser Fall kann dann durch Anordnung des Oberstadts- oder Oberkreisdirektors, des Regierungspräsidenten oder des jeweils zuständigen Innenministers zur Katastrophe erklärt werden. Wichtig ist: Auch ein sich ausweitender Streik, Blockade und Besetzungsaktionen von Arbeitern, umfangreiche Demonstrationen, oder von irgendwelchen Provokateuren gelegte Feuer oder Bomben können zu einem solchen Katastrophenfall führen.

Gesetzt nun der Fall, auf irgendeiner Verwaltungsebene (Land, Stadt, Bund etc.) wird eine Katastrophe „festgestellt“. Das führt dazu, daß in jedem Verwaltungsbezirk Organe gebildet werden, die dort den Einsatz aller Zivilschutzkräfte befehlen, die „verpflichtet“ worden sind. Und das sind nicht nur die im Katastrophenfall herangezogenen, deren Heranziehung ja das neue Zivilschutzgesetz erleichtern soll, das sind auch die etwa 100 000 sogenannten Helfer, die sich aus verschiedenen Gründen selbst verpflichtet haben. (Im wesentlichen natürlich, um die Bundeswehr

Bergung von Verschütteten geübt wird, ist auch das Absperrn einer Brücke Teil der Übung. Sie soll gesprengt werden. Warum wohl? Später werden fiktive Meldungen durchgegeben: Demonstrationen von Arbeitern gegen Krieg und Mobilisierung, Streik um Aufruf, der Gipfelpunkt: Aus den Reihen der Demonstranten wird ein Wagen der Zivilschützer angegriffen. Geübt werden sollte, wie so oft, „die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr“.

Um es kurz zu machen. Genauso wie zur Kriegsführung gegen andere Staaten ist der Zivilschutz heute schon zur Kriegsführung gegen die Bevölkerung geeignet, solange die Masse der Helfer vor Ort mitspielt. Wesentlicher Punkt der Gesetzesänderung ist dann auch die Einführung von drastischeren Strafen bei „Befehlsverweigerung“. Die Struktur der Dachorganisation aller Zivilschutzorganisationen (Rotes Kreuz, Technisches Hilfswerk, Arbeiter-Samariter Bund, DLRG, usw.) braucht nicht mehr geändert zu werden, sie ist schon paramilitärisch genug. Vor Ort klappt es nur mit dem blinden Befolgen von Kommandos noch nicht so gut. Also, ein weiteres Feld für linke Politik...

Und noch ein weiterer, wichtiger Aspekt. Selbst führende Zivilschutzbeamte, meistens SPDler, beschwerten sich darüber, daß immer nur der Kriegsfall geübt wird, und der Bund auch nur dafür finanzielle Unterstützung gewährt. Auf der Strecke bleiben Explosionen in Chemiewerken, entgleiste Züge, abgestürzte Flugzeuge und all die anderen Katastrophen, der Krieg. Wenn solche Fälle in Übungen oder Planspielen behandelt werden, in der Ausbildung gebührende Beachtung finden, ist dies allein auf das persönliche Engagement rangniedrigster Menschen im Zivilschutz zurückzuführen. Geübt wird sowas, wie man im Zivilschutzmagazin immer schön nachlesen kann, in der Katastrophe selbst!!

M., Mülheim

Schenken macht Freude!

Es ist schon ein schönes Gefühl, wenn man zu Weihnachten mit seinem Geschenk so einen richtigen Volltreffer landen kann. Da kommt dann echte Freude auf. Aber Schenken ist auch schwer. Wie soll man den persönlichen Geschmack des zu Beschenkenden treffen? Unsere Redaktion hilft da ja, gibt Geschenktips. Bei vielen herrscht ja auch die Unsitte, zu einem Geschenkartikel den Kassenschein gleich mitaufzubewahren und mitzuverschenken. Dann kann man dem Beschenkten sagen: „Wenn's dir nicht gefällt, kannst du es ja umtauschen“. So bleibt dann vom Geschenk nur noch sein schnöder Tauschwert übrig. Wirklich eine sehr unpersönliche Art zu schenken. Wir machen es euch da viel einfacher, wir sagen euch lange vor Weihnachten, womit ihr unseren persönlichen Geschmack haargenau treffen könnt:

Schenkt uns echtes Geld!

Wo ihr doch so reichlich davon habt, jetzt, wo das viele Weihnachtsgeld bei euch eingetroffen ist. Sicher, wir lieben auch die kleinen Scheine und den blauen, aber am meisten freuen wir uns doch immer wieder über den braunen Riesen. Überweisung massenhaft erbeten auf Konto: KPD, 4600 Dortmund 30 Stadtparkasse Dortmund, Kto. 321004547 BLZ 44050199 Postscheckamt Dortmund, Kto. 6420-467

Keine Mark Steuern an den Staat verschenken!

Achtung, Genossen, ganz wichtig! Seit 1984 gelten neue Richtlinien über die Abzugsfähigkeit von Beiträgen und Spenden an politische Parteien. Was ist geändert? 1. Das Finanzamt erstattet euch von euren Beiträgen und Spenden bis zu einer Höhe von 1200,— DM (Ledige) und 2400,— DM (Verheiratete) 50 Prozent beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommenssteuererklärung. Wie gesagt, ihr bekommt 50 Prozent eurer Spenden wieder! 2. Oder mehr. Wenn ihr mehr als 1200,— DM bzw. 2400,— DM gezahlt habt, so könnt ihr den Differenzbetrag zu 1200,— DM bzw. 2400,— DM noch einmal von eurem zu versteuernden Einkommen absetzen. Dies wirkt sich in echtem Geld so aus, daß ihr je nach Höhe eures Einkommens zwischen 10 und 35 Prozent der Spenden bzw. Beiträge vom Finanzamt ersetzt bekommt.

Diese neuen Regelungen wurden in Bonn im Zuge der Spendenaffäre zusammengezwängt, um den bürgerlichen Parteien diesmal auf legalem Wege riesige Summen aus Steuermitteln zuschanzen zu können. Abstinenz sein, nutzt uns hier wenig. Nutzen wir sie massenhaft aus, um revolutionäre Arbeiterpolitik zu finanzieren.

Achtung! Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Studenten und Schüler!

Der Verlag hat sich entschlossen, für Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger, Studenten und Schüler den Preis für das RM-Abo zu halbieren. Für diesen Personenkreis kostet das RM-Abo also ab sofort nur noch 15 Mark (für ein halbes Jahr) und 30 Mark (für ein Jahr).

Internationalismus

DATEN, FAKTEN DOKUMENTE

über die Befreiungskämpfe von Irland bis Lateinamerika von Afrika bis Asien

WOCHENZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ... ab Nr. ... Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich 60 DM ☐ halbjährlich 30 DM Name Vorname ... Straße ... PLZ/Ort ...

☐ Ich lege Post-/Bankscheck bei über DM ... ☐ Ich habe den Betrag von DM ... an den Verlag überwiesen ☐ Ich bitte um Vorausrechnung Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto. Nr. 321000290 (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Wochenseminare der KPD 1985

Kapitalistische Wirtschaftskrise — marxistische Krisentheorie — Perspektiven der Krise in der BRD — Auswege Die Teilnehmer sollten mit Texten wie z. B. „Lohnarbeit und Kapital“ von Karl Marx vertraut sein. Termin: 11.—17. März 1985

Seminar zur Einführung in den Marxismus

Themen: Einführung in die politische Ökonomie — Klassen und Klassenkampf — Staat und Revolution — Der Imperialismus — Was bringt uns der Sozialismus — Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Termine 23.—29. September 1985

4.—10. November 1985

Seminar in türkischer Sprache vom 15.—21. April 1985

Unkostenbeitrag pro Woche 70,— DM Anmeldungen ab sofort an: Detlev Schneider, Holstenring 5, 2000 Hamburg

Anmeldung

Ich möchte in der Zeit vom ... bis ... an einem Wochenseminar der KPD teilnehmen

Name ... Vorname ...

Anschrift ...

Beruf ... Unterschrift ...

Die Nikomaus

Morgens kommt die Nikomaus



... kommt mit ihren Raben.

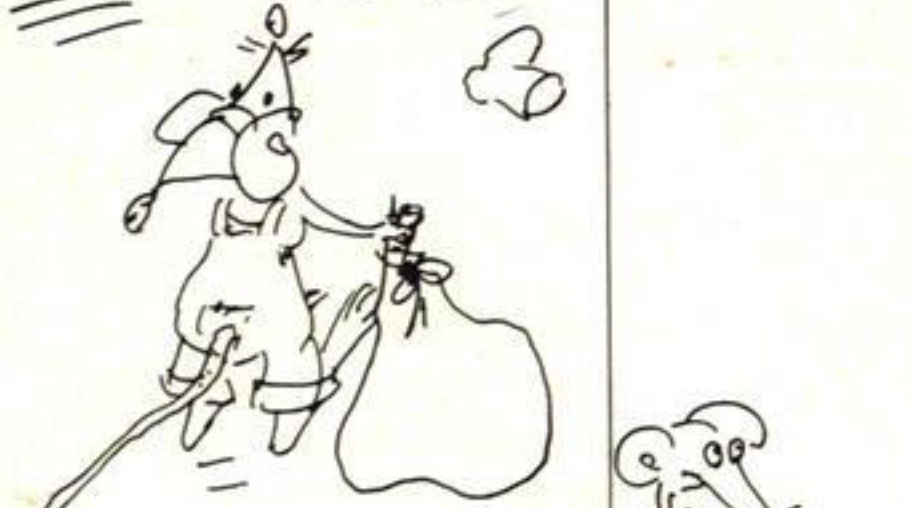


Die Kinderstiefel leert sie aus,

Halt!



... will alles selber haben!



... du alte Räubermäus!
Pack unsere Sachen wieder aus!

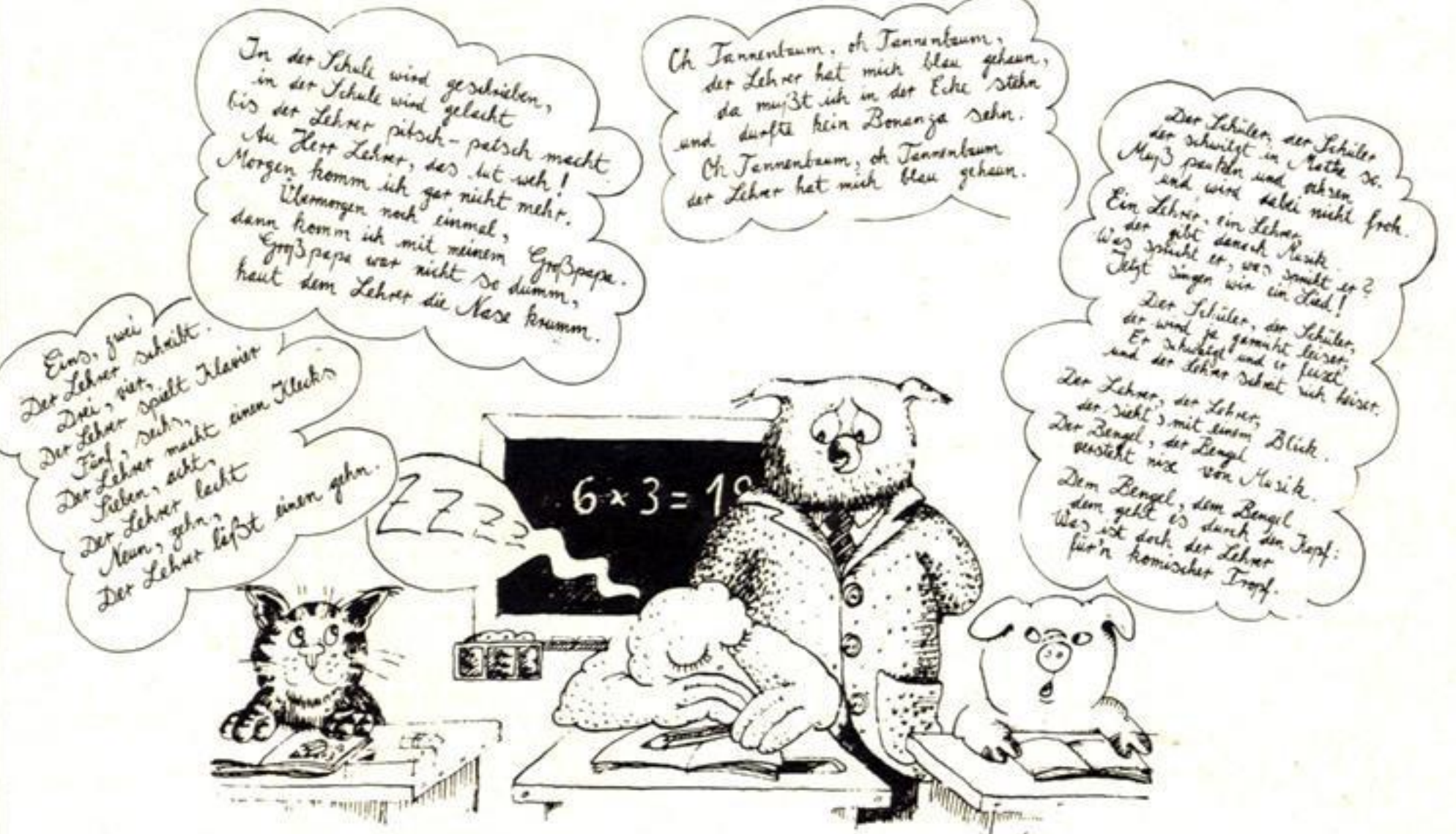
... dann woll'n wir uns vertragen.



Und wenn du mit uns spielen willst -
du brauchst uns nur zu fragen!

D.L.

Kinderseite



Lieder von der Schule

Das Lied von der kleinen Klasse



Früh aufstehn, das ist nicht immer schön,
und dann auch noch in die Schule gehn.
Manchmal hat man da doch ziemlich Angst,
vor so vielem, was passieren kann.
Morgen schreiben wir Diktat,
was ich gar nicht gerne mag,
und ich denk auch gleich daran,
daß ich Rechnen noch nicht kann,
denn der Lehrer kümmert sich
nur um wen'ge, nicht um mich.
Refrain:
Mensch, da braucht man doch ne kleine Klasse,
wo man auch mal was sagen kann.
Und wo der Lehrer nicht so laut zu schrein braucht,
und einer hilft dem andern dann.

Schulverse

Der Lehrer sagt: Wer geht,
der wechselt seinen Ort.
Da sagt der Franz: Mein Wecker
geht,
doch läuft er niemals fort.

Der Lehrer in der Schule,
sagt: Eins und eins ist zwei.

Ein Mann und eine Frau, sagt
Jupp,
gibt manchmal sogar drei.

Der Lehrer in der Schule
der sagt: Die Welt ist schön.
Man muß nur alle Dinge
mit frohen Augen sehn.

Da ruft der Jupp: Auweia,
das müßt mein Bruder wissen,
der ist seit Juni arbeitslos
und find't die Welt be-scheiden.

Der Lehrer in der Schule,
der sagt so dies und das:

Die Füße sind zum Laufen da,
zum Riechen ist die Nas'.

Da meldet sich das Fritzchen;
Herr Lehrer, das stimmt nicht,
Beim meinem Vater läuft die
Nas'
und riechen tun die Fuß.

Und dann lauf ich in die Schule rein.
Hör die andern schon von oben schrein.
Ach, in unsrer Klasse ist was los.
Der Radau ist wirklich riesengroß.
Peter, der sagt grad zum Fritz,
was der für ne Nieme ist.
Monika steckt noch und noch
Kaugummi ins Schlüsselloch,
Jens und Pit am Lehrertisch
prügeln sich ganz fürchterlich.
Refrain

Plötzlich steht der Lehrer da und spricht:
Hier versteht man sich ja selber nicht.
Marion gähnt, und der Karl-Otto schmeißt
dem Lehrer nen Gummi mitten ins Gesicht.
Und der Lehrer sagt zu sich:
Unterrichten — fürchterlich.
Denn hier rackert man sich ab,
jede Stunde, jeden Tag.
Wenn ich jemand helfen will,
merk, das sind viel zuviel.
refrain

Komm ich aus der Schule dann nach Haus
mit ner fünf, was seh ich traurig aus.
Leise schleich ich an den Mittagstisch,
und mein Vater sagt ganz ärgerlich:
Wenn du das so weitertreibst
und am Ende sitzenbleibst,
wirst du später arbeitslos,
ja, was machst du denn dann bloß.
Doch wir merken schon am Schluß,
was man alles ändern muß,
daß ein jeder Schüler dann,
was er braucht auch lernen kann.
Refrain:
Mensch, dann brauchen wir ne kleine Klasse,
wo man auch mal was sagen kann.
Wo man auch mal was sagen kann.
Und wo der Lehrer nicht so laut zu schrein braucht,
und einer hilft dem andern dann.

Lieder von Arm und Reich. Dazu viele Spiele, Bastelanleitungen,
Dialoge, kleine Texte und Texte von Kindern. Sogar ein kleiner
Gitarrenkurs ist in dem Buch. Alles ist sehr lesefreundlich auf-
gemacht, und mit vielen lustigen Zeichnungen geschmückt. Also
wirklich etwas für's ganze Jahr für ganz kleine Kleine und größere
Kleine.

Justin Steinfeld

Ohne Übertreibung kann man von einer kleinen literarischen Sensation sprechen, die eine Entdeckung des *Neuen Malik Verlages* gebracht hat. Die Entdeckung ist Justin Steinfeld, die kleine Sensation sein Roman „Ein Mann liest Zeitung“. In Kiel geboren, lebte Steinfeld bis 1933 in Hamburg. In fortschrittlichen Literatur- und Theaterkreisen war er ein bekannter Mann. 1933 wurde er von den Nazis zunächst in „Schutzhäft“ genommen, flüchtete später in die Tschechoslowakei. Im Juni wurde er gemeinsam mit 14 Schriftstellern, darunter Lion Feuchtwanger, Bertold Brecht, Ernst Toller, Klaus und Erika Mann, von der Naziregierung ausgebürgert. „Nie war ich in besserer Gesellschaft“ stellte er dazu fest. Als die Nazis auch in die Tschechoslowakei einrückten, ging die Exil-Reise Steinfelds weiter über Schweden nach England, wo er in antifaschistisch-demokratischen Vereinigungen, wie dem „*Brecht-Klub*“ und dem „*Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands*“ mitarbeitete. Im Exil verfaßte Justin Steinfeld den jetzt erstmals veröffentlichten Roman „Ein Mann liest Zeitung“. Der Roman ist zunächst die Geschichte des wohlhabenden jüdischen Kaufmanns Leonhard Glanz aus Hamburg. Ein typischer hanseatischer Kaufmann, der Wert darauf legt, immer „*faire*“ Geschäfte gemacht zu haben, glaubt nicht an die von vielen vorhergesagten Gefahren der Nazi Herrschaft. „*Laßt sie nur kommen, die kochen auch nur mit Wasser*“, denkt er, und muß sehr bald feststellen, daß es Blut ist. Der Kaufmann Leonhard Glanz landet ganz plötzlich, ganz schnell und vor allem ganz arm im Exil in Prag. Geld hat er nur für wenige Wochen, arbeiten darf er nicht als Emigrant, er sitzt im Kaffeehaus und liest Zeitung. Und jetzt wird die Geschichte spannend. Anhand der eigentlich „*Alltäglichen*“ Meldungen und Nachrichten der Presse wird ein dichtes Bild der Epoche gezeichnet. Da verändert sich nicht nur das Weltbild des Kaufmanns, da werden über eine rasende Erzählweise Fakten und Hintergründe der Entwicklung der frühen 30er Jahre dargestellt, wie man sie selten gelesen hat. Der gelungene Kunstgriff des Autors, über die verschiedenen Artikel, die der Kaufmann liest, auf alle erdenklichen Bereiche der Politik und des gesellschaftlichen Lebens der 30er Jahre zu kommen, beschert dem Buch eine Unzahl spannender Geschichten. Und diese Geschichten sind teilweise unerhört aktuell. Wenn etwa die Zeitungsmeldungen kommentiert werden, die den Überfall Mussolinis auf Äthiopien mit der „*Gefährdung Roms durch die Abessinier*“ erklären, wem fällt da nicht die „*Bedrohung der USA durch Nicaragua*“ ein. Oder die Probleme der Asylanten, der Arbeitslosen — zwei Geschichten dazu haben wir als Leseprobe abgedruckt. Die Lügenkonstruktionen der Presse werden beleuchtet, die Beschwichtigungspolitik der Weltmächte gegenüber dem Hitler-Faschismus und, und, und ... Das alles hat Justin Steinfeld in einen großen Roman gepackt, dessen Schreibweise man die journalistische Erfahrung des Autors, aber auch spätexpressionistische Einflüsse — positiv — anmerkt. Man darf hoffen, daß der Neue Malik Verlag noch mehr von diesem zu Unrecht vergessenen Autor ausgräbt.

I

Ein Emigrant ist kein Emigrant. Irrtum. Ein Emigrant, zwei Emigranten, zehn Emigranten, alle Emigranten. Ein Emigrant sucht Schutz und Asyl im fremden Land. Bitte sehr. Asyl sollst du haben. Wir nehmen dich auf. Nicht gerade am Herdfeuer. Wir leben nicht mehr in altersgrauer Zeit. Wir leben auch nicht mehr in der Zeit der guten Stube. Wir leben in der Zeit des Als-Ob.

Wir leben in der Zeit des Sports. Wir haben unsere politischen Parteien. Laßt die Parteien, damit sie sich in allzu ernste Regierungsgeschäfte nicht einmischen, ein wenig Fußball spielen. Die Emigration gibt einen guten Fußball. Den kann man treten. Die eine Seite der politischen Parteien sagt: Hinaus mit der Emigration. Im Namen der nationalen Erfordernisse. Die andere Seite sagt: Schutz der Emigration. Im Namen der Demokratie. Und dann geht das Spiel los, der Fußball wird hin und her getreten. Die Zeitungen ermuntern jeweils ihre Spieler. Das ist billig und schmutzt nicht. Feste! Feste! Die Nation ist in Gefahr! Die Demokratie ist in Gefahr! Ein Bravo unseren Stürmern. Sie haben die feindliche Verteidigung durchbrochen. Feste, feste! Schade. Ins Aus getreten.

Über dem Spielfeld brütet bleigrau der Himmel der Kriege. Nicht mehr der kommenden Kriege. Der bereits seienden. Einer löst den anderen ab. Peripheriekriege in Permanenz. Da zieht sich etwas Ungeheuerliches zusammen. Am Ende merken die Leute was, und die öffentliche Meinung könnte sich beunruhigen. Los. Weiter. Spielen wir Fußball.

Gegen einen Emigranten, der eine Frau und zwei Kinder mit dem Verkauf von pergamentenem Butterbrotpapier zu ernähren sucht, hat der Verein der am Butterbrotpapierhandel beteiligten Hausierer protestiert. Die Nation ist in Gefahr. Wie, Sie sind auch ein Emigrant? Sie ruinieren auch unser Volk mit dem übertriebenen Butterbrotpapierhandel? Na, warten Sie. Wir werden es Ihnen schon zeigen.

Jetzt versucht unser Mann es mit dem Verkauf patentierter Milchtöpfe, bei denen die Milch nicht überkochen kann. Aber wenn die Milch nicht überkochen kann, dann kann sie auch nicht anbrennen. Angebrannte Milch muß aber durch neue, gute Milch ersetzt werden. Also hebt das Anbrennen von Milch den Konsum. Und der Mann mit den patentierten Milchtöpfen schädigt die Volkswirtschaft. Das ist doch logisch. Na, gehen Sie. So sind die Emigranten.

Der Mann sieht also nun eine Zeitlang mit an, wie Frau und Kind langsam verhungern. Aber er ist ein Mensch. Den darf man ja nicht vergessen. Eines Tages aber meint er, nicht mehr mit ansehen zu können, wie Weib und Kind verhungern. Da geht er hin und stiehlt. Eine versilberte Tabakdose oder einen neuen Pelzmantel. Es ist ja ganz egal, was. Jedenfalls stiehlt er. Alle Emigranten sind Diebe. Dazu sind sie hergekommen. Die Nation ist in Gefahr, von den Emigranten ausgeplündert zu werden. Das Zeitungsgeschäft blüht. Die Überschriften sind balkendick. Leonhard Glanz stiehlt silberne Pelzmäntel en gros. Ein Emigrant ist ein Emigrant.

Was aber ist ein Idyll? Ein Idyll ist, wenn es idyllisch zugeht. Ich will von einem Idyll erzählen. Sie werden schon merken.

Da wäre zunächst die Landschaft. Es handelt sich um ein Dreiländereck. Dort wo Belgien, Holland und Deutschland aneinander grenzen, zusammenstoßen. Nach Nordwesten zu ist grüne Rasenfläche. In einiger Entfernung sieht man eine Windmühle. Holland. Nach Südwesten zu ist eine grüne Rasenfläche. In einiger Entfernung sieht man ein Azaleentreibhaus. Belgien. Nach Osten hinüber ist braune Moorfläche. In einiger Entfernung sieht man eine Abteilung SA-Männer exerzieren.

In dieser friedlichen Landschaft erscheinen auf einmal im holländischen Teil ein paar Gendarme mit aufgefanzten Bajonetten auf den Gewehren und zwischen ihnen ist ein Mann in Zivil.

Dieser Mann in ungebügeltem Zivil hat eine kleine Vorgeschichte. Er ist ein Flüchtling aus Deutschland, der geglaubt hatte, in Holland Asyl gefunden zu haben. Hierin irrte er.



Wahrscheinlich hat er mit patentierten Milchtöpfen gehandelt, oder mit Butterbrotpapieren. Oder die Polizei hat ihn anlässlich der Anwesenheit ausländischer Potentaten in Gewahrsam genommen, worum unser Mann keineswegs gebeten hatte. Aber er war jedenfalls eingesperrt gewesen, und also ist er vorbestraft. Oder er hat sonst irgendetwas getan, was jeder Mensch in aller Welt tun darf, mit Ausnahme von politischen Flüchtlingen aus Deutschland, die es nie und nirgends tun dürfen. Genug und schlecht, eine freundliche, holländische Behörde teilte unserem Mann mit, daß er fürderhin sich holländischen Käse nicht mehr in seinem Erzeugungslande durch die Ladenscheiben von außen betrachten dürfe, sondern daß er anderswo hingehen müsse. Ins Meer wollte unser Mann nicht gehen, da er sich nicht zutraute, bis nach England schwimmen zu können. Nach Deutschland wollte er noch viel weniger, da er sehr wohl wußte, weshalb er froh war, von dort weggekommen zu sein. So blieb ihm noch übrig, nach Belgien zu gehen. Das tat er auch.

Aber die belgische Behörde wollte unseren Mann auch nicht haben. Warum nicht? Weil sie ihn nicht wollte. So schickte man ihn nach Holland zurück.

Als die holländischen Behörden dieses Umstandes gewärtig wurden, beschlossen sie, unseren Mann nun erst recht über die belgische Grenze zu stellen. Damit sie bei dieser Gelegenheit das Corpus delicti aber mit einiger Aussicht auf Erfolg wirklich los würden, beschlossen sie, das nächtlicherweise und ganz geheim zu tun. Als aber die belgischen Behörden dieses nunmehr geheimen Umstandes gewärtig geworden waren, beschlossen sie, unseren Mann ebenfalls erst recht und noch viel mehr nächtlicherweise und ganz geheim über die holländische Grenze wieder zurückzustellen. Als man dieses reizende Spielchen mit einem lebendigen Menschen, mit einem denkenden Menschen, mit einem Menschen getrieben, der um das Asylrecht bat, um das Gastrecht, das den Negern im Belgischen Kongo und den ärmsten Eingeborenen auf Java heilig ist, da blieb unser Mann schließlich über dem Grenzstrich stehen, mit einem Bein in Holland und mit den anderen Bein in Belgien. Und das schien nun in aller Welt die einzige Möglichkeit für seinen Aufenthalt zu sein.

So stand da unser Mann. Ein lebendiges Denkmal des Humanismus im Jahre 1937.

Ansichts dieses immerhin ungewöhnlichen Standbildes kamen eine königliche Regierung von Holland ebenso wie eine königliche Regierung von Belgien zu dem Beschluß, daß hier etwas geschehen müsse. Und man hielt eine gemeinsame Konferenz ab und man schloß eine Vereinbarung, daß in Zukunft keine deutschen Flüchtlinge mehr im geheimen über die Grenze geschmuggelt werden sollten. Als diese Kunde bis zu unserem Mann durchgedrungen war, zog er sein auf belgischem Erdreich stehendes Bein vollends nach Holland hinüber. Die Mijneers hatten ihn wieder.

Wenn aber unser Mann glaubte, daß ihn das liebe Holland nun behalten würde, daß man ihn etwa mit Van Houtens Kakao füttern werde, so irrte er hierin. Und niemand soll

sagen, daß eine holländische Behörde sich nicht auch unter schwierigen Umständen in solcher Sache zu helfen wisse. Sie wußte sich zu helfen. Mit einer geradezu ingeniosen Idee.

Man ersuchte also nun unseren Mann sehr höflich, an der Dreiländer-Ecke einen kleinen Sprung von holländischem Gebiet nur eben auf deutsches Gebiet zu machen. Nur etwa zwei oder fünf Meter. Und von dort könne er in kurzer Wendung gleich wieder auf belgischem Gebiet hinüber wechseln. Dann sei er kein aus Holland ausgewiesener Flüchtling, der geheim über die Grenze gepascht worden sei, sondern gleichsam ein ganz neuer Flüchtling aus Deutschland. Und so bliebe das holländisch-belgische Abkommen einerseits gewahrt, andererseits sei man unseren Mann dabei und hoffentlich endgültig, los. Man kann nicht sagen, daß auch unser Mann diese Lösung als glücklich empfand. Im Gegenteil. Ihm war sehr unbehaglich dabei. Aber angesichts der so überaus freundlichen Einladung, überbracht von etlichen Gendarmen mit Gewehren und aufgefanzten Bajonetten, blieb ihm nichts anderes übrig, als Folge zu leisten.

Und nun kommen also die braven holländischen Gendarmen mit unserem Mann in die beschriebene Landschaft der Dreiländer-Ecke. Und das also ist ein Idyll, zu dem nur noch zu sagen wäre, daß dem Mann sein Vorhaben mit zwei Meter Umweg über Deutschland nach Belgien zu marschieren, nicht ganz glückte. Denn kaum war er auf dem heiligen Boden des Dritten Reiches, hoppla-hopp, erwischte ihn die SA. Nun, das war sein persönliches Pech. Die Mijneers waren ihn los. Und gewißlich endgültig. Dafür wird die SA schon sorgen.

Ein Emigrant ist kein Emigrant. Ein Emigrant sind alle Emigranten. Wer weiß, Leonhard Glanz, wann du im Mittelpunkt eines freundlichen Idylls stehen wirst. Das hängt nicht von dir ab. Sondern davon, wohin der Fußball getreten wird.

II

„Dieser Tage (also) fand die Gendarmerie in der Sandgrube einen Arbeitslosen, der bereits seit fünf Monaten sein Dasein im Walde fristete. Der Mann war halbnackt, hatte wüstes Bart- und Haupthaar und benahm sich sehr scheu. Der Mann erklärte, daß er durch seine lange Arbeitslosigkeit dazu betrieben wurde, sein Dasein im Walde zu fristen. Er hat sich von Beeren und Früchten und gelegentlich erbeutetem Wild ernährt. Er hatte gegen seine Einlieferung in das Bezirksgericht in Groß-Selowitz nichts einzuwenden.“

Kleine Episode aus der Umgebung. Vom frischen, grünen Wald. Leonhard Glanz meint, irgendwie käme ihm diese Geschichte bekannt vor. Hatte er das schon einmal gelesen?

Aber gewiß doch. Nur mit ein paar kleinen Variationen. Dieser Mann hier war freiwillig in die primitive Wildnis gegangen, jener Robinson aber war unfreiwillig und nach einem Schiffbruch dahin geraten. Das heißt, freiwillig war dieser neue Robinson ja auch nicht gegangen, sondern höchst gezwungenermaßen und wenn auch nicht nach einem Schiffbruch, so doch nach einem Wirtschaftszusammenbruch, der an Ähnlichkeit mit einer Schiffskatastrophe nichts zu wünschen übrig läßt. So also sieht der moderne Robinson aus.

Wie hieß dieser neue Robinson? Die Zeitung meldet es nicht. Ein Arbeitsloser. Ein Namenloser. Ein Besitzloser. Ein Wesenloser. Und noch einmal, ein Arbeitsloser. Aus dem gleichen Schubfach, aus dem jetzt Leonhard Glanz ist. Wie? O, nein. So weit sind wir noch lange nicht! Noch lange nicht. Wie lang ist lange? Und dann? Wie geht das aus? Leonhard Glanz stiert auf das Zeitungsblatt, doch seine Augen sehen nicht mehr. Sie werden ledern. Sein Blick geht nach innen. Auf die Stirn tritt ihm kalter Schweiß.

Wie weit muß es mit einem Menschen kommen, bis daß er hingeht und bei den Bäumen im Wald und bei den Tieren das Erbarmen sucht, das er bei den Menschen nicht gefunden. Weit. Weit. Aber wenn er nur erst arbeitslos ist? Das ist ein spiraler Weg, der da

Ein Mann liest Zeitung

hinabführt. Langsam geht es um die erste Kurve, nach der zweiten Runde geht es rascher und dann im Überstürzen. Die einen drehen den Gashahn auf, andere gehen in den Fluß. Das sind die Schwächeren. Wieder andere werden zu Schnorrern und Bettlern. Auch das sind Schwache. Dann kommen schon die Stärkeren, die brechen aus der Bahn der vorgeschriebenen Sitten und Gebräuche, nachdem man ihnen das Menschenrecht gebrochen. Sie werden zu Dieben, Hehlern, Einbrechern, vielleicht zu Mördern. In dem Gewerbe verwischen sich die Grenzen, besonders für die Amateure, die es nicht als Beruf erlernten. Aber dieser da haut die ganze Kultur hin und die sogenannte Zivilisation. Alles, alles, alles. Von der Bibel bis zum Wasserklosett. Von Charlie Chaplin bis zur Koalitionspolitik. Vom Radio in der geheizten Limousine bis zum häckselverlängerten Brot der patriotischen Autarkie. Alles haut er hin.

Vorher macht er noch einen Rundgang durch die großen Straßen der City. Einen Abschiedsbesuch. In alle Ladenfenster schaut er noch einmal. Teller und Schüsseln aus randmodelliertem Porzellan. Blumenvasen aus rauchfarbenem Kristall. Herrenschuhe aus Sämischleder, geflochtene Damenschuhe. Besuchen Sie Schweden und, die Sonne von Palermo ruft Sie, wegen des Reisescheckbuchs. Neueste Modellhüte. So groß und miniaturklein. Getrüffelte Gänseleberpastete, Aal in



fenster. Und in keinen einzigen, in nicht einen einzigen kann er hineingehen, um auch das geringste nur zu erstehen. Und die gleichen großartigen Straßen bei nächtlicher Weile? Wenn das aufgetakelte Hurenvolk Strich segelt? Kann er sich da eine kaufen für eine Nacht, und wäre es auch nur eine abbruchreife Fregatte? Nichts kann er kaufen. Gar nichts. Ganz und gar nichts. Einer von Millionen aus Tantalus' Geschlecht.

Da haut der Mann also die ganze zivilisierte Kultur mitsamt der kultivierten Zivilisation auf einmal hin. Er schreibt die Zensur unter diesen Teil seines Lebens und diese Zensur heißt kurz und bündig: Scheiße.

Und mit diesem Abschiedswort reißt er sich los von den hunderttausend Patenten, die angeblich unser Dasein ausmachen und geht schnurstracks auf seine einsame Insel.

Da es aber keine einsame Insel gibt, denn gäbe es eine, wo du auf dem Bauche liegend auf die nächste Kokosnuß wartest, daß sie herunter fiele, um sie zu verzehren, so käme doch ein Panzerkreuzer und hiße eine Flagge, noch ehe du bei der zweiten Kokosnuß angelangt wärest, und bei der Flagge bliebe ein Gendarm zurück, zu deinem Schutz und zum Schutz der Flagge, und du müßtest Steuern zahlen für den Panzerkreuzer und für den Gendarm, für die Flagge und die Nation, die durch sie repräsentiert wird, und aus wäre es mit deinem Idyll auf der einsamsten aller Kokosinseln, und da der Mann das weiß und auch das mit meinte, als er zu alledem so trefflich Scheiße sagte, so geht er immer geradeaus, geradeaus, bis in die Tiefe der böhmischen Wälder, wo schon Schiller seinen Räuber Moor landen ließ, mit seinen Gefährten, die auch alle Scheiße sagten, zu dem patentierten Leben. Und da gingen sie das Leben, das ihnen nicht gefiel und meinten, ein Häuflein wider eine Klasse, die Gerechtigkeit der Welt herstellen zu können, im Namen der Moral, die siegen müsse. Scheiße. Wie können ein paar Rebellen siegen, wider den Apparat einer Klasse, und rebellierten sie auch im Namen der Moral, der Gerechtigkeit, Scheiße. Sie hatten nichts gelernt von 1789 und 1792, diese Rebellen nicht und Friedrich von Schiller, der ihr Vater war. Nichts gelernt hat der Mann Robinson, der in den Wald geht, um allem zu entgehen. Wer weiß, wie das war, wenn er unter den Bäumen schlief, eingewühlt in trockenes Laub, ein großer Gevatter der kleinen Ameisen, die aber einen Ordnungsstaat bilden, und eben solcher Ordnung war Robinson entsprungen. Kein Gevatter also, auch hier nicht. Nur dem einsam streichenden Fuchs verwandt. Wer weiß, wie das war, wenn er dem Sprechen sich entwöhnte und dem Hören von Menschenstimmen, noch aber nicht singen konnte mit den Vögeln und nicht rufen mit dem Hirsch. Einer, der die Alleinheit umarmen wollte, die große Allnatur. Die Alleinheit, die All-Einheit. Die Alleinheit. Eines zu sein mit allem. Und den nächtlich Dunkelheit schreckte, daß er Gespenster sah, die auf Ästen wippten, schwebten in der Luft und grau auf Pfaden kauerten. Und dann schrie etwas, wie ein Kind, Und dann schrie etwas, wie ein Mörder, oder wie einer, der ermordet wird. Und ein Glimmen schlich vor-

bei. Ein faulendes Holz, das aus einer Astgabel fiel oder eines Tieres jagdlüsterne Augen. Greuliche Schatten warf das Mondlicht, die trüg und fahl einziehen — das Morgenlicht bracht Rascheln und schleichende Kälte. Und eine Ringelnatter verzehrte einen Regenwurm.

Manchmal kamen Leute mit einem Auto den Waldsaum entlang gefahren. Hielten an. Packten Körbe aus und spielten Picknick im Walde, mit kaltem Huhn und weißem Brot und Rotwein. Und streiften dann ein Stückchen unter Bäumen. Und ein gefühlvolles Mädchen sagte „Waldweben, wie im Siegfried“. So ist das, wenn man den Wald hat, vom Auto aus, mit Picknickkörben und der Sonne, die allen gehört. Aber wer im Walde haust, als letzter Zuflucht, der hat ihn anders. Und auch die Sonne scheint ihm anders. Und nichts ist allgemein, in dieser Welt der Gegensätze, die sich rechtfertigt mit der Infamie, das sei immer so gewesen. Nicht einmal der Wald und die Sonne.

Welch ein trauriger Robinson. Nicht als Held kehrt er heim, um den herum Bücher geschrieben werden. Nichts bleibt ihm am Ende



übrig, als von Gendarmen sich verhaften und in ein Gefängnis einliefern zu lassen. Das ist das Ende der Heldenfahrt.

Warum sperrt man ihn nur ein? Die Weltordnung, in der dieser Mann lebte, hat ihn um alles betrogen. Um das primitivste, grundlegendste Recht, arbeiten zu dürfen und mit seiner Arbeit Lohn sich nähren, kleiden, behausen zu können. Die Ordnung, die er nicht geschaffen und nicht gewollt, machte ihn zum Bettler, der um ein paar Speisemarken anstehen muß. Für den es mitten in einer Welt voller Webstühle ein größeres Problem ist, wie er Scham und Blöße decken wird, wenn ihm die Lumpenhose, die er trägt, in zerschundenen Fetzen von den Beinen fallen wird, als für den Zulukaffer im Herzen Afrikas, der einen neuen Lendenschurz sich schneiden wird, wenn er den nächsten Zebubullen fällt. Der des Abends nicht nach Haus gehen mag und des Morgens sich nicht aus dem Verschlag heraustaut, in dem er haust, weil er an einem Flegel von Hausverwalter vorbei muß, und doch nicht sagen kann, wann er seine Mietrate zahlen wird. Und weil er alledem davonlief, um ein freier Mann zu sein, niemandem zuleide, da sperrt man ihn ein? Warum denn nur? Fragen wir nicht, warum man den Reichen und Überreichen, zu dem was sie sich aneigneten, noch Ehrenbürgerrechte und andere Titel hinzu verleiht. Fragen wir nur, warum man diesen Mann, dem man jegliches Menschenrecht genommen, auch das Recht des Tieres abspricht, im Freien zu hausen und sich seine Nahrung zu suchen. Geschieht das laut einem der 426 Paragraphen des Strafgesetzbuches von 1803, nach dem, wie es in des Leonhard Glanz' Zeitung steht, hier im Lande heute, 1937, noch geurteilt und verurteilt wird? Hat sich die Voraussetzung, die einen Menschen das gesellschaftliche Übereinkommen halten oder brechen läßt, während der letzten 134 Jahre so gar nicht verändert? Nach welchem Recht nimmt man diesem Entrechteten den letzten Besitz, seine persönliche Freiheit?

Wie lange dürfen Leute mit Auto und Frühstückskorb und buntlappigen Hampelmännern vor den unzerbrechlichen Kristallfenstern des 100-PS-Wagens im Walde bleiben und wie lange ein aus dem Wirtschafts-Prozeß — in dem es keine Geschworenen, keinen Verteidiger und keine Gnade gibt — Herausgeworfener?



„Wenn der Bedrückte nirgends Recht kann finden, greift er getrost den Muts hinauf zum Himmel und holt herunter seine ewigen Rechte, die droben hangen unveräußerlich...“

Schon hat er das gesagt, der jeweils zuständige Herr Charakterdarsteller. Dieser Schiller, dieser Schiller! Klassisch bleibt doch klassisch.

Greift er hinauf? Dieser in den Wald Entlaufene hat es nicht getan. Nicht einmal hinaufgeblickt hat er. Denn wer emporblickt, empor, der ist doch schon ein Empörer! Empor, empor, ihr Empörer! Dieser wollte nicht empor. Er wollte nur davon. Da sperrten sie ihn ein.

Und vielleicht war er zufrieden, daß man ihn einsperrte. Dach überm Kopf bei Regen und Wind. Und Brot zur Suppe zu seiner Zeit und eine Lurche, die Kaffee vorstellt. Und eine Pritsche, um nachts darauf zu schlafen und ein hölzerner Stuhl, um am Tag darauf zu sitzen. Und sechs Schritte von der Mauer bis zur Tür. Von der Tür bis zur Mauer. Hin und her. Hin und her. Und er klatscht nicht an der Mauer empor mit den Händen und mit den Füßen erst recht nicht. Er ist doch kein Wolf und außerdem ist das verboten.

Und nun ist die Ordnung wieder hergestellt. Hingestellt. Hergestellt. Die Ordnung war krank. Nun ist sie wieder hergestellt.

Adieu, Herr Robinson. Wer weiß, ob wir uns wiederschn.

Ein Mann liest Zeitung
JUSTIN STEINFELD



MALIK

Justin Steinfeld, Ein Mann liest Zeitung, Neuer Malik Verlag, Kiel 1984, Broschur, 352 Seiten, 36,00 DM

Auch zu bestellen beim: RM-Verlag Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Illustrationen aus dem Werk Frans Masereels

Zuhören lohnt

„Ich spreche aus Erfahrung, wenn ich sage: Man braucht nie Angst zu haben, mit kühnen, ungewohnten Dingen vor das Proletariat zu treten, wenn sie nur mit der Wirklichkeit zu tun haben.“

B. Brecht, Über Volkstümlichkeit und Realismus

Nun tritt er ja nicht gerade vor das Proletariat, der Komponist Gerhard Stäbler. Aber dennoch — eine Schallplatte mit Neuer Musik zu politischen Texten zu produzieren, ist ein Wagnis — zumindest eine Ausnahmeerscheinung.

Neue Musik, die Kompositionen zeitgenössischer Autoren der Avantgarde fristen ein Schattendasein. Breit bekannt sind höchstens einige Namen, der des Altmeisters Arnold Schönberg vielleicht Mauricio Kagel, Karl-Heinz Stockhausen noch. Assoziiert wird mit Neuer Musik Ungeohntes: atonale, elektronische Musik, die dem herkömmlichen Musikgeschmack völlig fremd ist, die mit politischer Musik gar, schon überhaupt nichts zu tun zu haben scheint.

Musik spielt in den politischen Massenbewegungen heute eine große Rolle, politische Musik ist das deswegen noch lange nicht. Neben traditionellen Liedern der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, neben „Widerstandsliedern“ dient heute vor allem jede Form der Unterhaltungsmusik den Bewegungen. Oft reicht es, wenn ein Schlagerstar sich etwa friedensbewegt zeigt, um dessen Musik, so wenig sie auch mit einer Bewegung zu tun haben mag, zur Musik der Bewegung zu machen. Das Gesagte ist kein Plädoyer gegen die Klaus Lages und Herbert Grönemeyers, sondern die Feststellung eines Mangels in der Kultur der politischen Bewegungen, die beim Setzen auf Breite und Popularität künstlerisch der Gefahr der Stagnation ausgesetzt sind.

Gerhard Stäbler hat Kompositionen zu Gedichten von Bertolt Brecht, Erich Mühsam,

Gert Udo Jerns, Josef Reding und dem Palästinenser Tawfiq Ziad geschrieben. Die Namen der Autoren, ihre Texte machen deutlich: Es geht um politische Themen. Die Massaker von Sabra und Shatila gehören dazu oder auch der Widerstand gegen den Faschismus.

Fragen an Hanns Eisler Was produziert in unserer Zeit die Dummheit in der Musik?

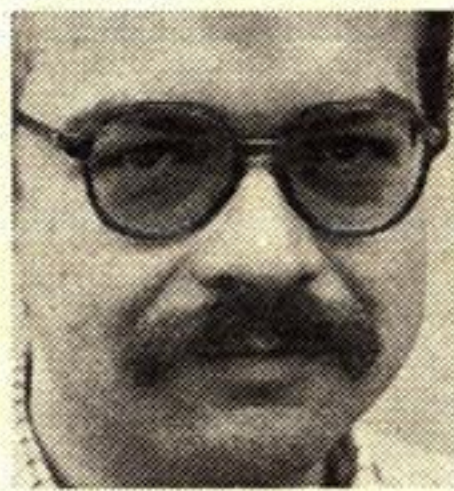
Abwendung von, Uninteressiertheit an und Abscheu vor der Politik.

Ist Ihnen bekannt, Eisler, daß solche Abneigung auch ein politisches Verhalten ist? Gewiß, und das ist der Verfall.

Die Musik ist neu, anders als den Hergewohnheiten der Massen entsprechend, ungewohnt und damit gewöhnungsbedürftig. Über diese Musik zu schreiben, diese Musik zu beschreiben, ist schwierig. Folgen wir deshalb einfach dem hervorragend erläuternden Cover-Text, in dem es zu der „Sabra“-Musik, einer Art Requiem zur Erinnerung an das furchtbare Massaker, heißt:

Gleich der erste schreiende, scharf abgewürgte Klang der Bläser und des Klaviers gibt den Ton an, der das Stück bestimmen wird: die unendlich schmerzliche Klage und die entschlossene Kraft, sich aufzubauen gegen das erlittene Unrecht. Die Bläser verharrten in ziellosen, monotonen Floskeln um einen Zentralton, dann löst sich ein langer, schriller Schrei (scharf herausgepreßte Mehrfachklänge der Holzbläser), im Klavier werden unerbittlich tiefe und hohe Oktaven auf C wiederholt. Erst in der Mitte des Stücks markiert dieses C (jetzt sehr hoch, leise und unregelmäßig wiederholt, „Walzer empfinden“) die Auflösung der starren Haltung des Anfangs. Stäbler läßt den Hörer zunächst die verschiedenen emotionalen Stadien durchleben (Entsetzen, Trauer, Zorn, fassungsloser Haß, entschlossener Widerstand),

bevor der Sprecher von den Ereignissen in Sabra und Chatila und anderen historischen und aktuellen Parallelen berichtet — unterstrichen von langen, ruhigen Bläserklängen („mit Wärme, familiär, klangvoll“) —, bevor die Trauer umschlägt in ein Gefühl der Liebe zum „Land der Heimat“ und zum ungebrochenen Kampfeswillen des palästinensischen Volkes. Das Stück endet mit einer schlichten, fast tänzerischen Melodie („Wir werden Palästina nicht vergessen“), die als vielstimmiger Kanon durchgeführt wird und auf diese Weise musikalische Solidarität mit der palästinensischen Sache ausdrückt.



Soweit der Text von Jürgen Lösche, der eine gute Hilfe beim „Einstiegen“ in diese Musik bietet. Überhaupt ist das vielleicht die beste Empfehlung: einfach reinhören, sich auf das Experiment einlassen, eine Expedition in neue Musikwelten wagen. Darum zum Schluß noch einmal ein Zitat, wieder von einem „großen Alten“, von Paul Dessau. Er berichtet, daß es sogar Brahms und Beethoven zu ihrer Zeit so gegangen sei, daß ihre Musik gar nicht verstanden worden sei, sie wurde sogar als „Antimusik“ bezeichnet. Dazu Dessau:

„Heute ist es lächerlich, darüber zu reden, daß man diese Musik nicht spielen könne, und daß es eine ‚Antimusik‘ wäre, was man auch von einigen meiner Werke gesagt hat. Das alles hat auf die ‚Antimusiker‘, die diesen Ausspruch getan haben, zurückgeschlagen.“

Man muß den jungen Leuten Luft zum Arbeiten

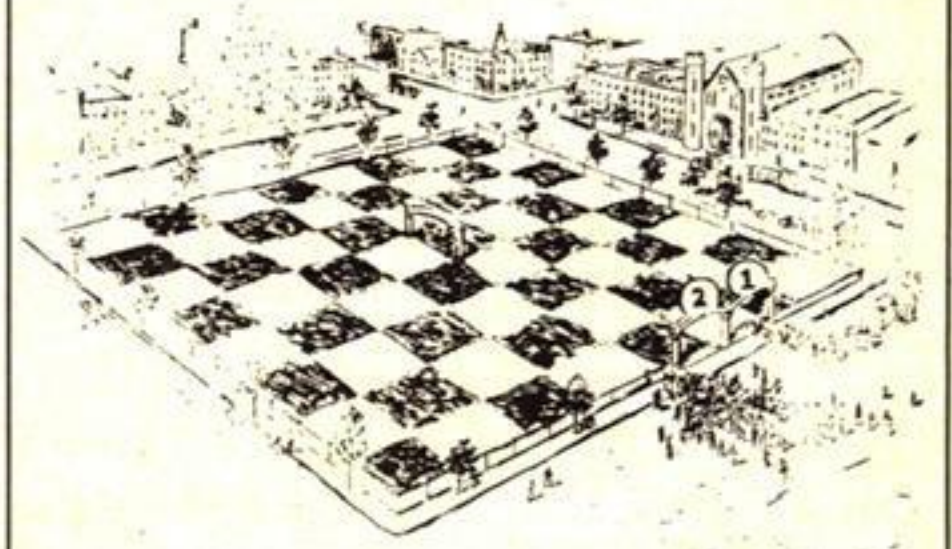
Gerhard Stäbler

Für später; jetzt

Kompositionen zu Gedichten von Bertolt Brecht, Erich Mühsam, Gert Udo Jerns, Josef Reding und Tawfiq Ziad

Els Hufschmidt, Gesang
Rainer Güther, Gesang
Jürgen Lösche, Klavier
ensemble V Essen
Leitung Jörg Iwer

Das Preisrätsel



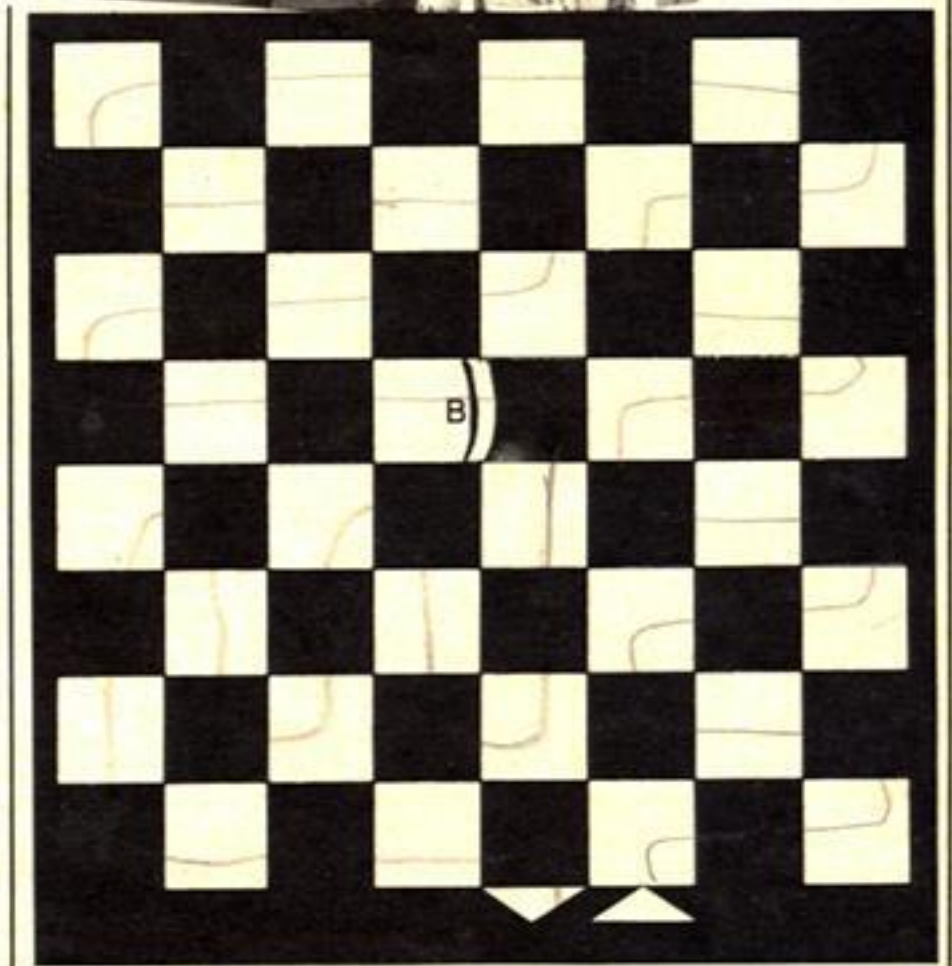
Unsere diesjährige Rätselaufgabe, deren Lösung gewinnbringend sein kann, spielt sich im abgebildeten Park ab. Der Park hat zwei Tore und einen Bogen in der Mitte. Es geht um folgendes: Tor 1 ist der Eingang, von hier aus gilt es einen Weg zu finden, der mit möglichst wenigen Zügen über alle Felder des Parks und durch den Bogen hindurch zurück zum Ausgang 2 führt.

Zum besseren „Pfadfinden“ haben wir unten noch einen Plan des Parks abgebildet. Die hierauf eingezeichnete Lösung muß bis zum 10. Januar bei der Redaktion eingeschickt sein. Unter den richtigen Einsendern verlosen wir:

Die Schallplatten „Stealing Fire“ von Bruce Cockburn, „Special Aka“ mit dem Hit „Free Nelson Mandela“, einen Gedichtband von Gioconda Belli und den Krimi „Zora Zobel findet die Leiche“. Es lohnt sich also — nichts wie ran. Unsere Redaktionsadresse lautet:

Redaktion RM
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Einsendeschluß ist der 10. 1. 85. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. **Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingshofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.**

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 430709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 69382466529.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4663966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.